

PAPERS

**ERHARD CROME, CLAUS MONTAG,
OTFRIED NASSAUER**

ZWEI JAHRE OBAMA

**HALBZEITANALYSEN
UND BETRACHTUNGEN**

Erhard Crome, Claus Montag, Otfried Nassauer

Zwei Jahre Obama

Halbzeitanalysen und Betrachtungen

Juni 2011

Inhalt

Vorbemerkung	3
Claus Montag	5
Barack Obama und der 112. Kongress der USA. Ende eines Reformversuchs?	
Otfried Nassauer	27
Der Abrüstungsmodernisierer. Nuklear- politik unter Barack Obama	
Erhard Crome	45
Die Welt des 21. Jahrhunderts und die USA	
Autorenhinweise und weitere Literatur	73

Vorbemerkung

Sich gut zwei Jahre nach Beginn der Präsidentschaft von Barack Obama mit den USA zu befassen heißt, zuallererst die Frage zu stellen, ob die USA und ihre Entwicklung mit den Anforderungen an eine friedliche Welt im 21. Jahrhundert kompatibel sind. Das Ergebnis fällt ambivalent aus, und ist für jene, die das Versprechen „Yes, we can!“ ernst genommen haben, eher enttäuschend. Ein Imperium zu regieren, ist offenbar nicht möglich, ohne dessen innerer Logik zu folgen.

Durch seine offensive Sympathie-Werbung während der ersten Phase seiner Präsidentschaft hat Barack Obama auf der politisch-diplomatischen Ebene international atmosphärisch vieles zugunsten der USA verbessert, manches, wie bezüglich der strategischen Rüstungen im Verhältnis zu Russland, auch in der Sache. Doch gleichzeitig wurde der Rüstungshaushalt der USA weiter gesteigert, wurde der Afghanistankrieg nicht nur fortgesetzt, sondern intensiviert, wurden die Weichen zur qualitativen Weiterentwicklung der US-amerikanischen Atomwaffen gestellt und ist in Sachen Iran „die militärische Karte nicht vom Tisch“. Auf der anderen Seite setzen sich die schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen in den USA fort. Die Arbeitslosigkeit ist anhaltend hoch, massenhaft sind weiter Hausbesitzer zahlungsunfähig, die Bankenkrise treibt neuerlich Spekulationsblasen. Dies gehört zu dem politischen Hintergrund für die *Tea Party Bewegung* und den Kulturkampf in der innenpolitischen Szenerie der USA. Hinzu kommt, dass diese Leute nicht die konservativen Republikaner und die abenteuerliche Kriegspolitik von Bush II für den weltpolitischen Abstieg der USA verantwortlich machen, sondern Obama, der sich ja gerade bemüht, diesen Anpassungsprozess so flexibel wie möglich zu gestalten. Der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Kapazität, militärischer Macht und weltpolitischer Rolle der USA bleibt ein zentrales Problem der internationalen Politik im ersten Viertel des 21. Jahrhunderts. Mit anderen Worten: Gelingt es, den welthistorischen Abstieg der USA von der „unipolaren“ Supermacht zu einer Macht unter anderen so zu gestalten, dass nicht weitere Kriege und Kriegsgefahren entstehen? Oder werden die innere Krise, die Entwicklung der Rechtskräfte und die innere Reformunfähigkeit die USA zum Problemfall Nr. 1 in der internationalen Politik machen?

Präsident Obama versucht der Herausforderung zu begegnen, indem er nicht keine, sondern eine andere imperiale Politik macht. Die Bezeichnung „liberaler Imperialismus“ ist dafür offensichtlich angemessen. Für die Obama-Administration war beispielsweise hinsichtlich der Beteiligung an dem Libyen-Krieg des Westens wichtig, dass es einen Beschluss des UNO-Sicherheitsrates gab. Sie wollte nicht wie Bush II als das Völkerrecht brechender Interventionist dazustehen. Der liberale Imperialismus interveniert nicht frech über das Völkerrecht hinweg, sondern nur für das Gute in der Welt, für Demokratie und Menschenrechte. Das macht es dem liberalen Imperialismus im Unterschied zum rechten Imperialismus der USA einerseits schwerer – er muss mehr diplomatisch arbeiten, seine Schritte geschickter und mit mehr intellektuellem Aufwand ideologisch und politisch vorbereiten – und andererseits leichter, einen Krieg zu führen – dem plumpen und oft einfältig erscheinenden Bush sah man die Frechheit und die Lüge beim Krieganzetteln schon von weitem an, was im Ausland regelmäßig Massendemonstrationen gegen ihn zur Folge hatte, wo immer er auftauchte, während der charmante und kluge Obama den Eindruck zu erwecken versteht, als ginge es tatsächlich um Freiheit und Menschenrechte. Viele linksliberale, das Gute in der Welt wünschende Menschen nehmen ihm das ab.

Damit ist der liberale Imperialismus aber nicht unbedingt besser. Im Wahlkampf hatte Obama erklärt, dass er die extra-legalen Formen der Kriegsführung abschaffen wolle: keine Entführung vermeintlicher Terroristen mehr irgendwo in der Welt und deren Verfrachten zum Auftragsfoltern in Drittländer; Schließung des Sondergefängnisses in Guantanamo und Überstellung der dort Inhaftierten zu ordentlichen Gerichten mit Beweisaufnahme, rechtsförmiger Anklage und Verteidigungsrecht usw. Guantanamo gibt es aber immer noch. Inzwischen hat Präsident Obama den Befehl zum Einsatz von Drohnen (unbemannten bewaffneten Flugkörpern) gegen Personen gegeben, die angeblich Terroristen bzw. Befehlshaber von Terroristen sind. Das geschah zunächst in Pakistan, Afghanistan und Jemen. Im Libyen-Krieg sollte dann auch Gaddafi auf diesem Wege liquidiert werden. Ein solcher Drohneneinsatz ist die Anweisung zum Mord von Staats wegen, unter Auslassung aller Formen von Rechtsstaatlichkeit: der Ermordete ist dann tot, ohne dass er auch nur den Hauch einer Chance hatte, vor Gericht

seine Unschuld zu beweisen oder die Anklage die Verpflichtung, den Nachweis seiner Schuld zu führen. Die Erschießung Osama bin Ladens war ein jüngster Präzedenzfall für derartige Praxis.

Die Kongresswahlen und die Wahl der Gouverneure in mehr als dreißig Bundesstaaten am 2. November 2010 haben zu einer Verschiebung der innerpolitischen Machtstrukturen zu Ungunsten von Barack Obama und der Demokratischen Partei geführt. Die Machtverschiebungen fanden wie bei keinem anderen innenpolitischen Ereignis zuvor seit langem besondere Aufmerksamkeit in der internationalen Öffentlichkeit, einschließlich in den linken bzw. linksliberalen Strömungen vieler Länder. Mit einem gewissen Maß an Besorgnis wurde in den Massenmedien die Frage aufgeworfen, warum das „Projekt Obama“ für eine Erneuerung Amerikas, das zu dem grandiosen Wahlsieg der Demokraten 2008 beitrug, nach 24 Monaten einen Teil seiner innenpolitischen Unterstützung verlor. Vor allem gemessen auch an den gewaltigen Erwartungen, die mit der Wahl Obamas verbunden wurden, wog dieses Wahlergebnis umso schwerer. Ist er wirklich der Erneuerer, der das Konzept eines „New Deal“ wieder mit Leben zu erfüllen vermag oder hat er mehr versprochen, als er je leisten will oder kann? Gefragt wird bei Teilen der Macheliten und in progressiven Strömungen innerhalb der USA und besonders in europäischen Ländern, welche Rückwirkungen gewachsener konservativer Einfluss auf künftige politische Entwicklungen haben kann.

Ein wichtiges Feld bleibt die Frage der nuklearen Rüstungen. Vor zwei Jahren belebte Präsident Obama die Hoffnung auf eine atomwaffenfreie Welt neu. Während seiner Rede in Prag am 4. April 2009 betonte er das Ziel einer Welt ohne Nuklearwaffen und verpflichtete sich, darauf hinzuarbeiten. Andererseits gab er sich als Realist, der weiß, dass dieses Ziel „vielleicht nicht in meiner Lebenszeit“ umgesetzt werden kann. Der visionäre Teil seiner Aussage fußt auf der völkerrechtlichen Verpflichtung der USA, nuklear abzurüsten und letztlich auf nukleare Waffen zu verzichten. Tatsächlich jedoch wurden in seiner bisherigen Amtszeit die rüstungspolitischen Entscheidungen so getroffen, dass die USA in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts noch über ein beträchtliches Kernwaffenpotential verfügen.

Die drei Texte in diesem Heft sind zunächst selbständig entstanden. Das vieldiskutierte Ergebnis der „Zwischenwahlen“ 2010 machte es erforderlich, die Hintergründe und die voraussichtlichen Folgen dieser Wahlen genauer zu betrachten. Claus Montag, der sich seit Jahrzehnten analytisch mit den USA beschäftigt, war bereit, dieses Papier zu liefern. Otfried Nassauer hat das Thema der Nuklearpolitik der Regierung Obama in gewohnter Tiefenschärfe und konzeptioneller Zuspitzung bearbeitet. Zugleich war klar, dass ein Gesamtpapier zu über zwei Jahren Obama die Debatten, die in der Rosa-Luxemburg-Stiftung und insbesondere im Gesprächskreis Frieden der Stiftung seit geraumer Zeit geführt werden, auf spezifische Weise fortsetzt. In diesem Sinne stehen die Beiträge dieses Heftes in Zusammenhang mit früheren Publikationen der Stiftung, insbesondere denen zu den geostrategischen Veränderungen und zum Libyen-Krieg und weisen auf spezifische Weise darüber hinaus. Das Thema der künftigen Entwicklung der USA jedenfalls wird uns noch längere Zeit beschäftigen.

Claus Montag

Barack Obama und der 112. Kongress der USA. Ende eines Reformversuchs?

Die Kongresswahlen und die Wahl der Gouverneure in mehr als dreißig Bundesstaaten am 2. November 2010 haben zu einer Verschiebung der innerpolitischen Machtstrukturen in den USA geführt. Obamas Demokratische Partei musste bei den Kongresswahlen historische Verluste hinnehmen. Bei diesen „Zwischenwahlen“ (zur Halbzeit einer Präsidentschaftsperiode) stehen die 435 Sitze des Repräsentantenhauses und ein Drittel der 100 Senatssitze zur Wahl. Im Repräsentantenhaus verfügen die Republikanische Partei jetzt über 242 Sitze (bisher 178) und die Demokratische Partei über 193 (bisher 257). Im Senat konnten die Demokraten eine schmale Mehrheit erhalten (53 Demokraten, 47 Republikaner). Vorher war das Verhältnis 59 Demokraten zu 41 Republikanern. Das Erlangen einer Zwei-Drittel-Mehrheit bei wichtigen Gesetzesvorlagen wird damit für die Demokraten schwieriger. Zur gleichen Zeit fanden in 37 Einzelstaaten die Gouverneurs- und Parlamentswahlen statt. Zuletzt hatten die Demokraten in 26 Bundesstaaten den Gouverneur gestellt, die Republikaner in 24 Staaten. Auch bei diesen Wahlen konnten Kandidaten der Republikaner in mehr als zehn Bundesstaaten den Demokraten die Macht entreißen und ihre Einflusspositionen ausbauen. Außer in Kalifornien, Arkansas und Colorado konnten die Demokraten nur in ihren Hochburgen an der Ostküste (New York, Maryland, Massachusetts und New Hampshire) ihre Machtpositionen erhalten.

Von besonderer Bedeutung bei den Wahlen vom 2. November 2010 in den Bundesstaaten war auch der Umstand, dass in diesem Jahr nach dem Abschluss der Volkszählung (die alle zehn Jahre stattfindet) die Zahl der Mandate der Einzelstaaten im Repräsentantenhaus sowie die Grenzen der Wahlkreise neu festgelegt werden. Die Partei, die sich die Mehrheit bei den Wahlen sichern konnte, hat nun über die Gesetzgebung des jeweiligen Bundesstaates die Chance, die Wahldistrikte für die längerfristige Absicherung ihrer Einflusspositio-

nen neu zu gestalten. Dabei spielen geographische Einteilungskriterien keine Rolle. Die Republikaner haben sich bei den Novemberwahlen 2010 auch in dieser Frage unverkennbar politische Vorteile verschafft.

Politische Einbrüche der Partei des Präsidenten bei den Zwischenwahlen sind schon mehrmals in der jüngsten Geschichte der USA eingetreten. Sie widerspiegeln die Reaktionen der Wähler auf die Politik der Präsidentenpartei nach den ersten zwei Jahren ihrer Amtszeit im Weißen Haus. So verloren Präsident Clinton 1994 und Präsident Bush 2006 ihre vorher erreichten Mehrheitspositionen in beiden Häusern des Kongresses. Verfassungspolitisch stehen solche Machtverschiebungen zwischen Weißem Haus und Kongress nicht in Widerspruch zu den Grundregeln des politischen Herrschaftssystems der USA. Viele Wähler empfinden für die Durchsetzung von Interessen gegenüber dem Staat ein „divided government“ für wirkungsvoller als eine politische Machtkonzentration bei einer Partei. Zu groß ist in den USA die Ablehnung von Machtarroganz und politischer Vorteilsgewinnung geworden, die schrankenlos von den beiden großbürgerlichen Parteien betrieben wird.

Die Machtverschiebungen zugunsten der konservativen Kräfte bei den Kongresswahlen fanden wie bei keinem innenpolitischen Ereignis zuvor eine besondere Aufmerksamkeit in der internationalen Öffentlichkeit, einschließlich in den linken bzw. linksliberalen Strömungen vieler Länder. Mit einem gewissen Maß an Besorgnis wurde in den Massenmedien die Frage aufgeworfen, warum das „Projekt Obama“ für eine Erneuerung Amerikas (remaking), das wählerunterstützt zum grandiosen Wahlsieg der Demokraten 2008 beitrug, nach 24 Monaten die innenpolitische Unterstützung verlor. Gefragt wird bei Teilen der Machteliten und in progressiven Strömungen innerhalb der USA und besonders in europäischen Ländern, welche Rückwirkungen gewachsener konservativer Einfluss auf künftige politische Ent-

wicklungen haben kann. Zu den jetzt diskutierten Problemen gehören u. a.:

- Wird Präsident Obama nach den Kräfteverschiebungen im Kongress und in der Öffentlichkeit eine Chance haben, für eine zweite Amtszeit wiedergewählt zu werden?
- Sind die USA angesichts anhaltender und vertiefter Krisenprozesse im staatsmonopolitischen System reformfähig bzw. politisch reformwillig? In welchem Verhältnis stehen fortbestehende Zwänge zu systemstabilisierenden Reformen und das gewachsene konservative Klima in großen Teilen der US-amerikanischen Öffentlichkeit und der Machteliten?
- Werden die außenpolitischen Kurskorrekturen, die die Obama-Administration nach der Bush-Ära seit 2009 in Gang setzte, unter konservativer Dominanz im Kongress Bestand haben? Können unilaterale und konfrontative Handlungsmodelle wieder ein stärkeres Gewicht in der US-Politik bekommen?
- Wie wird sich die veränderte Kräftekonstellation in den USA auf die globalen finanz- und wirtschaftspolitischen Pläne der Obama-Administration auswirken?

Schon vor den Kongresswahlen waren die Popularitätsbewertungen der Politik der Obama-Administration in den USA und in der europäischen Öffentlichkeit unverkennbar sehr unterschiedlich. In den USA gaben die innenpolitischen Prozesse den Ausschlag für Gesamtbewertungen, in der europäischen Öffentlichkeit war es überwiegend das internationale Handeln der Obama-Administration. Trotz der Kriegspolitik der USA in Afghanistan unterstützten laut *Transatlantik Trends* 2010 nahezu 78 Prozent der befragten Europäer die internationale Politik Obamas. In den USA war es nur eine knappe Mehrheit von 52 Prozent.¹

Prognosen über die künftige Politik der Obama-Administration in den kommenden zwei Jahren vorzunehmen (es ist die Zeit des beginnenden Präsidentschaftswahlkampfes für 2012), ist angesichts der schwankenden politischen Stimmungslagen in der von Feindschaft, Intoleranz und Unsicherheit geprägten öffentli-

chen Meinung sehr schwierig. Teilantworten machen zunächst einen kritischen Blick auf das Ursachengeflecht des politischen Absturzes der Demokratischen Partei 2010 erforderlich.

Zwischen Reformpolitik und Krisenverschärfung

Obama und die Demokratische Partei waren im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2008 mit innenpolitischen Entwicklungen konfrontiert, die eine gesamt-nationale Verstärkung ihres politischen Gewichts ermöglichten. Die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise untergruben zunehmend Ansehen und Glaubwürdigkeit der Bush-Administration, die in den Jahren ihrer Regierungszeit eine Politik betrieb, die die Kluft zwischen arm und reich in den USA wie zu keiner Zeit zuvor vergrößerte. „Tatsächlich findet sich nirgendwo in der hoch entwickelten Welt“, wie US-Nobelpreisträger Paul Krugman feststellte, „eine Entsprechung zu dem Anstieg der Ungleichheit in Amerika.“² Die konservativen Bewegungen, die die Republikanische Partei unter ihrer Kontrolle hatten, konnten mit Geld den Reichtumszuwachs für die obere schmale Elite der Gesellschaft über die Regierungstätigkeit forcieren. Als das Bankensystem kollabierte und die Macht der Wallstreet-Institutionen ins Wanken gerieten, erfuhr in kurzer Zeit die soziale Ungleichheit neue Dimensionen: Millionen einfacher Bürger verloren ihre Ersparnisse beim Bankenzusammenbruch, Altersversorgungen erfuhren Entwertungen, Löhne und Einkommen stagnierten, Gesundheitskosten stiegen weiter und der Verlust der Eigenheime infolge von Hypothekenschulden wurde zu einer Massenerscheinung. Die Kriegstoten im Irak und in Afghanistan sowie die Untergrabung von Bürgerrechten durch die Anti-Terror-Gesetzgebung verstärkten den politischen Protest gegen die Bush-Cheney-Politik im Weißen Haus. Große Teile der Bevölkerung, besonders auch die Mittelschichten, glaubten, dass das Land in die falsche Richtung abdriftet. Im Vorfeld der Wahlen von 2008 reflektierte die anschwellende Anti-Bush-Stimmung Erwartungshaltungen sehr unterschiedlicher sozialer und politischer Gruppierungen, die Obama und die Demokratische Partei zu einer neuen progressiven Wählerbewegung zusammenführen konnten. Von

¹ Vgl. *Transatlantik Trends. Key Findings 2010*, German Marshall Fund of the United States, S. 5.

² Paul Krugman: *Nach Bush. Das Ende der Neokonservativen und die Stunde der Demokraten*, Frankfurt/New York: Campus Verlag 2008, S. 15.

besonderem Gewicht waren die alte „New Deal“-Koalition, bestehend aus Gewerkschaften und ethnischen Minderheiten wie Latinos und Afroamerikanern, Wechselwähler und Unentschlossene, die über zwanzig Prozent der Wähler ausmachten, sowie jugendliche Wähler, die von der offiziellen Politik enttäuscht waren und von besseren Aufstiegschancen träumten. Hinzu kam die Vielzahl von Bürgerrechtsbewegungen und Antikriegsgruppen. Die Wahlniederlage der Republikaner bei den Präsidentschafts- und Kongresswahlen 2008 verschärfte die neokonservative Hegemoniekrise in der US-Gesellschaft, manifestierte das vorläufige Scheitern einer Jahrzehnte anhaltenden Untergrabung vorhandener sozialstaatlicher Elemente durch die konservativen Bewegungen und ihres Bestrebens, den Neoliberalismus immer tiefer in der Gesellschaft zu verankern. „Das politische Bündnis im Innern, das das neokonservative Projekt stützte – eine durch die Klammer des Irakkriegs zusammengehaltene Allianz aus transnational-freihandelsimperialistisch orientierten Kapitalfraktionen, dem militärisch-industriellen Komplex, der Ölwirtschaft und einer rechtsextremen Massenbasis bestehend aus subalternen christlichen Fundamentalisten und militaristischen Nationalisten“ war zusammengebrochen und schien in seine Einzelteile zu zerfallen.³ Um die hegemonialen Positionen der Konservativen nach der Bush-Niederlage 2008 weiter zurückdrängen zu können, mussten die Demokraten nach Wegen suchen, um die verschiedenen Interessenlagen der Angehörigen der neuen Wählerkoalition zu bündeln und unter den anwachsenden Krisenbedingungen diese Wählergruppen zusammenzuhalten. Dafür bot die Demokratische Partei mit ihren unterschiedlichen politischen Flügeln – linke Demokraten, Gewerkschaftsvertreter, liberale Gruppen, Zentristen und konservative Fiskalpolitiker – zunächst kein einheitliches Bild. Die Partei hatte in den zurückliegenden Jahrzehnten, besonders unter Präsident Clinton, eine fulminante Rechtswende durchlaufen und zur Vertiefung neoliberaler und konservativer Entwicklungen in der US-Gesellschaft beitragen. In vielen sozialen Fragen bestanden tiefe Gräben zwischen den unterschiedlichen politischen Fraktionen im Parteiapparat und im Kongress.

³ Ingar Solty: Das Obama-Projekt. Krise und charismatische Herrschaft, Supplement der Zeitschrift Sozialismus, Hamburg, Heft 10/2008, S. 6.

Die Wahl Barack Obamas zum Präsidenten war ein Ereignis von historischer Tragweite (sie wird auch durch die aktuellen Wahleinbußen für die Demokraten nicht verringert). Mit dieser Wahl eines schwarzen Präsidenten signalisierte eine Mehrheit der Bevölkerung der USA, dass sie eine radikale Wende in der Gesellschaftspolitik der USA unterstützt. Die lange historische Periode rassistischer Politik und der gesellschaftlichen Diskriminierung der Afroamerikaner und anderer Minderheiten durch konservative weiße Bevölkerungsschichten schien eine Begrenzung zu erfahren. Obama, der als politischer Außenseiter spät ins Präsidentschaftsrennen der Demokraten ging, konnte in der historischen Krisensituation von 2008 mit seinen charismatischen Führungseigenschaften, einer äußerst wirksamen Massenkommunikation und einer kritischen Distanz zum politischen Establishment in Washington die sehr heterogenen Sehnsüchte nach einem Wandel in der Politik bündeln. Seine politische Strategie war darauf ausgerichtet, den Wählern bewusst zu machen, dass die Demokraten die Ängste und Sorgen der Massen zum Ausgangspunkt für eine Veränderung der Politik in Washington machen. Er zeichnete für das neue Vorgehen relativ vage Umrisse, ein Zeichen, dass er sich bei der Massenmobilisierung nicht auf eine spezifische ideologische Konzeption festlegen und sehr unterschiedliche Wählergruppen für eine Wandlungspolitik zusammenführen wollte. In der schwersten Finanzkrise der USA seit Jahrzehnten war der soziale Faktor das Kernproblem in der Massenmobilisierung des Obama-Wahlkampfes. Einfache Bilder sollten die messianische Wirkung der Obama-Strategie verstärken. Am Tage seines Wahlsieges 2008 sagte er in Chicago: „Da sind Väter und Mütter, die wach liegen, wenn die Kinder schon eingeschlafen sind, und sich fragen, wie sie die Hypothek finanzieren und ihre Arztrechnung bezahlen sollen oder genug sparen können für den Hochschulunterricht ihres Kindes.“⁴ Sehr früh entwickelten Obama und einflussreiche Kräfte des liberalen Flügels in der Demokratischen Partei Reformforderungen für eine „Erneuerung Amerikas“, die sich an einige traditionelle Erfahrungen einer „New Deal“-Politik aus vergangenen Jahrzehnten anlehnten. Das betraf besonders einen Forderungskatalog zur Verringerung der wachsenden sozialen Ungleichheit und die verstärkte Nut-

⁴ Ansprache Barack Obamas nach dem Wahlsieg, in: Die Welt, Berlin, 6. November 2008.

zung öffentlicher Finanzmittel für Beschäftigung sowie die Förderung des Strukturwandels in der Wirtschaft und der Modernisierung öffentlicher Einrichtungen. Die progressiven Kräfte innerhalb und außerhalb der Demokratischen Partei, unterstützt von der größten Graswurzelbewegung in der amerikanischen Wahlgeschichte, sahen in der Vollendung der „New Deal“-Politik Franklin D. Roosevelts aus den 1930er Jahren auf sozialem Gebiet ein Kernanliegen bei der Überwindung der konservativen Vorherrschaft. Oberste innenpolitische Priorität beim Zurückdrängen des extremen Anstiegs sozialer Ungleichheit und Armut hatte für die Demokratische Partei die Durchsetzung einer Gesundheitsreform, um die USA aus der Unterentwickeltheit der Gesundheitsfürsorge herausführen zu können.⁵ Weitere Aktionsfelder zum Abbau wachsender Ungleichheiten sollten sein: Beendigung der Steuervergünstigungen für Reiche 2010; günstigere Steuerbedingungen für Mittelschichten und Bürger mit geringem Einkommen; Anheben der Mindestlöhne bis 2011 (von 7,25 Dollar auf 9,50 Dollar); Wiederherstellung bzw. Ausbau der Gewerkschaftsrechte; Vergrößerung der Bildungschancen durch den Ausbau der Schulsysteme mit neuen Lehrerstellen; Modernisierung öffentlicher Einrichtungen und der gesellschaftlichen Infrastruktur durch staatliche Aufträge und Arbeitsprogramme; Verstärkung des moralischen Drucks auf das Bankensystem zur Neuordnung und Senkung der Managergehälter.⁶ Neben der Gesundheitsreform, der Nummer 1 in Obamas ambitionierter Reformagenda, waren das Konjunkturprogramm, das Gesetz für Energiereform- und Klimaschutz, nach den katastrophalen Folgen der Finanzkrise das Gesetz zur Reform der Finanzmärkte und die Reform der Immigrationsgesetzgebung die entscheidenden Baustellen in den Erneuerungsbestrebungen der Obama-Administration.

Um die USA nach der Bush-Ära wieder zukunftsfähig zu machen, leitete Obama eine umfassende Neuausrichtung der US-amerikanischen Außenpolitik ein. Das Kernziel der neuen Administration bestand darin, „Amerikas Ambitionen und seine Mittel wieder in Einklang zu bringen... Statt sich am Unmöglichen zu überheben, strebte Obama das

Mögliche an.“⁷ Die Führungsrolle der USA in der Welt soll wiederhergestellt werden, doch ohne die neoimperiale Militanz der konservativen Vorgänger. Um verlorene Vertrauenspositionen im internationalen System wiederherstellen zu können, rief Obama dazu auf, eine Neuordnung der Beziehungen zwischen den großen Mächten einzuleiten, die von der Berücksichtigung gemeinsamer Interessen und wechselseitigem Respekt getragen sein sollen. Dabei anerkennen die USA die Notwendigkeit der internationalen Kooperation bei der Lösung globaler Probleme und Gefahren und verweisen darauf, dass sie allein diesen Herausforderungen nicht gewachsen sein werden. Damit verbindet sich zugleich die Bereitschaft zur Stärkung des Multilateralismus und der Diplomatie in der internationalen Politik. Ohne das dominierende militärische Gewicht der USA in der Welt einschränken zu wollen, sollen neue Wege zur Abwendung nuklearer Gefahren auch mit Hilfe der USA erschlossen werden. Unübersehbar ist das strategische Bestreben der Führungseliten um Obama, in den kommenden internationalen Entwicklungen der Macht des Geldes, also den ökonomischen und finanziellen Potenzen der USA, eine Priorität gegenüber der Macht der Waffen einzuräumen.⁸ Die ökonomischen Grenzen der USA forcierten die Entscheidung Obamas zur Beendigung des völkerrechtswidrigen Krieges im Irak.

Was hat das alles mit dem Kongresswahlergebnis zu tun? In den ersten beiden Jahren der Amtszeit der Obama-Administration verschärfte sich die wirtschaftliche Rezession. Die neue Administration erbt in vollem Umfang die Folgen der gescheiterten Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bush-Ära, die die Gefahr einer globalen Wirtschaftskatastrophe heraufbeschwor. Für die Mehrheit der US-Bürger brachte die erste Phase der Obama-Politik keine oder nur geringe soziale Verbesserungen. In den zurückliegenden Jahrzehnten ist das starke Wirtschaftswachstum an den breiten Massen nahezu spurlos vorbeigegangen. Zwischen den Ärmsten und der Spitze der Gesellschaft hat sich die Kluft extrem vertieft. Gegenwärtig verfügt das obere ein Prozent der Bevölkerung über 37,1 Prozent des Gesamtvermögens der

⁵ Vgl. Ekkehard Sauer mann: Obama. Hoffnungen und Enttäuschungen, Berlin: Kai Homilius Verlag-Compact, S. 45.

⁶ Vgl. Paul Krugman: Nach Bush, S. 268-290.

⁷ Thomas Kleine-Brockhoff: Ein ganz normaler Präsident, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitschrift Das Parlament, 4/2010, S. 3.

⁸ Vgl. Leslie H. Gelb: GDP now matters more than force: A U.S. Foreign Policy for the age of economic power, in: Foreign Affairs, New York, November/Dezember 2010.

USA, während die unteren 80 Prozent der Bevölkerung über 12,3 Prozent des Gesamtvermögens verfügen.⁹ Nach der Finanzkrise haben die großen Banken dank großzügiger finanzieller Absicherung über Staatsbürgschaften ihren Handelsspielraum wieder vergrößert, und 2009 wuchs die Zahl der Millionäre um 17 Prozent. Zur Belebung der lahrenden Wirtschaft setzte Obama 2009 mit der Mehrheit der Demokraten im Kongress ein Konjunkturpaket in Höhe von 787 Milliarden Dollar (über elf Jahre verteilt) durch, mit dem sowohl einige Aspekte der Reformprojekte auf sozialem und bildungspolitischem Gebiet eine Förderung erfahren sollten, als auch Modernisierungen von Infrastrukturen (Straßen, Autobahnen, Flughäfen, Eisenbahnen) und Industrien für erneuerbare Energien. Der Kern des Stimulusprogramms war die Sicherung bestehender Arbeitsplätze und die Schaffung von neuen Jobs. Doch Wirkungen blieben aus. Die Arbeitslosigkeit erreichte eine Rekordhöhe von 15 Millionen (inoffiziell nahezu 20 Millionen), das sind ca. 9-10 Prozent der Beschäftigten mit einem hohen Anteil von Langzeitarbeitslosen. Besonders hoch ist die Arbeitslosigkeit in den sterbenden Zentren der alten Industrien und unter der afroamerikanischen Arbeiterschaft (Stahl und Kohle). Strukturelle Verwerfungen in der Industrie wurden größer und das Bildungssystem hält mit den technologischen Entwicklungen nicht mehr Schritt. Große politische Auswirkungen hat die Angst der Mittelschicht vor einem wirtschaftlichen und sozialen Abstieg. Die USA galten seit Jahrzehnten als „Mittelstandsgesellschaft“, die dem politischen System eine gewisse Stabilität verlieh. 2008 wählten starke Wähleranteile aus den Mittelschichten Obama und die Demokraten in der Hoffnung, dass die wirtschaftlichen Abstiegstendenzen während der Finanz- und Wirtschaftskrise unter Bush überwunden werden können. Von politischem Gewicht ist auch die Tatsache, dass nahezu die Hälfte der USA-Bevölkerung nicht mehr an die Realisierbarkeit des „Amerikanischen Traums“ in Gestalt von Eigenheim und sozialer Chancengleichheit glaubt. (Was ohnehin immer eine trügerische Vorstellung war!) Die Sozialstatistiken verdeutlichen bisher unbekannte soziale Abstiegstendenzen. Elf Millionen Bürger fürchteten 2010 um ihren Hausbesitz, da ihre Schulden bei den Banken höher waren als der

Wert ihrer Immobilie. Hunderttausende mussten ihre Häuser verlassen, nicht wenige von ihnen leben in Zelten wie in einem afrikanischen Entwicklungsland, 45 Millionen Menschen gelten statistisch als arm. Auch die Ernährung der Kinder wurde zu einem gesellschaftlichen Problem, jeder achte Bürger lebt von Essenmarken oder von der Inanspruchnahme von Suppenküchen. Arbeitslosigkeit hat katastrophale Auswirkungen auf die medizinische Versorgung, da die Kosten die finanziellen Spielräume der Betroffenen übersteigen und oft die Privatschulden erhöhen. Die privaten Schulden der USA-Haushalte liegen heute nahe der 14-Billionen-Dollar-Grenze. Das bestehende, sehr unvollkommene soziale Netz der USA ist der Krise dieses Ausmaßes nicht gewachsen. Die anhaltende Rezession zwang die Obama-Administration, über ihre geplanten Reformvorhaben hinaus große Finanzsummen für die schnelle Belebung der Wirtschaft und für neue Arbeitsplätze einzusetzen. Doch Wirtschaftsbelebung mit staatlichen Konjunkturpaketen ist keine Reformpolitik, sie ist Krisenmanagement, um das kapitalistische Wirtschaftssystem funktionsfähig zu halten. Reformen dagegen, wie sie von einem Teil der Demokraten verstanden werden, zielen auf strukturelle Veränderungen gesellschaftlicher Zustände und Prozesse ab, die den neokonservativen Rahmen des spätkapitalistischen Systems der USA durchbrechen und dem Gesamtsystem perspektivisch – im Interesse größerer Bevölkerungsgruppen – mehr innere Stabilität verleihen sollen. Die Tiefe der Reformen hängt in starkem Maße davon ab, wie stark der politische Druck progressiver Kräfte innerhalb des Reformprozesses ist und welche Handlungsspielräume die innenpolitischen Kräfteverhältnisse (im aktuellen Fall zwischen Demokraten und Republikanern) bieten.

Reformprojekte und Konjunkturpakete zwangen die Obama-Administration 2009 und 2010, den Bundeshaushalt mit höheren Finanzausgaben zu belasten. Die Staatsschulden wuchsen weiter und erreichten in der Phase vor den Kongresswahlen eine Höhe von 13,8 Billionen Dollar, das sind 94,3 Prozent des Bruttonationalprodukts der USA. Kommt der finanzielle Kollaps, wenn diese Schmerzgrenze in der Fiskalpolitik überschritten wird?

⁹ Vgl. Auf dem Weg nach unten, in: Der Spiegel, Nr. 33/2010, S. 72. Vgl. dazu auch Philipp Schläger: Der entzauberte Präsident Barack Obama und seine Politik, Berlin: Rotbuch Verlag 2010, S. 173.

Obamas Halbzeitbilanz

Die Wahlergebnisse vom 2. November 2010 reflektierten den Grad der Unterstützung der Öffentlichkeit für die Politik der Obama-Administration und der Demokratischen Partei insgesamt. Barack Obama, der 2008 durch die Mehrheit der Demokraten in beiden Kammern des Kongresses günstigste Voraussetzungen für eine Politik des Wandels und der Erneuerung der amerikanischen Gesellschaft besaß, verlor gegen Ende des zweiten Jahres seiner Amtszeit stark an öffentlicher Unterstützung und Popularität. Bei Meinungsumfragen im Herbst 2010 zeigte sich eine Mehrheit der Befragten (zwischen vierzig und fünfzig Prozent) mit der Amtsführung Obamas unzufrieden und sechs von zehn Befragten vertraten die Meinung, dass sich die USA in die falsche Richtung bewegen (eine Bewertung, die in gleicher Weise am Ende der Bush-Administration geäußert wurde).¹⁰ Obama war im Kongress mit der Tatsache konfrontiert, dass die Republikaner jede Unterstützung von Gesetzgebungsschritten der Administration ablehnten. Die Republikaner gingen auf umfassenden Konfrontationskurs, Hoffnungen der Demokraten auf Bereitschaft der Republikaner zu einer überparteilichen (bipartisan) Zusammenarbeit erwiesen sich schon früh als nicht erfüllbar. Obamas Strategie war unter diesen Bedingungen darauf gerichtet, während der ersten Hälfte seiner Amtszeit einen großen Teil seiner Gesetzesvorhaben durch den Kongress zu bringen, solange die komfortable Mehrheit der Demokraten besteht. Obama selbst schaltete sich umfassend in die Gesetzgebungsprozesse ein und wollte auch auf diesem Weg den Regierungseinfluss auf Abgeordnete und Senatoren verstärken.¹¹ Tatsächlich erreichten die Demokraten ein Rekordergebnis in der Gesetzgebung, das größte seit Lyndon B. Johnson im 89. Kongress (1964-1966). Trotz einer Vielzahl von Gesetzen, die im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung war (z. B. Erweiterung bestehender Krankenversicherungen für bedürftige Kinder; Erleichterung der Durchsetzung gesetzlicher Ansprüche von Frauen auf gleichen Lohn; gesetzliche Bestimmungen gegen Altersdiskriminierung; Schutz der Verbraucher bei Kreditkartennutzung; steuerliche Hilfen für finanziell bedrohte Eigenheim-

besitzer, Ausweitung der Kommunaldienste für die Bevölkerung) zeigten sich große Teile der Öffentlichkeit wenig beeindruckt und zurückhaltend. Auch gegenüber den Abgeordneten in den Wahlkreisen wurden Zweifel geäußert, ob die Gesetzesmaßnahmen das Leben in der Krise wirklich verbessern. Das Kernproblem für die Bewertung der Politik Obamas war in den ersten beiden Jahren seiner Amtszeit die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit mit ihren sehr komplexen sozialen Folgen.¹² Das Wirtschaftsförderprogramm vom Februar 2009 war der erste große Schritt der Administration zur Bekämpfung der Rezession. Mit dem 787-Milliarden-Dollar-Stimuluspaket wurde ein dramatischer Absturz der USA in eine globale Wirtschaftskatastrophe verhindert, es rettete über drei Millionen Arbeitsplätze. Doch die Arbeitslosigkeit blieb unverändert hoch. Es wurde befürchtet, dass bei Abflauen der Rezession eine Tendenz der Wirtschaftserholung ohne neue Arbeitsplätze („jobless recovery“) hervortritt. Viele Wähler glaubten vor den Kongresswahlen, dass die Administration trotz hoher Finanzausgaben für die Konjunkturförderung eine Wende im Beschäftigungssektor der Wirtschaft nicht zustande bringt. Die Republikaner heizten das Misstrauen in der Bevölkerung gegenüber dem Stimuluspaket mit dem Argument an, dass die Regierungsmaßnahmen die Wirtschaftslage mit den hohen Staatsausgaben nur verschlimmert hätten.¹³ Sehr widersprüchlich wurde von den verschiedenen Wählergruppen der Obama-Koalition und der Öffentlichkeit die Realisierung der zentralen Reformprojekte Obamas bewertet. Die Ergebnisse stehen in engem Zusammenhang mit den politischen Positionen Obamas und den Kräften im zentralen Machtapparat des Weißen Hauses, die seit 2009 die strategischen Entwicklungen der USA-Politik beeinflussen. Obama selbst stand lange der weißen Elite aus dem Kreis der „Lakefront Liberals“ in Chicago nahe und verfocht in den politischen Kämpfen eine Position des extremen Pragmatismus. Seine Stärke: Verhandlungen, Kompromisse, politische Absprachen. Mit den progressiven Demokraten aus den Denkfabriken Chicagos entwickelte er seine Erneuerungsprojekte für die USA. Obama war und ist kein Linksdemokrat und sein Ziel ist auch nicht ein fundamentaler Wandel der USA-Gesellschaft. Seine

¹⁰ Vgl. Christian Wernicke: Ein Sommer ohne Liebe, in: Süddeutsche Zeitung, 5. August 2010.

¹¹ Vgl. Matt Bay: Obama is boxed in a big legislative agenda, in: New York Times, 18. August 2010.

¹² Vgl. Carl Hülse: No reveling for Democrats despite achievements, in New York Times, 14. August 2010.

¹³ Vgl. Christian Wernicke: Hilf dir selbst, in: Süddeutsche Zeitung, 9. September 2010.

große Chance wäre es, wenn es ihm gelingt, was Franklin D. Roosevelt erreichte: „den amerikanischen Kapitalismus stabiler und weniger hemmungslos zu machen“.¹⁴ Obama nutzte die günstige Lage nicht, die innenpolitisch für die Demokraten bestand, „um einen echten Wandel, eine Transformation der amerikanischen Gesellschaft durchzusetzen.“¹⁵ Die Linksliberalen und die Graswurzelbewegungen, die Obama zum Wahlsieg 2008 verholfen hatten, wurden deaktiviert und der Präsident selbst bezog zunehmend Positionen in der politischen Mitte. Entscheidend für die Art und Weise der Durchsetzung der Reformagenda waren der Einfluss und die Interessenlagen der wichtigsten Berater des Präsidenten im Weißen Haus und in der Administration. Die Hauptbereiche des Präsidentschaftsamt waren von Falken aus der Clinton-Ära und von Marktliberalen dominiert, die eine wesentliche Mitverantwortung für die Deregulierung in der Finanzwirtschaft und für die Finanzkrise trugen. Unter Obama, der so viel Spendensummen von Banken und Konzernen erhalten hat wie kein Präsident zuvor, waren in allen Spitzenpositionen des Weißen Hauses Experten der Goldman-Sachs-Bank vertreten. Der Stabschef des Weißen Hauses, der Finanzminister, die Berater des Präsidenten für Wirtschaft und Finanzen kommen aus dem Wall Street-System und verkörpern so die bestehende Herrschaft eines Oligopols aus Politikern und Bankern.

Vertreter progressiver Bewegungen und Institutionen wurden von Obama nicht in die Regierungsverantwortung einbezogen. Es gab in Washington somit keinen personellen Neuanfang, und der Präsident verzichtete in der Krisensituation auf den Reformdruck der sozialen Bewegungen. Er selbst hoffte, durch endlose Verhandlungen mit den Republikanern im Kongress die Blockadepolitik seiner politischen Gegner mit Kompromissbereitschaft zu überwinden.

Spätestens Anfang 2010, nach der Wahlniederlage der Demokraten bei der Nachwahl für den Senatsitz des verstorbenen Ted Kennedy in Massachusetts, die der Republikaner Scott Brown gewann, wurde Obama bewusst, dass die bisherige Kongress-Strategie des endlosen Verhandeln mit den Republikanern zu einem

Stimmenverlust für seine Partei am 2. November 2010 führen werde. Im zweiten Jahr der Amtszeit Obamas sollte die Durchsetzung von wichtigen Teilen der Reformagenda die sinkende Popularität der Demokraten stoppen. Wie sah diese Realisierung der Reformen aus? Das Gesetz über die Gesundheitsreform hatte für Obama Priorität. An diesem Schlüsselproblem eines zivilisierten Lebens sind die Vorgänger Obamas im Präsidentenamt, auch Bill Clinton, gescheitert. Ziel dieses Reformprojekts ist es, von den 47 Millionen US-Bürgern, die keine Krankenversicherung haben, über 30 Millionen in ein Versicherungsverhältnis zu bringen. Obwohl noch 2009 über zwei Drittel der Bevölkerung die Ausweitung der staatlichen Versicherung unterstützten (public option), gibt Obama den konservativen Kräften in beiden Parteien und dem Druck der Versicherungsindustrie nach und verzichtet auf die Möglichkeit einer staatlichen Versicherung. Für Millionen US-amerikanischer Bürger wird die private Versicherungsindustrie der Träger ihrer Krankenversicherung. Der Staat führt eine Versicherungspflicht für den einzelnen Bürger und für Arbeitgeber ein, die bei Nichteinhaltung mit Geldstrafen geahndet werden soll. Im Rahmen dieses großen Kompromisses der Obama-Administration konnte eine Reihe von sozialen Härten in der bisherigen Politik der privaten Versicherer abgebaut werden. Der Preis hierfür waren jedoch weitgehende Konzessionen des Staates gegenüber der Pharmaindustrie und anderen Gesundheitseinrichtungen. Der Prozess der Eingliederung der Bürger in den privaten Versicherungsrahmen wird sich über zehn Jahre hinziehen. Durch die Wirtschaftskrise kommen ständig unversicherte Bürger hinzu. Viele Millionen werden auch weiterhin ohne Krankenversicherung leben müssen. „Zudem enthält das Gesetz noch nicht einmal ein kleines, symbolisches Einfallstor für eine staatliche Versicherung. Die Gesundheitsreform mag die größte Reform der letzten fünfzig Jahre sein. Doch sie geht in die falsche Richtung.“¹⁶ Die Reform Obamas stabilisierte die Profitinteressen der privaten Versicherer. Unverkennbar werden aber die sozialen Entwicklungen in den USA in nächster Zeit die Notwendigkeit für eine universelle Krankenversicherung verstärken. Trotz des Kompromisscharakters der Gesundheitsreform erzeugten besonders ihre Bestimmungen über den starken Einfluss des Staates bei der Durchset-

¹⁴ John C. Kornblum, Dieter Kronzucker: Mission Amerika. Weltmacht am Wendepunkt, München: Redline Verlag 2009, S. 308. (Kornblum und Kronzucker beziehen sich hier auf eine Feststellung des Journalisten Peter Beinert im Time Magazin.)

¹⁵ Philipp Schläger: Der entzauberte Präsident, S. 157.

¹⁶ Philipp Schläger: Der entzauberte Präsident, S. 82.

zung der Versicherungspflicht eine nie dagewesene Protestwelle in der konservativen Bewegung und verschärfte vor den Kongresswahlen die politische Polarisierung in der US-Gesellschaft. Neben dem Konjunkturförderungsgesetz und der Gesundheitsreform war das Gesetz zur Reform des Finanzmarkts das dritte große Projekt auf Obamas Reformagenda.

Obama bezeichnete die Reform des Finanzmarkts als das weitestgehende Gesetz auf diesem Gebiet seit der Großen Depression. Die Demokraten hatten die Tatsache einzukalkulieren, dass die Wut der Massen auf die Exzesse der Wall Street-Banken, die zur Finanzkrise führten, die innenpolitische Stimmung weiterhin stark beeinflusste. Um Krisensituationen wie 2008 und 2009 ausschließen zu können, sollen mit der Reform neue Regeln für das Bankensystem und wirksamere staatliche Kontrollen mit entsprechenden Institutionen eingeführt werden. Von besonderem Gewicht sind u. a. die Schaffung eines Rates zur Kontrolle systemischer Krisen, erweiterte Aufsichtsrechte der Notenbank über die Finanzinstitutionen, Eingriffsmöglichkeiten des Staates bei Krisengefahren, die Einrichtung einer Verbraucherschutzbehörde unter dem Dach der Notenbank und kontrollierende Auflagen beim Handel mit Derivaten und Hedgefonds.¹⁷ Das Gesetz wurde von den Republikanern im Kongress abgelehnt. Den Wall Street-Banken und der Finanzindustrie gelang es mit ihren Lobbysystemen, wesentliche Begrenzungsfaktoren für ihre Finanzoperationen im Gesetz abzuschwächen und es mit einer Vielzahl von Ausnahmebestimmungen zu durchlöchern. Wie bei der Gesundheitsreform lehnten die Republikaner die starken Einflussmöglichkeiten des Staates auf die Finanzwirtschaft als Verletzung von Grundnormen der Marktwirtschaft kategorisch ab. Im Mai 2010 fand das Gesetz mit den Stimmen der Demokraten die notwendige Mehrheit im Senat. Obama konnte mit diesem politischen Sieg im Kongress ein weiteres Mal dem Sympathierückgang der Demokraten entgegenwirken.

Weitere Reformversprechen der Obama-Administration kamen nicht ins Stadium der Realisierung. Ein Energie- und Klimaschutzgesetz, mit dem ein „Green New Deal“ eingeleitet und eine neue Klimapolitik der USA

beginnen sollte, scheiterte am Widerstand einflussreicher Industriekreise und ihrer Interessenvertreter im Kongress. Ein im Mai 2010 erarbeiteter Kompromissentwurf eines Klimaschutzgesetzes im Senat enthielt wichtige Ansätze für ein neues Herangehen der USA an die Herausforderungen des globalen Klimawandels und an eine saubere Energiegewinnung. Danach sollte der Ausstoß von Treibhausgasen der USA im Vergleich zu 2005 bis 2020 um 17 Prozent und bis 2050 um mehr als 80 Prozent gesenkt werden. Gemessen am international anerkannten Ausgangsjahr 1990 wären das bei den USA etwa vier Prozent. Kein Durchbruch, aber ein Einstieg. Auch gab es erste Übereinstimmungen in den Gesetzesdebatten über Obergrenzen für den Handel mit Verschmutzungszertifikaten in den verschiedenen Industriezweigen. Obwohl die Obama-Administration ein hohes Maß an Konzessionsbereitschaft mit staatlichen Subventionen und Bürgschaften gegenüber der Atom- und Kohleindustrie zeigte, torpedierten einflussreiche Wirtschaftskreise dieser Branchen, unterstützt von den Ölkonzernen, eine Wende in der Energie- und Klimapolitik. Der Kongress gab diesem Industriedruck nach. So war auch international die US-Regierung nicht in der Lage, die Klimapolitik im globalen Rahmen wirkungsvoll zu fördern.

Ebenfalls keine Fortschritte gab es bei der Reform der US-amerikanischen Einwanderungsgesetzgebung. Über zwölf Millionen Einwanderer ohne legalen Status warten auf Veränderungen ihrer Lage. 2010 verstärkten sich die Massenproteste gegen die von der Administration tolerierten Repressionspraktiken und Massenabschiebungen von Einwanderern in einzelnen Bundesstaaten. Die Obama-Administration blieb untätig. Viele spanischstämmige Wähler, die 2008 für Obama stimmten, könnten 2012 mit einer Ablehnung des Präsidenten zurückschlagen. Letztlich sei vermerkt, dass Barack Obama auch die Gewerkschaften enttäuschte und trotz Wahlversprechen keine Initiative für ein gewerkschaftsfreundliches Arbeitsrecht ergriff. Die Unternehmensverbände und Konzerne lehnten vehement den „Employee Free Choice Act“ ab, der neue Spielräume für gewerkschaftliche Aktivitäten in Betrieben erleichtern sollte. Bilanzdebatten über die Außenpolitik der Obama-Administration waren im Vorfeld der Kongresswahlen relativ gering. Kongresswahlen werden traditionell nicht von außenpolitischen Problemen bestimmt. Doch sollte die

¹⁷ Vgl. Rolf Sieber: Kampf um den Kongress. Zu den Zwischenwahlen in den USA im November 2010, in: Europäisches Friedensforum (epf). Deutsche Sektion, Heft 67, S. 12-15.

Tatsache nicht unterschätzt werden, dass in den zwei Jahren der Regierungszeit Obamas die US-amerikanische Außenpolitik weltweit neue Akzente gesetzt hat, was nicht bedeutet, das Wandlungsversprechen auch auf diesem Gebiet mit den politischen Realitäten in Übereinstimmung gebracht werden konnten. Obama brachte bewusst außenpolitische Leistungen seiner Administration in die öffentlichen Wahldebatten. Vorrang hatte die Erfüllung des Wahlversprechens, den Kriegseinsatz im Irak zu beenden. Doch die gleichzeitige Eskalation des Krieges in Afghanistan ließ an der Bereitschaft der US-Regierung, 2011 mit dem Truppenabzug zu beginnen, in großen Teilen der Bevölkerung starke Zweifel aufkommen. Scharfe Kritik an der Afghanistanpolitik Obamas kam aus den Reihen der eigenen Partei und von Kongressabgeordneten der Demokraten. Gallup-Umfragen zufolge sind 62 Prozent der Amerikaner der Meinung, dass es um Afghanistan schlecht stehe. Die Ungeduld mit dem lang andauernden Krieg wächst.¹⁸ Unzweifelhaft gelang es Obama in den ersten zwei Jahren seiner Amtszeit, mit einer Neugestaltung der politischen Rhetorik das Image der USA in wichtigen Zonen der Erde zu verbessern. Mit einer Politik neuer Partnerschaften sollten verlorengangene Vormachtpositionen der USA zurückgewonnen werden. Der größte außenpolitische Erfolg Obamas ist der START-Vertrag mit Russland zum Abbau der nuklearen Arsenale und damit die Verbesserung des politischen Gesamtklimas gegenüber Russland. Gegenüber China, dem Haupttrivalen der USA im künftigen internationalen Kräfte-messen, erreichte Obama einen vertieften Dialog. In eine Sackgasse führte Obamas Nahost-Politik, sie ist praktisch gescheitert. Ebenso gelang es der US-Administration auch mit Hilfe einer neuen Stufe internationaler Sanktionen nicht, die iranische Führung zur Veränderung ihrer politischen Positionen gegenüber dem Westen zu bewegen. Die Gefahr militärischer Konflikte in dieser Region ist gewachsen. In der außenpolitischen Halbzeitbilanz von Präsident Obama traten deutlich zwei Tendenzen hervor: Ein begrenzt erreichter Wandel im internationalen Agieren der USA wird begleitet von Kontinuitätselementen überlebter imperialer Machtpraktiken vorangegangener US-Regierungen. Gegenüber den aktuellen internationalen Konfliktfeldern bewirkte

¹⁸ Vgl. Matthias Rüb: Um den Präsidenten wird es einsam, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. August 2010.

die US-Außenpolitik keine friedenssichernden Veränderungen. Hier wurde eher der bestehende Status Quo verfestigt.¹⁹

Die konservativen Kräfte stehen Barack Obamas außenpolitischen Grundpositionen kritisch bis ablehnend gegenüber. Sie stützen zwar den Kriegskurs des Präsidenten in Afghanistan und das Rüstungsbudget im Kongress, zeigen aber eine klare Ablehnung der Versuche, die US-Außenpolitik mit den veränderten internationalen Machtkonstellationen stärker in Übereinstimmung zu bringen. Obama wird vorgeworfen, einen Ausverkauf amerikanischer Interessen zu betreiben und nicht ausreichend für die Einzigartigkeit des amerikanischen Gesellschaftsmodells einzutreten. Als verkappter „sozialistischer Säkularist“ und Friedensleichtgewicht versuche Obama, die USA auf den Weg der Euro-Sklerose zu treiben.²⁰ Er trage für den Abstieg der USA in der Weltpolitik die Verantwortung.

Auswirkungen des Kulturkampfes

Große Wählergruppen, die 2008 die Demokraten unterstützten, waren nach zwei Jahren von den Ergebnissen des Krisenmanagements der Obama-Administration enttäuscht. Die wirtschaftliche Lage verbesserte sich nicht schnell genug. Besonders die wahlentscheidenden unabhängigen Wähler signalisierten den Demokraten, dass sie mit ihrer Stimme 2008 nicht die Schaffung einer „neuen progressiven Ära“ in den USA forderten, sondern die schnelle Überwindung der Rezession und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Mit der Durchsetzung von Reformprojekten in der anhaltenden Krisensituation, die zugleich das Staatsdefizit erhöhen, hätte Obama, so die Schlussfolgerung von Führungskreisen der Demokraten, das Mandat der Wähler von 2008 zu weit ausgelegt. Kampf um neue Jobs hätte die Priorität bekommen müssen. Der größte politische Einbruch der Demokraten vollzog sich in der Mitte der Gesellschaft, besonders bei der Mittelklasse in den relativ begüterten Vororten der Großstädte.²¹

Proteststürme erzeugte, besonders angefangen von konservativen Kreisen, die starke Gewichtung des Staates in der Reformpolitik der Demokraten. Die Gesundheitsreform wurde zum

¹⁹ Philipp Schläger: Der entzauberte Präsident, S. 22.

²⁰ Vgl. Klaus Brinkbäumer: Amerika ein Schwächling, in: Der Spiegel, Nr. 42/2010, S. 140-141.

²¹ Vgl. Demokraten debattieren über die Niederlage, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. November 2010.

Haupthebel für den politischen Großangriff der Republikaner gegen die Demokraten. Sie nutzten die Unzufriedenheit mit der Politik Obamas für die Verschärfung des Kulturkampfes gegen den Reformgedanken in der US-amerikanischen Gesellschaftspolitik. Welches gesellschaftlich-philosophische Konzept soll die innere Entwicklung der USA bestimmen? Josef Joffe verweist auf eine interessante Schlussfolgerung, die der Kennedy-Berater Arthur Schlesinger Jr. in seinem Buch „The Cycles of American History“ bereits vor über zwanzig Jahren zog. Als ein „Gesetz“ sei nach Schlesinger zu erkennen, dass sich die amerikanische Geschichte in Dreißig-Jahres-Zyklen bewegt. „Sie schwingen zwischen den Polen des 'öffentlichen Anliegens und des privaten Interesses' hin und her, zwischen Aufbruch und Beharrung, zwischen Zähmung der Marktkräfte und ihrer Entfesselung, zwischen Vormarsch und Rückzug des Staates.“²² Unübersehbar verlangte die auswuchernde Krise des Spätkapitalismus in den USA eine stärkere Gewichtung des „öffentlichen Anliegens“, das heißt die Verbesserung der sozialen Lebensbedingungen mit Hilfe der Reformpolitik des Staates. Das Zurückdrängen des „privaten Interesses“ impliziert, der neoliberalen und gegen den Wohlfahrtsstaat gerichteten Gesellschaftspolitik des Kapitals und ihrer konservativen Vertreter mit Hilfe des Staates Barrieren zu setzen. Diese Positionen stehen sich feindlich und unversöhnlich gegenüber und verstärkten die politische Polarisierung in den ersten beiden Jahren der Obama-Präsidentschaft extrem. Es vollzog sich ein breites Auseinanderfallen der Gesellschaft in verschiedene politisch-kulturelle Milieus. Die Gesundheitsreform mit den staatlichen Eingriffsmöglichkeiten in den privaten Entscheidungsprozess der Bürger wird von den Konservativen als ein Generalangriff der Demokraten auf die ursprünglichen Verfassungsprinzipien und Ideale der Nation angesehen. Und das betrifft „individuelle Freiheit“ und „staatliche Zurückhaltung“. Ein übermächtiger Wohlfahrtsstaat führe zu einer Entmündigung des Bürgers und in den politischen Kollektivismus. Für die Konservativen bestehe das Misstrauen gegenüber dem Staat seit der Gründungszeit der amerikanischen Gesellschaft. Der Ausbau des Wohlfahrtsstaates, selbst in seiner unvollkommenen Form, behindere die Entfaltung von Wesenszügen des

²² Josef Joffe: Goodbye, Mr. President, in: Die Zeit, Nr. 3, 10. Januar 2008, S. 2.

„amerikanischen Traums“: Aufstieg durch Eigenverantwortung und individuelle Vorsorge statt staatlicher Einmischung mit Gesetzesdruck. Doch dieser Mythos vom „amerikanischen Traum“ hat schon lange mit dem realen Leben in den USA wenig zu tun. Er wurde durch die Dominanz des „privaten Interesses“ in der Gesellschaftspolitik in den Grundfesten untergraben. Als die konservativen politischen Kräfte in den zurückliegenden beiden Jahren bemerkten, wie zurückhaltend und enttäuscht große Teile der Obama-Koalition von 2008 gegenüber der Reformpolitik des Präsidenten eingestellt waren, fühlten sie sich zu einem massiven Großangriff auf den Wandel für mehr „öffentliche Anliegen“ ermutigt. Es bot sich die Möglichkeit, die politische Schlappe der Republikaner von 2008 zu überwinden und der Öffnung des Landes für Reformen ein Ende zu bereiten. Kernanliegen der konservativen Kulturkampfstrategie war es, innenpolitische Voraussetzungen zu schaffen, um Obama 2012 aus dem Weißen Haus vertreiben zu können. Präsident Obamas staatliche Sozialausgaben und Stützungen für die dahindümpelnde Wirtschaft aus dem Stimulusprogramm wurden von einflussreichen konservativen Medienvertretern und Politikberatern wie zum Beispiel Charles Krauthammer und Karl Rove als „gefährlicher“ Weg der Regierungspolitik in einen sozialdemokratischen Staat nach europäischem Vorbild, also außerhalb aller amerikanischer Normen, gegeißelt.²³ Die Debatten um die Gesundheitsreform gaben der konservativ-republikanischen Antireformkampagne weiteren Auftrieb. Es verbreitete sich eine Atmosphäre des Hasses und der Intoleranz, Reformanhänger waren nicht mehr gleichberechtigte Teilnehmer am Dialog um die Perspektiven des Landes, sondern Feinde, die den Untergang der USA wissentlich betreiben würden. Nun war zu hören, dass Obama das Land in den Sozialismus führen wolle und die Zunahme des staatlichen Einflusses in der Gesellschaft mit der Unterdrückung der Individualrechte in den Terrorregimen Hitlers und Stalins vergleichbar wäre. Auch rassistische Tendenzen waren in den konservativen Kampagnen nicht zu überhören: Obamas Politik begünstige Schwarze mit Sozialstützungen, während die weiße Bevölkerung durch höhere Steuerbelastungen „arbeitsunwillige“ Schwarze alimentieren

²³ Vgl. Obama ist durchschnittlich. Interview mit Charles Krauthammer, in: Der Spiegel, Nr. 44/2009, S. 117, und Wir bewegen uns nicht nach rechts, Interview mit Karl Rove, in: Der Spiegel, Nr. 42/2010, S. 138.

müsse. Besonders die durch die Krise hart gebeutelte weiße Facharbeiterschicht sollte auf diesem Weg des rassistischen Hasses der Obama-Politik entfremdet werden.

Diese ideologischen Schlammschlachten wurden möglich, weil die Republikaner immer wirkungsvoller einflussreiche Medien und Think Tanks in ihren Glaubenskrieg einschalten konnten. Riesige Finanzmittel kamen als Spenden aus der Großindustrie, um den konservativen Reformgegnern größere politische Ausstrahlungskraft verleihen zu können. Typisch hierfür sind die Milliardärsbrüder Charles und David Koch, die einen der größten Mischkonzerne der USA besitzen und die rechten Bewegungen in ihrem Kampf gegen die Demokraten mit mehr als 100 Millionen Dollar unterstützten.²⁴ Davon zehrte auch der rechtskonservative Sender Fox News, der zum Sprachrohr der Anti-Obama-Kampagnen wurde und drei- bis viermal so viele Zuschauer bzw. Zuhörer hat wie die traditionellen Informationskanäle CNN oder MSNBC. Der Kulturkampf der Konservativen spaltete die Medienöffentlichkeit immer stärker in feindliche Lager. Selbst die Mainstream-Medien wie *New York Times*, *Washington Post* oder *Newsweek* wurden mit ihrer liberalen Ausrichtung als zum feindlichen Lager zugehörig angesehen.²⁵ Die konservativen Rufer gegen einen progressiven Wandel in den USA glaubten, sich in einer Art Bürgerkrieg mit den Reformanhängern zu befinden.

Die Anti-Obama-Kampagnen der Republikaner bewirkten in relativ kurzer Zeit eine Ausdehnung von konservativen Stimmungen und neuen Bewegungen im ganzen Land. Von besonderem politischen Gewicht im Vorfeld der Kongresswahlen war die *Tea-Party-Bewegung*, entstanden als erzkonservative Graswurzelbewegung gegen die Krisenprozesse der US-Gesellschaft. Ihr geistiger Ausgangspunkt war Chicago, die politische Heimatstadt Obamas. Anfang 2009 rief der Analyst Rick Santelli vom Finanzsender CNBC die Börsenmakler auf, sich mit Protest gegen eine Entscheidung Präsident Obamas zu wenden, der verschuldeten Hausbesitzern in der Krise eine finanzielle Rettung durch den Staat in Aussicht gestellt hatte. Hier wurde Stimmung gegen die „Verlierer“ im Konsumrausch gemacht. Und Santelli rief über den Sender: „Präsident Obama

hören Sie zu? Wir werden im Juli zu einer Tea-Party in Chicago einladen.“²⁶ Das war das bewusste Anknüpfen an die Steuerverweigerung der amerikanischen Kolonien gegenüber der britischen Krone 1773 in Boston, als der britische Tee als Aufstandssymbol ins Wasser geworfen wurde. Nun wurde „Tea“ zu einem neuen Rebellionsbegriff. Er soll bedeuten: „Taxed Enough Already“ (Längst genug besteuert). In kurzer Zeit entstanden Tea-Party-Organisationen in mehr als 300 Städten der USA, die Protestaktionen initiierten. Die verschiedenen Tea-Party-Organisationen (sie nennen sich Tea-Party Patriots, Tea-Party Express, Unite in Action, Tax-Day-Tea-Party, American Liberty Alliance) verfügen über keine gemeinsame programmatische Plattform, doch treten einige Grundforderungen bei den meisten Teilbewegungen besonders hervor:

- Ablehnung des politischen Establishments in Washington als Schuldige für die Krisensituation in den USA; Demokraten und Republikaner werden zusammen als politisch korrupt und dem Volk entfremdet angesehen, die aus ihren Machtpositionen hinausgedrängt werden müssen;
- Geschaffen werden müsse ein schwacher Staat, der die Steuerabgaben drastisch senkt, Regierungsinstitutionen wie die Notenbank und zentrale Steuereinrichtungen abschafft und die Politik der Staatsverschuldung beendet.
- Abgelehnt werden alle Sozialprogramme des Staates verbunden mit der Forderung nach Privatisierung der Altersversorgung und der Verhinderung staatlichen Einflusses auf das Gesundheitssystem;
- Barrieren sollen entstehen gegen eine Klima- und Energiegesetzgebung (Wirkung als Job-Killer), gegen neue Bankenrettungen und staatliche Konjunkturförderprogramme und international wird ein Ausstieg der USA aus den Vereinten Nationen propagiert.
- Präsident Obama gilt in den Bewegungen als Dieb des Volksvermögens, als Sozialist und nationale Schande. Farbige würden eine führende Rolle bei dem Versuch spielen, kommunistische Entwicklungen in den USA zu fördern.

²⁴ Vgl. Jordan Mejias: Gut gedüngte Graswurzeln, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. September 2010.

²⁵ Vgl. Nikolaus Piper: Journalisten im Bürgerkrieg, in: Süddeutsche Zeitung, 24./25./26. Dezember 2010.

²⁶ Vgl. Die rechten Revolutionäre, in: Der Spiegel, Nr. 15/2010, S. 84-89.

Diese diffusen Programmpunkte stammen zum großen Teil aus dem ideologischen Arsenal des Libertarismus, einer extrem konservativen Reaktion auf soziale Wandlungsversuche in den USA. In der Tea-Party-Bewegung sprachen diese Forderungen zunehmend jene Bevölkerungsgruppen an, die das Vertrauen in die politischen Eliten verloren haben und ratlos den inneren und internationalen Krisenentwicklungen gegenüber stehen. Es ist vor allem die Furcht vor dem sinkenden Lebensstandard, den Folgen des ethnischen Wandels (Anwachsen der Schwarzen und Latinos gegenüber der weißen Bevölkerung) und den Rückwirkungen der Globalisierung auf das lokale, soziale und wirtschaftliche Umfeld. Die meisten Anhänger und Sympathisanten der Tea-Party-Protestbewegung kommen aus der weißen protestantischen Mittelschicht, sind überdurchschnittlich gebildet und besser verdienend. Unübersehbar war und ist diese rechtsextreme Graswurzelbewegung nicht allein auf das Wirken spontaner Willensbekundungen zurückzuführen. Sie wurde finanziell gut „gedüngt“. Die Milliardäre Koch und andere Großfinanziers haben über ihre Stiftungen der Verbreitung der „libertären Ideen“ Auftrieb gegeben.²⁷ Der Sender Fox News sorgte für ein populistisches Aufheizen der öffentlichen Stimmungen. Zum politischen Star des rechten Massenprotests wurde Sarah Palin, die gescheiterte Vizepräsidentenskandidatin von 2008, die zur Wiederherstellung der „Ehre“ Amerikas aufrief. Andere wirkungsvolle Einpeitscher einer Anti-Washington Stimmung waren u. a. Christine O'Donnell (Delaware), Carl Paladino (New York), Rand Paul (Kentucky) und Marco Rubio (Florida).

Die organisatorisch heterogene Tea-Party-Bewegung versteht sich als dritte politische Kraft neben den Demokraten und Republikanern. Sie will, wie einige ihrer Organisatoren angeben, nicht Teil der republikanischen Partei sein, sondern eine Gegenkraft zu deren Establishment. Ziel sei damit nicht Junior-Partnerschaft mit den Republikanern, „sondern deren feindliche Übernahme“.²⁸ Im Vorfeld der Kongresswahlen bekannten sich mehr als einhundert republikanische Kandidaten für das Abgeordnetenhaus zu den programmatischen Forderungen der Tea-Party-Bewegung. Bei

den Parteivorwahlen konnten zahlreiche republikanische Kandidaten nur mit Hilfe der Tea-Party-Organisationen eine Bestätigung für ein Mandat erhalten. Gleichzeitig verdrängten Tea-Party-Aktivisten Bewerber der Republikaner von den Kandidatenlisten und zogen mit dem Ticket der Republikaner in den Wahlkampf. Nach Meinungsbefragungen war erkennbar, dass sich mindestens zwei Drittel der Republikaner mit der Tea-Party-Bewegung identifizieren. Auch gab es viele Unterstützungsverpflichtungen von moderaten Republikanern, im Falle ihrer Wahl im Kongress für die Durchsetzung einer kompromisslosen Politik gegenüber der Obama-Administration und für das Tea-Party-Programm einzutreten. Vor den Wahlen wurde geschätzt, dass etwa ein Drittel der US-Bürger die Tea-Party-Bewegung unterstützen. Der Bewegung war es gelungen, „die ideologische Vorherrschaft auf der rechten Seite des politischen Spektrums zu gewinnen.“²⁹

In besonderer Weise zeigte sich die Schärfe des Kulturkampfes um die Zukunft der USA-Gesellschaft bei den beiden Massenmobilisierungen der politischen Hauptkontrahenten im Herbst 2010. Am 28. August machte die Tea-Party-Bewegung vor dem Lincoln-Memorial in Washington mit 100 000 Teilnehmern gegen Obama mobil. Ihr Ruf war: Wir dürfen Amerika nicht fundamental verändern, sondern müssen es wiederherstellen.

Am 2. Oktober führte die Koalition „Eine Nation steht zusammen“ (One Nation standing together) mit 100 000 Teilnehmern einen Marsch nach Washington durch. 400 Organisationen – Förderer und Kritiker der Obama-Politik – aus dem demokratischen Spektrum der Gesellschaft wollten gegen den Vormarsch der Rechten eine Barriere setzen. Ihr Ruf war: Für Jobs, Gerechtigkeit und Bildung, gegen Krieg. Hier wurde sichtbar, dass die linken Bewegungen trotz starker Uneinigkeit über eine effektive Gesellschaftsstrategie wieder und mit stärkerer Stimme zu hören waren.

Im Kulturkampf um Gesellschaftsreformen und Staatsrolle haben die Konservativen am 2. November 2010 eine Dominanzposition errungen. Diese Auseinandersetzungen gehen weiter und werden im 112. Kongress die Obama-Administration zu einer Überprüfung ihrer bisherigen Regierungspolitik zwingen.

²⁷ Vgl. Max Böhnelt: Rechte „Tea-Party“ bringt Präsident Obama in Bedrängnis, in: Neues Deutschland, 30./31. Oktober 2010.

²⁸ Christian Wernicke: Rechte Revolutionäre, in: Süddeutsche Zeitung, 9./10. Oktober 2010.

²⁹ Ebenda.

Obamas Weg in die „Mitte“

Welche Spielräume zum Regieren haben die Demokraten im 112. Kongress? Unter den Bedingungen des Verlusts der Mehrheit im Repräsentantenhaus und des Bestehens einer nur sehr knappen Mehrheit im Senat ist für die Demokraten der Zwang zur Kooperation mit den Republikanern gewachsen. Barack Obama muss in der Phase der Vorbereitung auf die Präsidentschaftswahl 2012 mit einem „divided government“ Wählergewinnung betreiben. Über die politische Hauptstoßrichtung in dieser schon einsetzenden Vorperiode des Wahlkampfes haben bereits kurz nach der Wahlniederlage vom 2. November 2010 heftige Auseinandersetzungen in der Demokratischen Partei begonnen.³⁰ Der liberale Flügel verteidigt die bisherige Regierungspolitik Obamas (an der Spitze die bisherige Sprecherin des Repräsentantenhauses Nancy Pelosi und Reformbefürworter dieser Kongresskammer). Fehlerhaft und ungenügend sei jedoch die Vermittlung der Politik an die Wähler gewesen. Entgegengesetzte Positionen kommen vom zentristischen Flügel der Partei, der sich aus gemäßigten und konservativen Vertretern zusammensetzt. Diese Gruppierungen kritisieren, wie bereits erwähnt, die Prioritätensetzung der Administration. Statt kostenreicher Großreformen hätte der Schwerpunkt auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze und den Abbau der Staatsverschuldung gelegt werden müssen. Die wahlentscheidenden unabhängigen Wähler, meist zur sozialen Mitte der USA gehörend, wünschen keine drastischen Wandlungen der Gesellschaft, sondern eine Sicherung des Lebensstandards und eine schnelle Überwindung der Rezession. Bei den Wahlen am 2. November 2010 verloren die Zentristen, bis zu diesem Zeitpunkt mit 53 Abgeordneten vertreten, nahezu die Hälfte der bisherigen Sitze. Auch Obamas Wahlhilfe half wenig.³¹ Der Flügel der Parteilinken, heterogen zusammengesetzt aus Linksliberalen verschiedener politischer Schattierungen, konnte dagegen seine Positionen halten und hat jetzt ein größeres Gewicht im Repräsentantenhaus als zuvor. Innerhalb der Parteilinken ist ein heftiger Streit über die Haltung zu Obamas Politik im Gange. Gruppen wie „Progressive Democrats of America“ und der „Congressional Progressive Caucus“ verlangen von einem Teil des linken Establish-

ments, das Obama unterstützte, schärfere Kampfaktionen gegen den Verrat einer echten Reformpolitik. Das Fehlen eines starken Protests auf der Straße und in den Betrieben habe die Rechtskräfte innerhalb und außerhalb der Administration zu einer Untergrabung des New-Deal-Gedankens ermuntert und zur Ausweitung des Krieges in Afghanistan beigetragen. Die „radikalen“ Linken verlangen mehr Bürgerungehorsam gegenüber der Obama-Politik. Trotz starken Widerstands der Zentristen im Repräsentantenhaus ist die liberal orientierte Nancy Pelosi mit 150 zu 46 Stimmen in das Amt der Minderheitsführerin der Demokraten gewählt worden und wird im 112. Kongress die geschwächte Fraktion in die Auseinandersetzungen mit den Republikanern führen.

Barack Obama hat zu Beginn der zweiten Hälfte seiner Amtszeit keine geschlossen auftretende Demokratische Partei hinter sich. Der Verlust der Mehrheit im Repräsentantenhaus zwingt das Weiße Haus zu einem neuen Herangehen an die Republikaner. In der kurzen Periode zwischen Wahltag und der Eröffnung der Sitzungsperiode des neuen Kongresses am 3. Januar 2011, in der noch die alten Mehrheitsverhältnisse wirksam sind, aber traditionell wenig Spielraum für die Gesetzesinitiativen besteht (bekannt als „lahme Ente-Periode“) stellten die Demokraten wichtige Gesetzesvorhaben zur Abstimmung. Präsident Obama wollte die Blockadepolitik der Republikaner brechen und trotz der Wahlniederlage der Demokraten ein Zeichen setzen für Möglichkeiten einer überparteilichen Zusammenarbeit in den nächsten beiden Jahren.³² Zugleich wollte Obama sichtbar machen, dass er die Interessen der „politischen Mitte“ an mehr Überparteilichkeit im Regierungsstil nach den beiden Jahren zugespitzter Konfrontation und ergebnisloser Verhandlungen mit den Republikanern zu berücksichtigen beabsichtigt. Welche Ergebnisse brachten die neuen Initiativen der Demokraten?

Erstens das Kompromisspaket zur Steuerreform, das im Repräsentantenhaus mit 277 zu 148 Stimmen und im Senat mit 81 zu 19 eine Mehrheit fand. Steuererleichterungen für Millionen US-Bürger, noch unter Präsident Bush durchgesetzt, bleiben für zwei Jahre bestehen. Der Kompromiss: Auch die Steuervergünsti-

³⁰ Vgl. Matthias Rüb, Die Lektion, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8. November 2010.

³¹ Ebenda.

³² Vgl. Matthias Rüb: Beschleunigungsversuche einer lahmen Ente, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. Dezember 2010.

gungen für Reiche, die 2010 aufgehoben werden sollten, bleiben weitere zwei Jahre wirksam. Erbschaften bis fünf Millionen Dollar sind nach diesem Kompromiss weiterhin steuerfrei. Eine zentrale Forderung der Demokraten wurde damit in den Kompromissverhandlungen aufgegeben. Die Republikaner gaben dafür ihren Widerstand gegen die längere Zahlung von Hilfen für Langzeitarbeitslose auf.³³ Obamas Kompromissbereitschaft war auch von der Kalkulation getragen, dass die Erhöhung neuer Steuersätze die labilen Konjunkturentwicklungen belasten könnten.

Zweitens die Ratifizierung des START-Vertrages über die Reduzierung der nuklearen Arsenale mit Russland. Dies kann als der größte außenpolitische Erfolg Obamas nach der Wahlniederlage im November 2010 angesehen werden. Der Senat ratifizierte den Vertrag mit 71 zu 26 Stimmen, 18 Republikaner stimmten mit den Demokraten. Obama gelang es im Vorfeld der Abstimmung, eine große Zahl einflussreicher republikanischer Politiker aus vorangegangenen Administrationen für die Unterstützung der Ratifizierung zu gewinnen. Der Kompromisspreis für die republikanischen Gegner des START-Abkommens: Erhöhung der Ausgaben der Administration für die fortlaufende Modernisierung der US-Atomwaffen und die Zusicherung, dass der Vertrag die Errichtung von Raketenabwehrsystemen der USA in Europa nicht behindert.

Drittens gab es überparteiliche Mehrheitsentscheidungen für die Aufhebung des Banns für Schwule und Lesben im Armeedienst, ein frühes Wahlkampfversprechen von Obama, für ein Gesetz zur Kostendeckung der medizinischen Behandlung von Rettungskräften während der Katastrophe von 2001 am World Trade Center in New York sowie für ein Gesetz zur Erhöhung der Nahrungsmittelsicherheit.

So erwies sich die „lahme-Ente-Session“ des Kongresses im Dezember 2010 als Testperiode für eine mögliche Einbindung der Republikaner in Mitverantwortung in der Gesetzgebung. Der Steuerkompromiss, den Obama und Vizepräsident Biden ohne Einbeziehung der Mehrheit der demokratischen Abgeordneten mit den Republikanern ausgehandelt hatten, führte zu einem kleinen politischen „Aufstand“ gegen Obama. Die Parteilinken sahen im Gesetz zur Steuerreform einen Verrat an den eigenen Prinzipien und einen Betrug gegenüber den Wählern. Obama warf den progressiven De-

mokraten eine Neigung zu „symbolischen Schlachten“ vor, mit denen sie politisch nichts bewegen könnten.³⁴ Linke Organisationen riefen über die elektronischen Medien zum Widerstand gegen den Steuerkompromiss auf. Hier keimte erneut die seit der Wahlniederlage anhaltende Debatte unter den Linksliberalen auf, in welchem Maße Obama liberale Positionen verlassen hat und zunehmend zu einem Zentristen in der Art des „Democratic Leadership Council“ mit den Clinton-Einflüssen geworden ist. Obama-Demokraten würden politisch nur Chancen haben, den Konservatismus der Reagan-Ära zurückzudrängen, wenn sie Wähler für eine progressive Agenda mobilisieren.³⁵

Der Pragmatiker Obama ist mit der Tatsache konfrontiert, dass er unter den veränderten Machtkonstellationen im Kongress bis 2012 kaum Chancen haben wird, ambitionierte Gesetzesvorlagen mit Reformcharakter wie das Energie- und Umweltgesetz oder ein neues Einwanderungsrecht durch den Kongress zu bringen. Das Weiße Haus wird sich innenpolitisch eher darauf beschränken müssen, Veränderungen bestehender Gesetze durch die Republikaner zu verhindern und notwendige Maßnahmen zur Stabilisierung der inneren Lage per Verordnung durchzusetzen. Im Gegensatz zu den Erwartungen des linksliberalen Parteiflügels hat der engere Machtkreis um Obama die politischen Weichen für eine Wiedergewinnung von Amerikas Mitte gestellt. Um in der Öffentlichkeit den neuen Politikschwenk sichtbar zu machen, begann Obama, die Spitzenberater des Weißen Hauses auszuwechseln. Stabschef im Weißen Haus wurde William Daley, einst Handelsminister bei Bill Clinton und Vorstand der Großbank J P Morgan Chase, also eng mit der Wall Street liiert. Als Chef des Nationalen Beraterteams für Wirtschaftsfragen wurde Gene Sperling ausersehen, der bereits unter Präsident Clinton in gleicher Funktion tätig war und als Mitschöpfer des jüngsten Steuerkompromisses mit den Republikanern galt. Chefberater von Obama wurde der erfahrene Wahlkampfmanager David Plouffe, der 2008 die elektronischen Medien im Wahlkampf des Präsidenten erfolgreich geleitet hat. Um die Großkonzerne wieder stärker für die Politik der Demokraten zu

³³ Ebenda.

³⁴ Vgl. Christian Wernicke: Parteilinke fallen über Obama her, in: Süddeutsche Zeitung, 9. Dezember 2010.

³⁵ Vgl. Thomas F. Schaller: The Democratic Party in the age of Obama: Yes we can or no we can't, in: New Labor Forum, New York, Fall 2010, S. 3.

gewinnen, hat Obama den Boss von General Electric, Jeffrey Immelt, als Wirtschaftsberater berufen. Die neue Beratergarde im Weißen Haus, meist Zentristen aus der Clinton-Ära und Spitzen aus Bank- und Industriekreisen, sollen künftig die Kompromisse mit den Konservativen schmieden. Dieser Personalwechsel zu Beginn der zweiten Hälfte der Amtszeit des Präsidenten ist kein politischer Positionswechsel. Er reflektiert eher Kontinuität in Obamas strategischem Denken unter den nach dem 2. November 2010 veränderten Machtkonstellationen.³⁶

Offensive der Republikaner

Wie ist die neue Lage der Republikaner nach den Kongresswahlen? Sie verdanken ihren Sieg im Kongress und in den Bundesstaaten nicht allein ihrer eigenen Stärke. Der Wahlsieg wurde möglich, weil es ihnen gelang, in den Medienschlachten und Massenbewegungen die Jahrhundertkrise und den gefürchteten Niedergang der USA der Politik Obamas anzulasten. Doch die Republikaner waren schon in der zweiten Amtszeit von George W. Bush eine Partei in der Krise. Wolfram Eilenberger zeichnet ein sehr treffendes Bild von der Partei, wenn er feststellt: „Bei nüchterner Betrachtung treten die Republikaner des Winters 2010 als eine programmatisch desolante und strukturell bedrohte Partei hervor, der es überdies an einer klaren oder zumindest klar präsidentialen Führungsgestalt mangelt. Das Entstehen der Tea-Party ist nur sichtbarstes Symptom dieser Krise.“³⁷ Die Republikaner müssen nun mit ihrer Mehrheit im Repräsentantenhaus eine Kursbestimmung für die nächsten zwei Jahre vornehmen. Vieles wird von dem neuen starken Mann abhängen: John Boehner ist „Speaker“ des Kongresses, damit neben Präsident und Vizepräsident die Nummer drei im Staatssystem. Boehner, mit langen Erfahrungen in der Kongressarbeit während der Auseinandersetzungen mit der Clinton-Administration, signalisierte Kooperationsbereitschaft gegenüber Präsident Obama, erwartet jedoch dessen Bereitschaft zu Veränderungen in seiner Politik. Wollen die Republikaner, wie von den Wählern erwartet, zu einer effektiven Regierungspolitik beitragen, dann ist dafür ihre bisherige Obstruktionspolitik gegenüber fast allen

Gesetzesvorlagen der Obama-Administration nicht mehr geeignet. Hier zeigt sich ein besonderes politisches Dilemma, in dem sich Boehner befindet. „Der Wahlsieg geht zwar auch auf die Energie der radikalen Tea-Party zurück, doch die Stimmenzuwächse verbuchten die Republikaner nicht am rechten Rand, sondern in der Mitte.“³⁸ Obwohl unter dem Druck der erzkonservativen Bewegungen die Partei weiter nach rechts getrieben wurde, müssen die extremen Tea-Party-Forderungen beim Agieren der Gesamtfraktion mit den gemäßigten Strömungen in Einklang gebracht werden. Mehr als vierzig Abgeordnete und mindestens sechs Senatoren, die als Republikaner von der Tea-Party-Bewegung unterstützt wurden und jetzt durch ihr Mandat die Bewegung im Kongress direkt repräsentieren, verlangen von der Fraktionsspitze eine Realisierung des Tea-Party-Manifests „Contract from America“. Erste scharfe Auseinandersetzungen begannen um die personelle Besetzung der Vorsitzenden der Ausschüsse im Repräsentantenhaus, die im 112. Kongress alle von Republikanern geleitet werden. Die 22 Ausschüsse des Repräsentantenhauses können auf der Grundlage des Haushaltsbeschließungsrechts Entscheidungen und Handlungsweisen der Regierungsbehörden bis ins Detail beeinflussen und festlegen, für welche Zwecke die bewilligten Gelder verwendet werden. Hinsichtlich dieser Ausschussbesetzung fühlten sich die Tea-Party-Vertreter nicht ausreichend berücksichtigt. Ebenso übten sie scharfe Kritik an den Kompromissentscheidungen der Fraktionsspitze in der „Lahmen Ente-Session“ mit den Demokraten, was als Verrat an den Wahlergebnissen angesehen wurde.³⁹ Parlamentspräsident Boehner und der republikanische Fraktionschef im Repräsentantenhaus Eric Cantor, ein Vertreter derer, die für eine konservative Erneuerung der Partei eintreten, setzten aggressive Akzente für die parlamentarische Arbeit im 112. Kongress. Auf Druck der Tea-Party Vertreter begann nun die Parlamentstätigkeit mit der Verlesung der Verfassung im Repräsentantenhaus. Mit diesem theatralisch-patriotischen Ritual, bisher völlig unüblich, sollte zur Bewahrung „amerikanischer Werte“ und zur Ablehnung „verfassungsfeindlicher Reformen“ aufgerufen werden. Es war ein ideologisches Einstimmen der

³⁶ Vgl. Matt Bay: Political Times: A shift in tactics, not in ideology, in: New York Times, 7. Januar 2011.

³⁷ Wolfram Eilenberger: Gewonnen und doch ohne Zukunft?, in: Cicero, Heft 12/2010, S. 24.

³⁸ Ebenda.

³⁹ Vgl. Kate Zernicke: Tea-Party Activists angry at actions of GOP-Leaders, in: New York Times, 1. Januar 2011.

konservativen Parlamentarier auf die Großoffensive gegen Präsident Obama.⁴⁰

Drei Stoßrichtungen der Republikaner sollen hier erwähnt sein. *Erstens* die Rückgängigmachung des Gesetzes zur Gesundheitsreform. Hauptargument: Verfassungswidriger Eingriff in die Freiheitsrechte der Bürger und Übergriff der föderalen Macht der Bundesregierung auf die Rechte der Einzelstaaten. Am 20. Januar 2011 stimmte das Repräsentantenhaus mit der Mehrheit der Stimmen der Republikaner für die Aufhebung des Gesetzes. Obwohl ein symbolischer Akt, da im Senat dafür keine Mehrheit vorhanden ist, wird den Wählern die Bereitschaft der Republikaner zum Kampf gegen Obamas Reformkurs demonstriert. Inzwischen haben auch republikanische Justizminister in 26 Bundesstaaten Klage gegen das Gesetz eingereicht. Mit einer Art Salamtaktik wollen die Republikaner im Repräsentantenhaus durch Entzug von Finanzmitteln einzelne Teile des Gesetzes unwirksam machen oder durch neue Gesetzesinitiativen die finanziellen Grundlagen verändern.

Zweitens die Aufhebung der vom Repräsentantenhaus 2009 bestätigten Begrenzungen des Ausstoßes von sogenannten Treibhausgasen, die nachdem im Senat keine Mehrheit für ein Energie- und Klimagesetz zu erreichen war, über die US-Umweltbehörde (EPA) Wirksamkeit bekommen sollte. Das Reformprojekt Obamas für eine umfassende Veränderung der Energiepolitik der USA wurde der Öffentlichkeit als Jobkiller vorgestellt. Auf Seiten der Republikaner stehen mächtige Interessengruppen, die mit ihren mehr als 2 000 Lobbyisten jede energiepolitische Reform zuungunsten der Kohle-, Atom- und Ölkonzerne verhindern.

Drittens wird die Begrenzung der Staatsausgaben und der staatlichen Verschuldung zu einem Schlüsselproblem im Kampf gegen die Obama-Administration. Die Republikaner verlangen drastische Einschnitte bei Ausgabengesetzen. Mehrausgaben dürften nicht über Steuererhöhungen oder Neuverschuldungen gedeckt werden. Da 2011 die Anhebung der Schuldenobergrenze (derzeit 14,3 Billionen Dollar) für die Administration notwendig wird, um die Zahlungsfähigkeit des Staates sichern zu können, machen die Republikaner Zugeständnisse in dieser Frage von der Bereitschaft Obamas abhängig, starke Ausgabenkürzungen im Bun-

deshaushalt vorzunehmen. Zu erwarten sind in nächster Zeit Initiativen der Republikaner zur Kürzung der Mittel für die Parlamentstätigkeit und zur Auflösung von Bundesbehörden zugunsten der Bundesstaaten (vornehmlich im Bildungsbereich). Die gesamte Tätigkeit der Republikaner im 112. Kongress ist darauf ausgerichtet, die Wiederwahl von Präsident Obama 2012 zu verhindern. Ob dieses Ziel mit Konfrontation oder mit begrenzter Kooperation und Kompromissbereitschaft bei Gegenleistungen zu erreichen ist, bleibt für die nächste Zeit eine offene Frage und wird auch vom Ausgang der inneren Auseinandersetzungen in der Republikanischen Partei abhängen. Noch ist nicht entschieden, ob die Tea-Party-Abgeordneten der Konfrontationspolitik den Vorzug geben oder mit den moderaten Kräften einen Mittelweg suchen, um von Wunschvorstellungen zu realeren Bedingungen zu gelangen. Wenig wahrscheinlich ist im Vorfeld der Präsidentschaftswahl von 2012, dass sich die ultrakonservativen Kräfte in und im Umfeld der Tea-Party-Bewegung (die Abgeordneten und Senatoren als republikanische Mandatsträger eingeschlossen) entschließen, eine dritte Partei zu gründen, die das Zwei-Parteien-Duopol aufreißt und dem lähmenden Kampf zwischen Republikanern und Demokraten ein Ende setzt. Die USA hätten, wie der Journalist Thomas Friedman feststellte, zwei bankrotte Parteien, die das Land bankrott machen.⁴¹ Blickt man aber auf das Schicksal dritter Parteien bei Wahlen (z. B. Kampagne von Ralph Nader im Jahr 2000), so bestehen wenig Chancen, größere Wählergruppen aus dem traditionellen Zwei-Parteien-System herauszubrechen. So wird sich die Tea-Party mit hoher Wahrscheinlichkeit eher als Splittergruppe innerhalb der Republikaner etablieren. Das wird das strukturelle Dilemma der Republikaner vor 2012 weiter erhöhen, weil die politische Polarisierung innerhalb der Partei zu deren Schwächung gegenüber den Demokraten führen und moderatere Republikaner von der Wahl abhalten kann. Bereits jetzt zeigen die Debatten über mögliche Präsidentschaftskandidaten, wie spannungsgeladen die innere Lage bei den Republikanern ist. Die Versuche, die politischen Forderungen der evangelikalen Rechten mit den moderat eingestellten Wechselwählern in der Mitte in Übereinstimmung zu bringen, „ist durch den Rigorismus der Tea-Party-

⁴⁰ Vgl. Frank Herrmann: Großoffensive gegen die Gesundheitsreform, in: Märkische Allgemeine, Potsdam, 5. Januar 2011.

⁴¹ Vgl. Thomas Friedman: Third party rising, in: New York Times, 2. Oktober 2010.

Fundamentalisten noch komplizierter geworden.“⁴² Eine Führungsfigur für diese moderierende Aufgabe ist nicht in Sicht. Sarah Palin, die Ikone der rechten Graswurzelbewegung, die zahlreichen Republikanern den Weg in den Kongress geebnet hat, steht einer Präsidentschaftskandidatur nicht ablehnend gegenüber. Doch mit ihren extremen politischen Positionen ist sie trotz starker Medienförderung, besonders über Fox News, kein Anziehungspunkt für die wahlwichtige republikanische Mitte. Weitere mögliche Kandidaten auf der Bewerberliste sind u. a. Marco Rubio, Senator aus Florida und Favorit der Tea-Party, Mitt Romney aus dem alten Parteiestablishment und der New Yorker Immobilienunternehmer und Milliardär Donald Trump. Offen bleibt für die nächsten Monate, ob eine Figur aus dem noch weitgehend unbekanntem Bewerberkreis eine solche Integrationsfähigkeit entwickelt, um die Republikaner vor einem erneuten Vormarsch der Sarah Palin zu bewahren. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahl von 2012 sind die Republikaner weit davon entfernt, kraftvolle Impulse für eine Gesundung der inneren Situation in den USA ausstrahlen zu können.

Schwierige Wege zur Wiederwahl

Barack Obama will 2012 wiedergewählt werden. Die Republikaner im 112. Kongress wollen dies mit allen Mitteln verhindern. Deshalb sind die Chancen für ein weniger konfrontatives Verhalten der Republikaner äußerst gering. Der Beginn der Sitzungsperiode des neuen Kongresses fand unter den denkbar schlechtesten Vorzeichen statt. Der Mordanschlag in Tucson auf die demokratische Abgeordnete Gabrielle Giffords, dazu sechs Tote und mehr als ein Dutzend Verletzte, verdeutlichte erneut das Ausmaß der Verrohung der politischen Kultur in den USA, die seit der Wahl Barack Obamas von Wut, Hass und Gewaltandrohungen geprägt ist. Mit der hasserfüllten Rhetorik der rechtskonservativen Parteizentralen entstand ein Klima, in dem politische Gegner zu Feinden erklärt werden. Präsident Obama benutzte die Schocksituation, in der sich das Land befand, nicht für einseitige Schuldzuweisungen bzw. für eine politische Revanche gegenüber den Initiatoren der Hassatmosphäre. In Tucson rief er zur Zivilisierung der politischen Auseinandersetzungen und zum Mut zur Versöhnung auf. Es war ein Appell an alle Teile

⁴² Wolfram Eilenberger: Gewonnen und doch ohne Zukunft?, a. a. O., S. 28.

der politischen Klasse.⁴³ Ob er die Ultrarechten zum Nachdenken hat bringen können, bleibt offen. In jedem Fall zeigte Obama seine Fähigkeit, in einer kritischen Situation des Landes für alle Teile der Bevölkerung zu sprechen. Das stärkte sein politisches Ansehen zu Beginn des 112. Kongresses. Auch durch die Kompromisspolitik im Dezember 2010 ist die Popularitätskurve des Präsidenten wieder nach oben gegangen. Die Hälfte der Bevölkerung gab in Meinungsbefragungen an, dass sie mit der Amtsführung von Obama wieder einverstanden sei.⁴⁴

Vor dem Hintergrund dieses politisch-psychologischen Gewinns nutzte Präsident Obama seine Rede zur Lage der Nation im Kongress am 25. Januar 2011, einige Zielmarken des Weißen Hauses für die Politik in den nächsten zwei Jahren zu setzen. Wenn auch noch sehr vage hinsichtlich des konkreten Regierungsprogramms und eingebunden in eine Vielzahl patriotischer Aufrufe treten drei Tendenzen besonders markant hervor:

Erstens greift Obama das Schuldenproblem des Staates auf, das von den republikanischen Wählern als die größte Gefahr für die Stabilität der USA angesehen wird. Er versichert der Öffentlichkeit, das Staatsdefizit abzubauen zu wollen. So sollen u. a. die Staatsausgaben für fünf Jahre auf dem gegenwärtigen Niveau eingefroren werden. Jedoch kann der Defizitabbau angesichts der starken Steuersenkungsforderungen der Republikaner nicht über die Einnahmeseite, also höhere Steuern, forciert werden. Angedroht wird, dass die Steuernachlässe für Superreiche und Großerben von 2010 nicht ewig akzeptiert werden (sie werden 2012 wieder zur Debatte stehen). Einnahmezuwächse des Staates will Obama über eine Vereinfachung des Steuerrechts und das Schließen von Schlupflöchern, besonders bei Großkonzernen, erreichen. Also, die Spielräume, aus dem Schuldendilemma herauszukommen, sind sehr eng. Im Hintergrund dieser Lage droht die Gefahr, dass die Obama-Administration Schuldenabbau auch durch Kürzungen der Staatsausgaben bei bestehenden Sozialprogrammen vornehmen muss.

Zweitens will die Obama-Administration in den kommenden beiden Jahren die Wirtschaft auf Hochtouren bringen, um auf diesem Weg das zentrale Job-Problem und vor allem die

⁴³ Vgl. Klaus-Dieter Frankenberger: Innehalten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. Januar 2011.

⁴⁴ Vgl. Reymer Klüver: Das Echo der versöhnlichen Töne, in: Süddeutsche Zeitung, 25. Januar 2011.

Verringerung der Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen. Auch hier folgt das Weiße Haus den Stimmungen aus der politischen Mitte: Nicht Reformen der Gesellschaft haben Vorrang, sondern Arbeitsplätze. Neue Arbeitsplätze sollen durch die Erhöhung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit der USA geschaffen werden. Die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der USA sei zugleich die entscheidende Voraussetzung, um in der Weltwirtschaft Vormachtpositionen verteidigen zu können. Obama fordert darum mehr Investitionen und Innovation, Bildung und Infrastruktur. Während die Republikaner Wachstum durch Einsparung von Staatsausgaben und durch Steuerensenkungen zu erreichen glauben, könnten es sich nach den Vorstellungen im Weißen Haus die USA nicht leisten, trotz des angewachsenen Staatsdefizits auf neue Ausgaben zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit zu verzichten.⁴⁵

Um einen schnellen wirtschaftlichen Aufschwung zu erreichen, rief Obama dazu auf, einen neuen „Sputnik-Moment“ in allen wirtschaftsfördernden Bereichen zu initiieren. Er erinnerte daran, dass die USA die Schockwirkung, die 1957 durch den Satellitenstart der Sowjetunion ausgelöst wurde, durch großen Innovationseinsatz überwinden konnten und so das amerikanische Mondprogramm ermöglichen. Jetzt müsse ein neues „Sputnik-Moment“ dazu dienen, dass die USA den wirtschaftlichen Wettbewerb in Asien gewinnen und den Hauptherausforderer China zurückdrängen zu können.⁴⁶

In Obamas Grundsatzpositionen wurde zugleich sichtbar, dass das Gewicht des Staates bei einem wirtschaftlichen Modernisierungsschub nicht verringert werden soll, auch wenn die Bereitschaft der Demokraten ausgesprochen wurde, Staatsinstitutionen zu verkleinern und den bestehenden Regierungsapparat effizienter zu gestalten. Hier setzen die Demokraten klare Barrieren gegen die Forderungen der Republikaner und besonders der Tea-Party-Kräfte, die eine umfassende Verringerung der Staatsrolle in der Gesamtgesellschaft verlangen. Der ideologische Kampf, der zwischen Demokraten und Republikanern seit langem um diese Frage geführt wird (Ronald Reagan forcierte Anfang der 1980er Jahre die konservativen Anti-Staats-Stimmungen), wird mit

dem Näherrücken der Präsidentschaftswahlen an Schärfe zunehmen. Hier nutzte Präsident Obama seinen Kongress-Auftritt zur Zurückweisung der Tea-Party-Forderungen zur „Zerstörung“ des Washingtoner Establishments.⁴⁷

Drittens wollten die Demokraten mit ihrer „Zukunftsagenda“ für die Stärkung der US-Wettbewerbsfähigkeit der weit verbreiteten Meinung in großen Teilen der Öffentlichkeit entgegenwirken, dass die Abstiegstendenzen der Weltmacht USA („decline of power“) in den Jahren der Präsidentschaft Obamas zugenommen und in der Nation Zukunftsängste verstärkt hätten. Mit einer patriotisch drapierten Rhetorik versuchte Barack Obama im Kongress, diesen Stimmungen entgegenzuwirken, indem er die wirtschaftliche Größe der USA in der Welt pries und als „Präsident der Mitte“ alle US-Bürger aufrief, diese Größe im globalen Wettbewerb zur Wirkung zu bringen. Dies war somit auch ein Aufruf an die Republikaner, Gemeinsamkeiten mit den Demokraten bei der Rettung der Staatsfinanzen zu suchen. Die politischen Entwicklungen liefen aber in die entgegengesetzte Richtung, da die Republikaner die konzeptionellen Vorstellungen von Präsident Obama ablehnten, keine Kompromisspositionen zu suchen bereit waren und auf Konfrontation zum Weißen Haus gingen. Mitte Februar 2011 nahm das Repräsentantenhaus mit 235 zu 189 Stimmen ein Gesetz zur Kürzung des Bundeshaushalts um 60 Milliarden Dollar an, das Rückwirkungen auf fast alle Bereiche der Regierungsausgaben hat. Weitere Kürzungen haben die Republikaner im Visier, da zuvor von einer Kürzungshöhe von 100 Milliarden Dollar die Rede war. Der „Speaker“ des Repräsentantenhauses, Boehner, bezeichnete diesen Schritt der Republikaner als größte Ausgabenkürzung in der Geschichte der USA, während die Administration der Opposition vorwarf, mit ihren Entscheidungen die Möglichkeiten zu untergraben, Jobs zu schaffen und die Wirtschaft zu entwickeln.⁴⁸

Offen bleibt im Moment, ob die Ankündigung des Weißen Hauses, das Defizit des US-Staatshaushalts innerhalb der kommenden zehn Jahre um 1 100 Milliarden Dollar zu verringern, Kompromissbrücken im Vorwahlkampf zu den Republikanern entstehen lassen kann.

⁴⁵ Vgl. Obama ruft zur Erneuerung Amerikas auf, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26. Januar 2011.

⁴⁶ Vgl. Christian Wernicke: Der Sputnik-Präsident, in: Süddeutsche Zeitung, 27. Januar 2011.

⁴⁷ Vgl. David E. Sanger: Obama sets stage for clash of governing ideals, in: New York Times, 25. Januar 2011.

⁴⁸ Vgl. David M. Herszenhorn: House vote to cut 60 Billion from budget sets up standoff, in: New York Times Com., 19. Februar 2011.

Welchen Herausforderungen sieht sich die Obama-Administration im Vorfeld des Präsidentschaftswahlkampfes auf außenpolitischem Gebiet gegenüber? Prognosen sind angesichts der angewachsenen internationalen Konflikte und der anhaltenden weltwirtschaftlichen Turbulenzen sehr schwer zu stellen. Zu Beginn des 112. Kongresses hat sich Präsident Obama mit dem Ratifizierungserfolg im Senat beim „New Start“-Abkommen mit Russland neuen Handlungsspielraum für das außenpolitische Agieren geschaffen. In der internationalen Öffentlichkeit konnte er damit auch eine Verbesserung seines Images trotz zunehmender Erfolglosigkeit seines Krisenmanagements im Nahen und Mittleren Osten bewirken. Doch wird der Präsident auch auf außenpolitischem Gebiet die veränderten Machtkonstellationen im Kongress in nächster Zeit zu spüren bekommen. Hier hat den Vorsitz des Auswärtigen Ausschusses im Repräsentantenhaus Ileana Ros-Lethinen übernommen, eine Exilkubanerin, die dem bisherigen außenpolitischen Kurs der Administration kritisch gegenüber steht und zu den Hardlinern im außenpolitischen Establishment der Republikaner gehört. Diese Kräfte setzen alles daran, dass Präsident Obama wenig Chancen hat, seine Wiederwahl mit außenpolitischen Erfolgen zu erleichtern. Über die Finanzzuweisungen des Auswärtigen Ausschusses und stärkere Kontrollen der Tätigkeit des State Departement und anderer Regierungsinstitutionen sind die Einflussmöglichkeiten der Opposition auf die Außenpolitik der Administration größer geworden.

Nachfolgend sei aus gegenwärtiger Sicht auf Problemfelder hingewiesen, die den Handlungsspielraum der Administration direkt beeinflussen. Priorität für die Durchsetzung US-amerikanischer Interessen im globalen Maßstab hat die Sicherung wirtschaftlicher Vormacht. Um die Rückwirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise auf die USA zu dämpfen, hat Obama über das internationale Krisenmanagement (besonders G 20) versucht, die anderen Industriemächte zur Übernahme der keynesianischen Rettungsstrategie zu bewegen: Erhöhung der kreditfinanzierten Staatsausgaben, also Schuldenerhöhung, um Wirtschaftsaufschwung zu erleichtern.⁴⁹ Sparen in der Rezession, wie vorrangig in der EU,

⁴⁹ Vgl. Paul Krugman: 1938 im Jahr 2010, in: Berliner Zeitung, 13. September 2010. Siehe auch: Helmut Mathes: Weltfinanzen und Weltwirtschaft: Die USA im Schatten der Krise, in: Welttrends, Nr. 75, November/Dezember 2010, S. 93-98.

lehnte die US-Administration ab. Hier tat sich bereits ein Grundsatzkonflikt zwischen Republikanern und Demokraten auf, der anhält. Nun drohen weitere Gefahren für das internationale Wirtschafts- und Finanzsystem: Wachsende Ungleichgewichte im Handel und die Zunahme eines Abwertungswettlaufs der Währungen der großen Exportmächte. Die USA sehen die Exportstärken der anderen Mächte, insbesondere von China und Deutschland, als Ursache des eigenen Zurückbleibens. In imperialer Manie verlangte die Obama-Administration von anderen Konkurrenten ein Deckeln ihrer Exportüberschüsse, das heißt ein Verzicht auf Wettbewerbsvorteile. Zugleich wurde der Wert des Dollars gedrückt, um die US-Exporte vergrößern zu können. Da diese Politik international auf Widerstand stößt, haben sich in den USA die protektionistischen Tendenzen verstärkt, um den US-Markt vor ausländischem Exportdruck abzuschirmen.⁵⁰ Die innerpolitischen Fronten bleiben gespalten. Präsident Obama will die Gewerkschaften, Globalisierungsgegner, Teile der Industrie und den Protektionismus fördernde Gruppen der Republikaner für seine Einflussverstärkung im internationalen Wirtschafts- und Finanzsystem gewinnen. Hier lauern weitere Ungewissheiten hinsichtlich der Interessenlagen von Republikanern und Demokraten.

Auch auf anderen außenpolitischen „Baustellen“, die Präsident Obama zur Anpassung der USA an die veränderten internationalen Machtkonstellationen eingerichtet hat, werden die Republikaner verstärkt ihre Forderungen zur Wirkung bringen. Im Vordergrund wird in nächster Zeit das Verhältnis der USA zu China stehen. Während in allen Teilen der politischen Eliten weitgehender Konsens darüber besteht, die US-amerikanische Vormachtstellung in Asien zu sichern, halten auch in Kongress-Kreisen die Debatten an, ob die Obama-Administration mit ihrem bisherigen und gegenwärtigen Kurs des Dialogs mit Peking das angewachsene Konfliktpotenzial zwischen beiden Ländern auf wirtschaftlichem und politisch-militärischem Gebiet in kontrollierte Bahnen zu lenken in der Lage ist. Den Aufstieg Chinas zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht der Welt betrachten gegenwärtig 61 Prozent der Amerikaner als eine Bedrohung der wirtschaftlichen Rolle der USA.⁵¹ Beim

⁵⁰ Vgl. Rückschläge auf breiter Front, in: Der Spiegel, Nr. 45/2010, S. 92.

⁵¹ Vgl. Patrick Welter: Staatsempfang für den Gefürchteten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. Januar 2011.

jüngsten Besuch des chinesischen Präsidenten Hu Jintao in den USA führen die Republikaner schwere politische Geschütze gegen die Menschenrechtslage in China auf, und die Zahl derer unter den Republikanern ist größer geworden, die China wegen der Unterbewertung seiner Währung mit Strafzöllen im Handel belegen möchten. Noch sind Gesetzesinitiativen nicht zustande gekommen.

Im Rahmen der atomaren Abrüstungsagenda von Präsident Obama wäre der nächste Schritt die Ratifizierung des Vertrages zum Verbot von Kernwaffentests. Doch hier zeigen die Republikaner seit Jahren eine klare Ablehnung und es ist fraglich, ob Obama eine politische Großoffensive im Senat für eine Zwei-Drittel-Mehrheit startet. Hinsichtlich der NATO-Politik engagieren sich die Republikaner für eine zügige Installierung eines Raketenabwehrsystems der NATO und lehnen eine zu starke Rücksichtnahme auf russische Interessen ab. Auf Seiten der Republikaner gibt es auch einflussreiche Unterstützer für eine Erweiterung der NATO (Georgien, Ukraine), eine Problematik, bei der Washington bisher das Tempo für Entscheidungen nicht beschleunigen wollte, um das labile Verhältnis mit Russland nicht zusätzlich zu belasten.

Zu einem Test für die Glaubwürdigkeit von Barack Obamas außenpolitischer Agenda dürfte das erklärte Versprechen werden, im Laufe des Jahres 2011 mit dem militärischen Rückzug der USA aus Afghanistan zu beginnen. Im Falle des Scheiterns dieser-politisch-militärischen Planungen, besonders bei einem zu frühen Rückzug, werden die Republikaner den politischen Druck auf den Präsidenten verstärken.⁵²

Nach dem Scheitern der Nahost-Politik und der von Barack Obama initiierten Verhandlungsrunde zwischen Israel und den Palästinensern ist der Manövrierraum für die Administration erheblich geschrumpft. Mit der Zunahme des konservativen Einflusses im Kongress ist es noch schwieriger geworden, die israelische Regierung durch Druck der USA zu Verhandlungskonkzessionen zu bewegen. Im Konflikt mit Iran haben die Republikaner die Sanktionspolitik der Administration weitgehend unterstützt, und sie werden eine Politik der „Härte“ auch gegenüber anderen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens zur Sicherung US-amerikanischer Machtpositionen bei Zunahme

der Krisenprozesse in der Region fordern. Nachdem sich Präsident Obama und die mit ihm verbundenen liberal-internationalistisch eingestellten außenpolitischen Eliten von der interventionistischen Praxis der Bush-Administration seit 2009 offen distanzieren und dafür auch von der internationalen Öffentlichkeit (das Nobel-Preis-Komitee eingeschlossen) große Unterstützung erfahren, ist das Thema militärischer Interventionismus unübersehbar in die US-amerikanische Strategiedebatte zurückgekehrt. Im Verlauf der politischen Revolten in den arabischen Ländern gegen diktatorische Systeme zeigte Washington ein sehr zwiespältiges Verhalten: Laute Rufe nach Demokratie und Menschenrechten und zugleich Versuche, die für die USA-Interessen erforderliche Stabilität in der Region nicht durch zu tiefgreifende Veränderungen in Frage zu stellen. Der Ruf nach Ablösung der Diktatoren kam aus Washington zögerlich oder wie eine Salamtaktik von den Ereignissen getrieben. Man fürchtet den Verlust politisch-militärischer Bündnispartner zur Beherrschung der gesamten Mittel-Nahost-Region und wichtiger Rohstoffressourcen für die eigene Energiepolitik.⁵³

Neokonservative Gruppen und auch einflussreiche Teile des militärischen Establishments haben die Kriegsoption offen auf den Entscheidungstisch gelegt. Die USA und die NATO wurden aufgefordert, durch sofortige militärische Aktionen zur Beendigung von Gewalt (und zur Stabilitätssicherung) beizutragen. Hinsichtlich der Lage in Libyen hat der Senat des US-Kongresses bereits Ende Februar 2011 einstimmig den UN-Sicherheitsrat aufgefordert, eine Flugverbotszone über Libyen einzurichten. Die Senatoren beider Parteien verurteilten die Menschenrechtsverletzungen und forderten den Rücktritt Gaddafis, eine seltene Situation, in der sich Demokraten und Republikaner gemeinsam in eine Richtung bewegen. Das Pentagon zeigte sich hinsichtlich einer Flugverbotszone unentschlossen. Es fürchtete bei militärischen Aktionen in der arabischen Region anwachsende anti-amerikanische Stimmungen und negative Rückwirkungen auf die militärischen Ressourcen der USA in Afghanistan.

Präsident Obama ist in der zweiten Hälfte seiner Amtszeit mit der Tatsache konfrontiert, dass die USA weder im Krisenraum Irak-

⁵² Vgl. Neue Rücksichten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. November 2010.

⁵³ Vgl. Mumia Abu-Jamal: Gefahr im Verzug, in: Junge Welt, 26./27. Februar 2011.

Afghanistan-Pakistan ihre strategischen Interessen durchsetzen konnten, noch in der Lage sind, Iran auf dem Weg zur regionalen Vormacht aufzuhalten. Nun bricht der arabische Raum als Stabilitätsanker für die imperialen Ambitionen der USA auseinander. Deshalb darf der Umstand nicht unterschätzt werden, dass Teile der US-Eliten im Rahmen ihrer Anpassungsstrategien an die sich verändernden internationalen Machtkonstellationen wieder verstärkt in einer Politik offener Machtdrohungen Zuflucht suchen. Dies hätte auch zur Folge, „dass sich die Distanz zwischen den europäischen und amerikanischen Positionen wieder vergrößern wird.“⁵⁴

Die zum Beginn des 112. Kongresses in den Medien geäußerte Annahme, dass Barack Obama mit Blick auf das Wahljahr 2012 größere politische Spielräume auf außenpolitischem Gebiet habe, um seine Wiederwahl zu ermöglichen, kann sich angesichts des anhaltenden internationalen Einflussverlustes der USA als trügerisch erweisen. In der internationalen Öffentlichkeit besteht gerade deshalb ein vitales Interesse daran, dass wichtige Kurskorrekturen, die Obama 2009 zur Gesundung der weltpolitischen Lage einzuleiten versuchte, nicht einer Kompromisspolitik mit den Republikanern zum Opfer fallen.

Wird Barack Obama 2012 die Wiederwahl für eine zweite Amtszeit gelingen? Prognosen hierzu anzustellen, ist angesichts der Vielzahl objektiver und subjektiver Faktoren, die die innere Entwicklung der USA beeinflussen, äußerst schwierig. Doch einige Faktoren sollten am Beginn der Wahlkampfzeit besondere Beachtung finden:

1. Barack Obamas Chancen können sich erhöhen, wenn es ihm und der Administration gelingt, Erfolge in der wirtschaftlichen Entwicklung vorzuweisen; das wird der entscheidende Faktor für 2012 sein: Wirtschaftliches Wachstum, Rückgang der Arbeitslosigkeit, Schaffung neuer Arbeitsplätze und Verringerung der Staatsschulden. Besonders der letzte Aspekt setzt ein gewisses Maß an Kompromissbereitschaft von beiden Parteien im Kongress voraus.

2. Rückgewinnung der Wähler aus der „politischen Mitte“. Dafür braucht Obama das wiederhergestellte Image eines Präsidenten, der überparteilich entscheiden kann, die politi-

schen Grabenkämpfe beendet und einen Ausgleich mit seinen politischen Gegnern sucht. In dieser Frage werden die Republikaner wenig konstruktive Angebote machen. Der Präsident wird lavieren müssen zwischen Kooperation und Konfrontation, um das eigene Ansehen zu erhöhen.

3. Barack Obamas Chancen einer Wiederwahl werden auch von dem Umstand beeinflusst, welche Personen bei den Republikanern in das Wahlrennen geschickt werden. Kandidaten mit geringer politischer Ausstrahlung oder begrenzter politischer Anerkennung in der Gesellschaft werden es dem Amtsinhaber aber erleichtern, die eigene Wahlwirkung zu erhöhen.

4. Der Präsident steht in den nächsten beiden Jahren vor der Entscheidung, ob er zur Durchsetzung wirtschaftlicher und sozialer Ziele der Administration und zur Zurückweisung republikanischer Angriffe auf bestehende soziale Gesetze den Druck der Basisorganisationen, der demokratischen Graswurzelbewegungen sowie der Vielzahl von Bürgerrechts- und Friedensorganisationen nutzt. Der Verzicht auf den Druck einer starken sozialen Bewegung kann Obama erneut in die politische Defensive führen.

5. In der eigenen Partei hatte Obama versucht, mit den fiskalpolitischen konservativen Zentristen Mehrheiten im Kongress zu sichern. Die Linken haben diesen Weg abgelehnt, haben jedoch nicht die Kraft, alternative und kämpferische Positionen durchzusetzen. Gegenwärtig muss Barack Obama die innerparteiliche Opposition nicht fürchten. Ein Gegenkandidat aus dem Kreis der Linken ist nicht in Sicht. Der Präsident kann bis 2012 politisch auch davon zehren, dass seine persönlichen Sympathiewerte trotz der Rückschläge für seine Politik erstaunlich hoch geblieben sind. Erkennbar ist, dass Obamas Chancen für eine Wiederwahl trotz dieses ‚Mix‘ von unterschiedlichen Herausforderungen durchaus positiv veranschlagt werden können. Auch Präsident Clinton gelang es nach einer Wahlniederlage der Demokraten bei den Zwischenwahlen 1994 für eine zweite Amtsperiode wieder ins Weiße Haus zu kommen.

Ende des Reformversuchs?

Nach dem Wahlsieg von 2008 hatten die Demokraten die Chance, mit dem Druck einer breiten sozialen Bewegung die Vorherrschaft des konservativen Trends in der US-

⁵⁴ Pascal Abb: Die US-Außenpolitik nach den Halbzeitswahlen 2010: Der Blick geht nach innen, in: GIGA-Focus Global, Hamburg, Nr. 12/2010, S. 1.

Gesellschaft einzuschränken und in wichtigen Bereichen zu beenden. Angesichts der zuge- spitzten Krisenprozesse im spätkapitalistischen System der USA entsprach eine Reformpolitik in Anlehnung an die „New Deal“-Erfahrungen von Franklin D. Roosevelt und späterer Präsi- denten den Erwartungen von Millionen US- Bürgern, die sich gegen die Folgen wachsender sozialer Ungleichheit und Unsicherheit stem- men und auf Veränderungen hoffen. Reform- politik zu Beginn der Obama-Administration war von der Schwierigkeit begleitet, die Aus- wirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise durch kostenreiche Staatseingriffe eindämmen zu müssen und gleichzeitig länger verfolgte Reformprojekte der Demokraten (Krankenver- sicherung, Klimaschutz, Energiepolitik, Ein- wanderungsrecht, Bildung u. ä.) in Angriff zu nehmen. Die Ergebnisse der bisherigen Re- formschritte der Obama-Administration haben nur sehr begrenzt gesellschaftliche Verände- rungen im Interesse der Mehrheit der Bevölke- rung bewirkt. Der Präsident hat auf entschei- denden Feldern der Reformpolitik dem Druck des Kapitals und der Wirtschaftsgiganten nachgegeben, was zu verwässerten und zum Teil wenig wirksamen Ergebnissen führte. Dazu hat auch der persönliche Politikstil Bar- rack Obamas in den Kongress-Verhandlungen mit der Opposition wesentlich beigetragen. Er hatte die Chance verpasst, „einer machtvollen neuen sozialen Bewegung auf die Sprünge zu helfen“,⁵⁵ um den Druck des Kapitals und der Konservativen auf die Reformpolitik zurück- zudrängen. Diese historische Chance hat er (bisher) nicht genutzt. In der zweiten Hälfte seiner Amtszeit wird Barack Obama keine politischen Möglichkeiten haben, Mehrheiten im Kongress für unerreichte oder neue Re- formprojekte zu gewinnen. Gegenwärtig wün- schen zwar große Teile der Öffentlichkeit aus der „Mitte“ der Gesellschaft gesellschaftliche Veränderungen, jedoch eher mit konservativer Ausrichtung.

Die Frage, ob die politischen Gewinne der Republikaner ein Indiz für eine Absage an jegliche Reformpolitik sind, sollte mit größter Vorsicht beantwortet werden. Ein Blick auf die sozialen Kämpfe und Bewegungen der USA zeigt, dass Reformschritte meist Jahrzehnte bis zu ihrer legislativen Durchsetzung benötigten und oft von konservativen Gegenoffensiven unterbrochen wurden. Manche Reformprojekte erfuhren in konfliktreichen Auseinanderset-

zungen nach ihrem Inkrafttreten wesentliche Ergänzungen, in anderen Perioden war Re- formpolitik auch Sicherung bestehender Geset- ze und sozialer sowie bürgerrechtlicher Errun- genschaften vor den Angriffen konservativer Kräfte. Dies kann in den kommenden Jahren eine nicht unbedeutende Herausforderung für die Obama-Administration werden.

Auch jetzt bleiben gesellschaftliche Reformen im spätkapitalistischen System der USA objek- tiv erforderlich. Keines der „Gebrechen“ der krisengeschüttelten Gesellschaft konnte bisher eine Linderung erfahren. Mehr denn je werden viele Hindernisse, die einer Reformpolitik entgegenstehen, im Kongress der USA zu fin- den sein. Reformprojekte, die über eine Stabi- lisierung des bestehenden Gesellschaftssys- tems hinausgehen, also die Allmacht des Kapi- tals einschränken, stoßen auf den vehementen Widerstand des Finanzkapitals und der Kon- zerninteressen. Geld spielt in den Entschei- dungsprozessen des Kongresses zunehmend eine verheerende Rolle. Nahezu die Hälfte der Abgeordneten sind selbst Millionäre und damit in einer Interessenkoalition mit den Lobbyor- ganisationen. Für ihre Wiederwahl benötigen die Abgeordneten mindestens anderthalb Mil- lionen Dollar. Die Abhängigkeit von finanziel- len Zuwendungen ist groß und zeigt damit auch die Spielräume für „unabhängige“ Ent- scheidungen. Nach einem Beschluss des Obersten Gerichts der USA sind seit 2010 Spenden von Interessenvereinigungen und Konzernen keine Grenzen gesetzt. Geld blo- ckert gesellschaftlichen Fortschritt. Um politi- sche Spielräume für Reformen erhalten bzw. wieder erweitern zu können, müssen die pro- gressiven Bewegungen in den USA ihre Kräfte bündeln und ihr Gewicht in den politischen Auseinandersetzungen mit dem konservativen Lager erhöhen. Die Linken innerhalb und au- ßerhalb der Demokratischen Partei sind mit der Tatsache konfrontiert, dass ohne eine breite soziale Bewegung und Massendruck in der Öffentlichkeit und in den Betrieben gesell- schaftliche Veränderungen nicht initiiert wer- den können.

⁵⁵ Philipp Schläger: Der entzauberte Präsident, S. 169.

Der Abrüstungsmodernisierer. Nuklearpolitik unter Barack Obama

Vor zwei Jahren belebte US-Präsident Barack Obama die Hoffnung auf eine atomwaffenfreie Welt neu. Während einer Rede in Prag sagte er am 4. April 2009: „Als Nuklearmacht, als die einzige Nuklearmacht, die Nuklearwaffen eingesetzt hat, haben die Vereinigten Staaten die moralische Verpflichtung zu handeln... Deshalb erkläre ich heute klar und aus Überzeugung Amerikas Verpflichtung, den Frieden und die Sicherheit einer Welt ohne Nuklearwaffen zu suchen. Ich bin nicht naiv. Dieses Ziel wird nicht schnell erreicht werden – vielleicht nicht zu meinen Lebzeiten. Es wird Geduld und Beharrlichkeit brauchen. Aber wir müssen jetzt auch jene Stimmen ignorieren, die uns sagen, dass sich die Welt nicht ändern wird. Wir müssen darauf insistieren: Ja, wir können es.“⁵⁶ Eine visionäre und realistische Aussage zugleich. Einerseits betonte Obama das Ziel einer Welt ohne Nuklearwaffen und verpflichtete sich, darauf hinzuarbeiten. Andererseits gab er sich als Realist, der weiß, dass dieses Ziel „vielleicht nicht in meiner Lebenszeit“ umgesetzt werden kann. Der visionäre Teil seiner Aussage fußt auf der völkerrechtlichen Verpflichtung der USA, nuklear abzurüsten und letztlich auf nukleare Waffen ganz zu verzichten. Diese ergibt sich aus dem nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV). Er verpflichtet alle Nuklearmächte dazu, die ihm beigetreten sind, macht ihnen aber keine Zeitvorgabe, bis wann dieses Ziel erreicht werden muss. Den realistischen Teil seiner Aussage ergänzte Obama in Prag um eine Warnung und Präzisierung: „Begehen Sie keinen Irrtum. Solange wie diese Waffen existieren, werden die Vereinigten Staaten ein sicheres, gut gesichertes und effektives nukleares Arsenal aufrechterhalten, um jeden Gegner abzuschrecken und unseren

Alliierten diese Verteidigung zu garantieren – einschließlich der Tschechischen Republik.“⁵⁷ Obama kündigte also in Prag nicht nur an, nukleare Abrüstungsschritte anzustreben, sondern bekundete auch seine Absicht, das Nuklearwaffenpotential der USA auf technisch modernem Stand und einsatzfähig zu halten. Gemeinsam markieren die beiden Aussagen des US-Präsidenten das Spannungsfeld, in dem seine Administration nukleare Rüstungs- und Abrüstungspolitik betreibt. Sie kennzeichnen zugleich die widersprüchlichen Positionen in der Regierung und deren Ziel- und Schwerpunktsetzung. Auf der einen Seite stehen einige Visionäre, die mit Obama eine nuklearwaffenfreie Welt für anstrebenswert halten oder diese zumindest als deklaratorisches Ziel benennen wollen, um Fortschritte im Bereich der Nichtverbreitungspolitik erzielen zu können. Auf der anderen stehen die Verfechter einer Aufrechterhaltung der nuklearen Abschreckung, nukleare Modernisierer und pragmatische Rüstungskontrollbefürworter. Ihnen geht es primär darum, dass die USA auch künftig über ein modernes, sicheres und einsetzbares Nuklearwaffenpotential verfügen, das die atomare Abschreckung mit technisch überlegenen Waffensystemen langfristig sichert. Gemeinsam ist den meisten dieser Akteure, dass sie davon überzeugt sind, dass die USA ihre Interessen künftig auch mit einem kleineren modernen Nuklearwaffenpotential absichern können.

Seit Obamas Prager Rede sind fast zwei Jahre vergangen. Deren erstes war von einer Vielzahl von Initiativen im nuklearen Bereich geprägt. Diese umfassten die Verhandlungen mit Russland über einen neuen START-Vertrag, die Unterzeichnung des Vertrages, die Ausarbeitung eines konzeptionellen Planungsdokumentes für die künftige Nuklearpolitik der USA, des *Nuclear Posture Reviews*, ein Washingtoner Gipfeltreffen zur Sicherheit nuklearer Materialien und viele kleinere Vorhaben. Das zweite Jahr begann mit der Überprüfungs-

⁵⁶ The Whitehouse: Remarks by President Barack Obama, Prague, 5 April 2009, http://www.whitehouse.gov/the_press_office/Remarks-By-President-Barack-Obama-In-Prague-As-Delivered
Alle Verweise auf Quellen im Internet wurden zuletzt am 28. Februar 2011 geprüft.

⁵⁷ Ebenda.

konferenz für den NVV, der es nach dem Scheitern im Jahr 2005 erstmals wieder gelang, ein Abschlussdokument zu vereinbaren. Es folgte ein zähes, letztlich erfolgreiches Ringen um die Ratifizierung des neuen START-Vertrages im amerikanischen Senat. Trotz Finanz- und Wirtschaftskrise, Barack Obama gelang es, das Thema nukleare Abrüstung aus der Vergessenheit unter George W. Bush zurück auf die Tagesordnung zu holen. Doch mittlerweile sind alle größeren Initiativen, die 2009 eingeleitet wurden, abgearbeitet. Das legt es nahe, eine erste Zwischenbilanz sowohl der deklarativen als auch der praktischen Politik der Regierung Obama im nuklearen Bereich zu versuchen. Welche Schritte nuklearer Abrüstung wurden wirklich gegangen und wie weitreichend sind sie? Welche nuklearen Modernisierungspläne verfolgt die Obama-Administration und welche Rückschlüsse lassen sich daraus ziehen? In welchem Verhältnis stehen Nuklearpolitik und nukleare Rüstungskontrolle zueinander? Vier thematische Aspekte sollen in diesem Beitrag aufgearbeitet werden, um erste Antworten auf diese Fragen zu geben:

- Die Veränderungen in der deklarativen Nuklearpolitik unter Präsident Obama,
- die nukleare Abrüstung unter Obama,
- die Zukunft des Nuklearpotentials der USA und
- die Folgen der Politik Obamas für die Diskussionen in Europa.

Ein wichtiger Bereich der Nuklearpolitik Obamas kann in diesem Beitrag nur so weit beleuchtet werden, wie dies zum Verständnis der diskutierten Fragen nötig ist – die nukleare Nichtverbreitungspolitik. Sie wäre einer eigenen Betrachtung wert, die aber den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde.

Veränderungen in der deklarativen Nuklearpolitik der USA

Ein Jahr nach seiner Prager Rede legte Barack Obama den *Nuclear Posture Review 2010* (NPR 2010)⁵⁸ vor, eine Blaupause für die künftige Nuklearpolitik seiner Regierung. Mit diesem Dokument wollte er eines der wichtigsten

⁵⁸ Department of Defense: The Nuclear Posture Review Report, Washington DC, April 2010, vgl.: <http://www.defense.gov/npr/docs/2010%20Nuclear%20Posture%20Review%20Report.pdf>.

Versprechen aus seiner Prager Rede einlösen. Dort hatte er zugesagt, die Rolle nuklearer Waffen in der Strategie der USA zu reduzieren.⁵⁹

Der NPR 2010 nimmt Obamas Zielvorstellung von einer nuklearwaffenfreien Welt explizit auf und stellt fest, dass es „im Interesse der USA und aller anderen Nationen“ liege, wenn die „fast 65 Jahre andauernde“ Praxis, „Nuklearwaffen nicht einzusetzen, auf ewige Zeiten ausgedehnt werden“ könnte. Die „fundamentale Aufgabe und Rolle“ nuklearer Waffen sei es, „einen nuklearen Angriff auf die USA, ihre Alliierten und Partner abzuschrecken“. Ziel sei es, die Rolle nuklearer Waffen weiter zu reduzieren, so dass die Abschreckung eines Nuklearangriffs künftig die „einzige Aufgabe“ nuklearer Waffen werde. Vorerst müsse jedoch an der Option eines Nuklearwaffeneinsatzes noch festgehalten werden, um „unter extremen Umständen die vitalen Interessen der USA, ihrer Verbündeten und Partner zu verteidigen.“ Mit dieser Umschreibung nähert sich der NPR der Vorstellung, Nuklearwaffen seien letztlich politische Waffen und ein letztes Mittel, ohne deren Rolle als „letztes Mittel“ jedoch zu beschreiben.⁶⁰

Die sogenannte Negative Sicherheitsgarantie für die nichtnuklearen Mitglieder des Atomwaffensperrvertrags⁶¹ wird im NPR 2010 neu und klarer gefasst: Die „Vereinigten Staaten werden Staaten, die nicht-nukleare Mitglieder des Nichtverbreitungsvertrages sind und ihre nuklearen Nichtverbreitungsverpflichtungen erfüllen, nicht mit dem Einsatz nuklearer Waffen drohen oder Nuklearwaffen gegen diese Staaten einsetzen.“ Die Garantie gilt explizit auch, wenn einer dieser Staaten biologische oder chemische Waffen einsetzen sollte.⁶² Rechnen müssen mit der nuklearen Drohung Washingtons künftig also nur noch Nuklearmächte und Staaten, die ihre Verpflichtungen aus dem NVV nicht (mehr) einhalten. Gemeint

⁵⁹ Teile der folgenden Analyse fußen auf: Otfried Nassauer: Die nukleare Zukunft der NATO, in: Erhard Crome (Hrsg): Perspektiven für eine sichere Welt, Berlin, 2010, S.25-60; und: ders.: Die NATO und der nukleare „Schirm“, BITS-Research Note 10-1 / IPPNW Akzente, Berlin, Oktober 2010.

⁶⁰ In der Diskussion über die Rolle nuklearer Waffen hat sich dafür der Begriff „last resort“ eingebürgert.

⁶¹ Im internationalen Sprachgebrauch wird der Atomwaffensperrvertrag als Nichtverbreitungsvertrag (NVV) bezeichnet.

⁶² Für den Fall eines technologischen Durchbruchs im Blick auf die Einsetzbarkeit und Wirksamkeit biologischer Kampfstoffe behält sich die Regierung Obama im NPR eine Rückkehr zur bisherigen Politik vor.

sind Länder wie Nordkorea und der Iran. Gegen diese Staaten behält sich Washington das Recht vor, auch auf einen Einsatz von B- und C-Waffen nuklear zu reagieren. Dies ist ein indirekter, aber deutlicher Hinweis darauf, dass die USA sich auch den Ersteinsatz nuklearer Waffen weiterhin vorbehalten. Explizit kommt dieser Vorbehalt im NPR 2010 jedoch nicht mehr vor.

Im Vergleich zu seinem Vorgänger, George W. Bush, hat Barack Obama die Rolle nuklearer Waffen in der deklaratorischen Politik der USA mit dem NPR 2010 tatsächlich signifikant reduziert. Dieser hatte sie zu Beginn seiner Amtszeit ausgeweitet und selbst präventive oder präemptive Einsätze nuklearer Waffen ebenso nicht grundsätzlich ausgeschlossen, wie den Einsatz gegen nicht-staatliche Akteure, die nach Massenvernichtungswaffen streben oder solche einsetzen. Die Negative Sicherheitsgarantie ließ unter George W. Bush deutlich mehr Ausnahmen und Interpretationsmöglichkeiten zu. Die Vielzahl der Umstände, unter denen ein Nuklearwaffeneinsatz theoretisch in Erwägung gezogen werden konnte, wurde von Obama eingegrenzt. Der Wandel im Vergleich zu seinem direkten Vorgänger ist also deutlich erkennbar. Weit weniger dramatisch fallen die Veränderungen im Vergleich zu den Amtszeiten Bill Clintons⁶³ und George H. W. Bushs aus. Die Hoffnung, Obama werde Nuklearwaffen nur noch eine einzige Rolle zuweisen, die Abschreckung eines feindlichen Nuklearwaffeneinsatzes, erfüllte sich jedoch nicht. Das ist bedeutsam, weil sich aus der Rolle nuklearer Waffen die Anforderungen an Struktur, technische Eigenschaften und Fähigkeiten ableiten, die das nukleare Potential eines Landes haben sollte. Dienen sie ausschließlich der Abschreckung, so können militärische Fähigkeiten für eine Minimal-abschreckung hinreichend sein. Dienen sie jedoch auch anderen Zwecken, so müssen Umfang und Fähigkeiten des nuklearen Potentials ungleich größer ausfallen, weil die Einsetzbarkeit des Potentials in unter-

schiedlichen Szenarien gewährleistet sein muss.

Allerdings folgen aus der Neubeschreibung der Rolle nuklearer Waffen im NPR 2010 auch zwei Probleme, die sich unter künftigen Regierungen als schwerwiegend erweisen können, sollten diese die Rolle nuklearer Waffen wieder ausweiten.

Das erste Problem betrifft die Ausnahmen von der Negativen Sicherheitsgarantie. Wer trifft die Entscheidung, dass ein nicht-nuklearer Staat seine Verpflichtungen aus dem Nichtverbreitungsvertrag nicht mehr erfüllt und deshalb wieder mit dem Einsatz von nuklearen Waffen rechnen muss? Der UN-Sicherheitsrat oder der US-Präsident? Aus der Sicht Washingtons wäre eine Resolution des UN-Sicherheitsrates sicher hilfreich, die Entscheidung würde aber selbstverständlich der US-Präsident treffen. Damit verbunden stellt sich eine zweite Frage: Wie unzweideutig müssen die Beweise dafür sein, dass der betreffende Staat seine Verpflichtungen aus dem NVV nicht mehr erfüllt? Dass diese Frage bedeutsam werden kann und US-Präsidenten falsch urteilen können, hat sich im Falle des Iraks gezeigt. Der NPR weitet zudem ohne Not das Feld aus, auf dem dieses Problem relevant werden kann: Es stellt sich künftig nicht nur, wenn es um die Existenz oder Nichtexistenz von Programmen zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen geht, sondern schon, wenn ein Staat seine Verpflichtungen aus dem NVV-Regime nicht mehr einhält. Diese aber sind nicht immer eindeutig festgelegt und zudem interpretationsfähig.

Das zweite Problem folgt aus einer inneren Widersprüchlichkeit des NPR. Dieser beschreibt die Gefahr, dass Terroristen an das Material für eine Nuklearwaffe gelangen oder gar eine Nuklearwaffe einsetzen könnten, als größte Bedrohung der Gegenwart. Als zweite große Bedrohung wird die Verbreitung atomarer Waffen an zusätzliche Staaten betrachtet. Erst an dritter Stelle steht die Wahrung der „strategischen Stabilität“ im Blick auf die anderen Nuklearmächte, vor allem Russland und China. Die Wiederbelebung und Stärkung des Nichtverbreitungsregimes wird deshalb zur ersten Priorität in der Nuklearpolitik Obamas erklärt. Auch das geschieht zum ersten Mal in einem Dokument zur strategischen Nuklearpolitik der USA.

Trotzdem muss diese Bedrohungsperzeption hinterfragt werden. Selbst wenn man der Obama-Administration zugute halten wollte, dass

⁶³ Im Vergleich zur Amtszeit Clintons wird ein bedeutender Positionswechsel sichtbar. Unter Clinton wurde im Rahmen der sog. „Counterproliferation Policy“ die bis dahin deutliche Unterscheidung zwischen atomaren, biologischen und chemischen Waffen aufgeweicht und in vielen Fällen verallgemeinert von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen gesprochen. Diese sachlich nicht gerechtfertigte Diktion fand später auch Eingang in die Nuklearstrategie der USA. Obama zeigt sich bemüht, diese Entwicklung rückgängig zu machen.

sie vorrangig ein Begründungsmuster für eine deutliche Schwerpunktsetzung bei der Nichtverbreitungspolitik finden wollte, muss man fragen, ob diese Prioritätensetzung der Sache nach gerechtfertigt ist. Hier ist der NPR nicht schlüssig. Wenn es größere Bedrohungen als die Nuklearwaffenpotentiale anderer Nuklearmächte gibt, dann müsste sich dies auch in der Ausgestaltung des künftigen nuklearen Potentials der USA deutlich spiegeln. Der Umfang und die Qualität der künftigen Nuklearstreitkräfte der USA, die der NPR 2010 zu begründen sucht, lässt sich aber ganz sicher nicht aus dem Risiko, dass Terroristen oder weitere Staaten Zugriff auf nukleare Waffen bekommen könnten, ableiten, sondern nur aus den nuklearen Potentialen der anderen Nuklearwaffenstaaten. Sie sind die entscheidende Determinante. Zwischen politischer Rhetorik und praktischer Nuklearpolitik der Regierung Obama existiert damit ein substantieller Widerspruch.

Schließlich: Eine Reduzierung der Rolle nuklearer Waffen findet vorläufig nur in der deklarativen Politik Washingtons statt. Bis diese ihren Niederschlag in militärischen Vorschriften, Ziel-, Operations- und Eventualfallplänen des Militärs finden wird, werden noch Jahre vergehen. Substantielle Änderungen wurden bisher nicht geplant. Der OPLAN 8010 „Strategic Deterrence and Global Strike“ und die zugehörigen regionalen Pläne wurden bisher beibehalten. Sie werden fortentwickelt. Mit ihnen können erneute Änderungen der deklarativen Nuklearpolitik und eine Ausweitung der Rolle nuklearer Waffen durch künftige US-Regierungen ebenso leicht umgesetzt werden wie mit dem unter Obama geplanten modernisierten Nuklearwaffenpotential.

Das Versprechen, die Rolle nuklearer Waffen in der Strategie der USA zu reduzieren, hat Barack Obama auf der deklarativen Ebene gegeben. Damit dieser Schritt glaubwürdig und nachhaltig wirkt, muss er ihn aber nun auch in der militärischen Operationsplanung und in der nuklearen Rüstungsplanung implementieren. Die Ansätze dazu fehlen bislang.

Atomare Rüstungskontrolle unter Barack Obama

Bereits in seiner Prager Rede verpflichtete sich Barack Obama zu konkreten Schritten seiner Administration im Bereich nuklearer Rüstungskontrolle und Abrüstung. Konkret

versprach er, drei Vorhaben anzugehen. Er werde,

- „einen neuen START-Vertrag mit den Russen verhandeln“, der die Begrenzung und Reduzierung der strategischen Atomwaffen in beiden Ländern festschreibe;
- „die Ratifizierung des Teststoppvertrags (CTBT) durch die USA sofort und aggressiv verfolgen“; und
- einen „neuen Vertrag anstreben, der die Produktion von Spaltmaterial für den Einsatz in Waffen nachprüfbar beende“.⁶⁴

Diese Ankündigungen Obamas waren offensichtlich auch darauf gerichtet, die Bereitschaft der USA zu einer Politik der vertraglich vereinbarten Rüstungskontrolle und zu einer multilateral orientierten Nichtverbreitungspolitik zu signalisieren und eine konstruktive Atmosphäre für die im Mai 2010 anstehende Überprüfungskonferenz des NVV zu schaffen. Diese Konferenz sollte nicht wie 2005 scheitern, sondern dazu dienen, Obamas Ziel einer größeren Gewichtung des NVV-Regimes sowie verschärfter Nichtverbreitungsregeln zu befördern.

Der neue START-Vertrag

Ein Jahr nach der Prager Rede Obamas unterzeichneten Russland und die USA am 8. April 2010 einen neuen START-Vertrag⁶⁵. Dieser begrenzte die Zahl strategisch-nuklearer Trägersysteme beider Vertragsparteien auf je 800 Systeme, von denen jeweils 700 aktiv sein dürfen. Die Zahl der anrechenbar stationierten Sprengköpfe wird auf je 1.550 festgeschrieben. Bis 2018 müssen diese Obergrenzen erreicht werden.

Die Verhandlungen verliefen weit mühsamer und langwieriger als vorhergesehen. Auch der Ratifizierungsprozess dauerte deutlich länger als erwartet. Im Dezember 2010 jedoch fand sich schließlich eine ausreichende Mehrheit (71 zu 26 Stimmen) im US-Senat. Im Januar 2011 machte das russische Parlament, das

⁶⁴ A.a.O.: <http://www.whitehouse.gov/the-press-office/remarks-president-barack-obama-prague-delivered>.

⁶⁵ Der neue START-Vertrag kann eingesehen werden unter: <http://www.state.gov/documents/organization/140035.pdf>
Das zugehörige Protokoll findet sich unter: <http://www.state.gov/documents/organization/140047.pdf>

seine Verhandlungen angesichts der Widerstände im US-Senat zwischenzeitlich ausgesetzt hatte, den Weg zum Inkrafttreten des Vertrages endgültig frei. Russland und den USA gelang mit dem neuen START-Vertrag die Rückkehr zu einer Rüstungskontrollpolitik, die auf das Instrument völkerrechtlich verbindlicher Verträge setzt und für deren Einhaltung geeignete Verifikationsmechanismen vereinbart werden.

Anlässlich der Unterzeichnung stellten Washington und Moskau heraus, dass die Zahl der strategischen Trägersysteme im Vergleich zum im Dezember 2009 ausgelaufenen START-I Vertrag um mehr als die Hälfte reduziert werde, die Zahl der anzurechnenden Sprengköpfe sei um 74 Prozent niedriger und im Vergleich zum neueren Moskauer Vertrag, der SORT-Vereinbarung aus dem Jahre 2002, erfolge eine Reduzierung um 30 Prozent. Was auf den ersten Blick wie eine große neue Abrüstungsverpflichtung aussieht, ist jedoch faktisch ein begrenzter und überraschend kleiner Schritt.

Weder Russland noch die USA verfügen heute noch über nukleare Potenziale, die auch nur annähernd so groß sind wie jene, die der alte START-Vertrag erlaubte. Zieht man einen Vergleich zu den heute aktiven Potentialen beider Seiten, so fällt auf: Die USA müssen praktisch keine strategische Träger verschrotten und nur rund 100 Träger aus dem aktiven Dienst entfernen. Russland muss gar nichts tun, um die künftig erlaubte Obergrenze für strategische Trägersysteme einzuhalten. In Russland sind nur noch 566 aktive Träger vorhanden. Moskau dürfte theoretisch sogar noch mehr als 200 zusätzliche Systeme aufbauen, wenn es diese bezahlen könnte.

Im Blick auf die atomaren Sprengköpfe für strategische Systeme enthält der neue Vertrag – wie seine Vorgänger – keine Abrüstungsverpflichtung. Er legt lediglich fest, dass jede Vertragspartei maximal 1.550 anrechenbare Sprengköpfe gleichzeitig auf aktiven strategischen Trägersystemen stationieren darf. Das macht die Obergrenze von 1.550 Sprengköpfen irreführend, zumal neue Zählregeln eingeführt wurden. Der neue START-Vertrag zählt strategische Bomber grundsätzlich als einen Sprengkopf – unabhängig davon, ob diese 6, 12, 16 oder gar 20 Waffen tragen können. Damit können beide Seiten deutlich mehr als 1.550 strategische Sprengköpfe aktiv halten, ohne gegen den Vertrag zu verstoßen. Am Beispiel der USA,

die bis 60 strategische Bomber beibehalten wollen: Vertraglich angerechnet werden diese als 60 atomare Waffen, tragen können sie jedoch bis zu 1.136 Waffen. Schon diese neue Zählweise relativiert die Größe der vorgeblichen Abrüstungsverpflichtung erheblich.⁶⁶ Zulässig bleibt es außerdem, Reservesprengköpfe einzulagern, die während einer Krise erneut auf jene Trägersysteme montiert werden können, die mehr Sprengköpfe tragen können als im Alltagsbetrieb auf ihnen montiert sind.

Auf ihren aktiven 798 strategischen Trägersystemen hatten die USA 2011 nach Schätzung der Experten der *Federation of American Scientists* und des *Natural Resources Defense Councils* rund 1.950 strategische Sprengköpfe aktiv stationiert. Zusätzlich waren 2.850 weitere als Reserve eingelagert, die Washington theoretisch reaktivieren könnte.⁶⁷ Russland verfügte ein Jahr zuvor noch über 2.500 bis 2.600 aktive Sprengköpfe und unterhielt ebenfalls ein Potential in Krisenzeiten nutzbarer zusätzlicher Sprengköpfe.⁶⁸ Bei den auf aktiven Systemen stationierten Sprengköpfen kommt es also nur auf den ersten Blick zu deutlicheren Reduzierungen.

Zudem verzichtet der neue START-Vertrag auf Begrenzungen, mit denen die alten START-Verträge die Handlungsfreiheit der Vertragsparteien einschränkten. Er enthält keine Teilobergrenzen für bestimmte Typen von Trägersysteme wie mobile Interkontinentalraketen mehr und lässt den Vertragsparteien fast völlige Freiheit bezüglich der Zusammensetzung ihrer Trägersysteme. Entfallen ist auch das Verbot von Mehrfachsprengköpfen auf künftigen Interkontinentalraketen aus dem START-II-Vertrag. Die Regel, nur noch im aktiven Dienst eingesetzte Trägersysteme zu zählen, erlaubt es, U-Boote und deren Raketen zum Beispiel während der Werftüberholung aus dem aktiven

⁶⁶ Der SORT-Vertrag verpflichtet beide Staaten, bis 2012 auf je 1.700 bis 2.200 Sprengköpfe abzurüsten. Legt man die untere Obergrenze von 1.700 Sprengköpfen zugrunde, so haben die USA eine nominelle Abrüstungsverpflichtung von 150, Russland eine solche von 500 Sprengköpfen.

⁶⁷ Hans M. Kristensen und Robert S. Norris: US Nuclear Forces 2011, in: *Bulletin of Atomic Scientists*, March/April 2011, S.66ff.

⁶⁸ Hans M. Kristensen und Robert S. Norris: Russian Nuclear Forces 2010, in: *Bulletin of Atomic Scientists*, January 2010, S.76f.

Bestand herauszurechnen⁶⁹ oder Strategische Bomber zu Ausbildungseinheiten auf nicht-nukleare Basen zu verlegen, wo sie nicht auf den aktiven Bestand angerechnet werden.

Die Gründe für den begrenzten Abrüstungserfolg des neuen START-Vertrages sind vielfältig: In den USA hatte der Kongress dem Präsidenten mit dem Haushaltsgesetz 2010 enge Grenzen für die Verhandlungen über den neuen START-Vertrag gesetzt. So durfte die Administration zum Beispiel keine vertraglichen Verpflichtungen eingehen, die den Aufbau der Raketenabwehrsysteme der USA und die Entwicklung und Stationierung konventionell bestückter Langstreckenwaffen eingeschränkt hätten. Das zwang Obamas Unterhändler zu einem sehr konservativen Verhandlungsansatz bei der Zahl strategischer Trägersysteme. Russland dagegen kann sich höhere Trägerzahlen aus Kostengründen nicht erlauben und strebte eine deutlich niedrigere Obergrenze an. Im russischen Interesse lag es, Interkontinentalraketen mit Mehrfachsprengköpfen wieder zuzulassen. Moskau akzeptierte eine höhere Zahl erlaubter Träger, Washington neue Interkontinentalraketen mit Mehrfachsprengköpfen. Mit vereinten Kräften reduzierten die Vertragsparteien so die Tragweite ihrer neuen Abrüstungsverpflichtungen. Das Ergebnis ist ein Vertrag mit äußerst begrenzten Abrüstungsverpflichtungen. Sicherheitspolitisch relevant ist er vor allem, weil mit ihm die Rückkehr zu einer Politik vertraglich vereinbarter und verifizierbarer Rüstungskontrolle realisiert wurde. Für die große Mehrheit der Mitgliedstaaten des NVV war der erreichte Fortschritt jedoch nicht überzeugend genug, um bei der Überprüfungskonferenz des NVV ihre Zustimmung zu deutlich verschärften Nichtverbreitungsregeln zu gewinnen.

Der Teststoppvertrag, der FMCT und die Nichtverbreitung

Obamas Vorhaben, den umfassenden Teststopp-Vertrag (CTBT) erneut zur Ratifizierung vorzulegen und sich aktiv für einen Vertrag einzusetzen, der die weitere Produktion waffenfähigen Spaltmaterials verbietet, machten geringe oder kaum Fortschritte.

⁶⁹ Zwei der 14 Raketen-U-Boote der USA befinden sich jeweils in Überholung. Damit können zu jedem Zeitpunkt 48 bzw. künftig 40 Trägersysteme aus dem aktiven Bestand der USA herausgerechnet werden.

Einen ernsthaften Versuch, die Ratifizierung des CTBT erneut auf die Tagesordnung des US-Senats zu setzen, hat es nicht gegeben. Die Obama-Administration gab ihren ursprünglichen Plan, die Ratifizierung des CTBT gemeinsam mit der eines neuen START-Vertrages anzugehen, schnell auf und konzentrierte sich auf die Ratifizierung des neuen START-Vertrages. Zwei Gründe waren dafür wohl ursächlich. Zum einen erwiesen sich die START-Verhandlungen mit Russland als komplexer und langwieriger, als erwartet. Es gelang nicht, sie – wie ursprünglich geplant – 2009 abzuschließen. Zeitweilig war sogar unsicher, ob alle Probleme rechtzeitig vor Beginn der Überprüfungskonferenz für den NVV ausgeräumt werden könnten. Zum anderen verkürzte sich damit der zeitliche Abstand zwischen der Unterzeichnung des Abkommens und den Kongresswahlen im November 2010, der für die Ratifizierung genutzt werden konnte. Hinhaltender Widerstand vor den Wahlen bot der republikanischen Opposition nun eine Möglichkeit, Obama einen außenpolitischen Erfolg vor den Wahlen zu verwehren.

Aufgrund des Erfolges der Republikaner bei den Kongresswahlen ist die Mehrheit der Demokraten im Senat deutlich abgeschmolzen. Für eine Ratifizierung des umstrittenen und schon einmal an der nötigen Zweidrittelmehrheit gescheiterten CTBT-Vertrags müssen künftig deutlich mehr republikanische Stimmen gewonnen werden als für den neuen START-Vertrag. Unklar ist deshalb, ob die Administration den Vertrag in der zweiten Hälfte dieser Präsidentschaft Obamas überhaupt noch einmal vorlegt.

Kein sichtbarer Erfolg war der Regierung Obama im Blick auf einen Vertrag über ein Verbot der weiteren Produktion waffenfähigen Spaltmaterials vergönnt. Zwar einigte sich die Genfer Abrüstungskonferenz der Vereinten Nationen nach mehr als einem Jahrzehnt der Blockaden im Mai 2009, Verhandlungen über einen solchen Vertrag zu beginnen, doch der Fortschritt erwies sich – wie so oft – als Schnecke. Pakistan blockiert die Aufnahme konkreter Gespräche weiter. Wenn sie doch noch beginnen sollten, dann stehen große Hürden vor den Unterhändlern. Welche Materialien soll der Vertrag als waffenfähig erfassen? Soll der Vertrag sich darauf beschränken, lediglich die Produktion neuen Spaltmaterials zu verbieten oder soll er auch die Nutzung bereits produzierter Materialien

für militärische Zwecke untersagen oder einschränken? Inwieweit sollen die vertraglichen Vereinbarungen international überprüfbar ausgestaltet werden? Das sind nur drei der großen Probleme, die gelöst werden müssen und einen raschen Erfolg als äußerst unwahrscheinlich erscheinen lassen.

Länder wie Pakistan glauben, weiterhin zusätzliches Spaltmaterial produzieren zu müssen, um ausreichende Vorräte für die Zukunft einlagern zu können. China hat bisher ein recht kleines Nuklearpotential, aber eine rasch wachsende Rolle in der Welt. Es wird künftig entscheiden müssen, ob es weiter an seiner bisher zurückhaltenden Politik festhält oder seine nukleare Bewaffnung weiter ausbauen und deshalb größere Mengen nuklearen Waffenmaterials vorrätig halten will. Da Pakistan die Gespräche blockiert, muss China seine Interessenslage nicht deutlich zu erkennen geben. Einige Nuklearmächte lehnen zudem Regelungen ab, die ihnen Beschränkungen hinsichtlich der Nutzung ihrer vorhandenen Lagerbestände auferlegen würden. Mit anderen Worten: Der erfolgreiche Abschluss eines solchen Vertrages steht weiter in den Sternen. Vorerst wird die Obama-Administration ihn nicht als Erfolg verbuchen können.

Obamas Bemühen, den rüstungskontrollpolitischen Multilateralismus wiederzubeleben und zu einer Stärkung des NVV-Regimes und zur Durchsetzung verschärfter Nichtverbreitungsregeln zu nutzen, war offenkundig. Als Erfolg kann er vorweisen, dass die Überprüfungskonferenz des NVVs 2010 nicht erneut scheiterte. Eingeschränkt wird dieser Erfolg jedoch durch die Tatsache, dass die Konferenz kaum substantielle Verbesserungen beschloss. Weder auf dem Feld der nuklearen Abrüstung noch auf dem Feld verbesserter Nichtverbreitung wurden wesentliche konkrete, über die Verpflichtungen früherer Überprüfungskonferenzen hinausgehende Ergebnisse erreicht. Allerdings wurde deutlich, dass die USA sich nun wieder an die Ergebnisse der Überprüfungskonferenzen der Jahre 1995 und 2000 gebunden sehen.

Die Zukunft des Nuklearpotentials der USA

Die grundlegenden Aussagen zur Zukunft der US-Nuklearstreitkräfte finden sich ebenfalls im Nuclear Posture Review aus dem April 2010. Diese Blaupause für die künftige

Nuklearpolitik der Regierung Obama sieht gegenüber der Planung der Vorgängerregierung Bush nur wenige Änderungen und somit eine umfassende Modernisierung vor. Dies ist sicher zu Teilen der Tatsache geschuldet, dass mit Verteidigungsminister Gates und dem Leiter der National Nuclear Security Administration (NNSA)⁷⁰, Thomas d'Agostino, entscheidende Personen aus der Bush-Administration in die Obama-Administration übernommen wurden, die qua Amt großen Einfluss auf die Nuklearwaffenplanung der USA haben. Das sollte der Absicherung der Ratifizierung des neuen START-Vertrages dienen. Um sie zu garantieren, waren mindestens acht Stimmen aus dem republikanischen Lager nötig. Die folgende Beschreibung der Planung für das nukleare Potential der USA fußt auf dem NPR 2010 und ergänzt diesen aus aktuelleren Quellen.

Die Konsequenzen aus dem neuen START-Vertrag sollen umgesetzt werden. Voruntersuchungen der Optionen für weitere Abrüstungsgespräche mit Russland sind geplant. Die USA werden an ihrer Triade aus see-, land- und luftgestützten nuklearen Trägersystemen festhalten und diese nur wenig verändern. Bis zu 420 Interkontinentalraketen, bis zu 60 strategische Bomber und zwölf jeweils einsetzbare strategische Raketen-U-Boote mit 240 Trident-Raketen werden künftig aktiv im Dienst stehen, wenn die Obergrenzen des neuen START-Vertrages ab 2018 eingehalten werden müssen.⁷¹

Die bereits begonnene Reduzierung der Sprengkopffzahl auf den landgestützten Interkontinentalraketen vom Typ Minuteman III (von 3 auf 1) soll weitergeführt und abgeschlossen werden. An den gegenwärtig 14 strategischen Raketen-U-Booten der Ohio-Klasse wird zunächst festgehalten. Im kommenden Jahren soll es eine Entscheidung fallen, ob zwei dieser U-Boote gegen Ende dieses Jahrzehntes außer Dienst gestellt werden. Infolge des neuen START-Vertrages wird jedes Boot künftig nur noch 20 statt 24 Raketen tragen.

⁷⁰ Die teilunabhängige Behörde gehört zum Department of Energy und führt für das DoE alle Programme durch, die mit Nuklearwaffen zu tun haben.

⁷¹ Es muss also noch entschieden werden, ob weitere Interkontinentalraketen und/oder weitere Bomber aus dem aktiven Potential herausgenommen werden.

Der NPR und die Anhörungen zum neuen START-Vertrag ermöglichten zudem einen tiefen Blick in die gegenwärtige Planung zur Modernisierung der US-Nuklearstreitkräfte in den nächsten Jahrzehnten. Diese lässt nicht erkennen, dass die USA Obamas Vision einer Welt ohne Atomwaffen ernsthaft anstreben. Vielmehr wird eine umfassende Modernisierung aller Trägersysteme und aller Sprengköpfe angestrebt, damit diese bis weit in die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts in Dienst gehalten werden können.

Die Interkontinentalraketen vom Typ Minuteman III werden noch einmal umfassend modernisiert, sodass sie bis 2030 in Dienst gehalten werden können. Obwohl ihre Sprengkopffzahl auf je einen reduziert wird, soll die Fähigkeit erhalten bleiben, sie auch mit Mehrfachsprengköpfen auszustatten. Vorgesehen ist, in diesem oder dem nächsten Jahr mit Untersuchungen für eine Nachfolgerakete zu beginnen.

Die Entwicklung eines Raketen-U-Bootes (SSBN-X) neuer Generation ist angelaufen. Ab 2019 soll es gebaut und 2026 fertiggestellt werden. Mit der neuen, zwölf U-Boote mit je 16 Raketen umfassenden U-Boot-Klasse soll eine „ununterbrochene strategische Abschreckung bis in die 2080er Jahre“ sichergestellt werden.⁷² Die Trident-D5-Raketen der U-Boote werden derzeit modernisiert und sollen bis 2042 an Bord sowohl der Ohio-Boote als auch der künftigen U-Boot-Klasse im Dienst bleiben. Bis 2012 werden die ersten 108 Raketen beschafft.

Die Zahl der Langstreckenbomber mit nuklearen Aufgaben könnte noch einmal reduziert werden, um die Obergrenzen des neuen START-Vertrages einzuhalten.⁷³ Die B-52H-Bomber sollen bis 2030 in Dienst gehalten werden, die B-2-Bomber womöglich darüber hinaus. Derzeit laufen Studienarbeiten, um einen neuen Strategischen Bomber zu entwickeln. Geplant wird zudem ein Nachfolger für die luftgestützten Marschflugkörper (ALCM) der US-Luftwaffe, die ebenfalls 2030 voraussichtlich das Ende ihrer Lebensdauer erreichen.

Von der Entscheidung, alle wesentlichen Modernisierungsvorhaben im Bereich der nuklearen Trägersysteme weiterzuführen und

Nachfolgesysteme zu entwickeln bzw. einzuführen, geht ein deutliches Signal aus: Washington plant, langfristig an seinen Nuklearwaffen festzuhalten. Sie sollen modern und einsatzfähig gehalten werden und dazu dienen, die Abschreckung aufrecht zu erhalten bzw. die Interessen der USA durchsetzen zu können. Am deutlichsten wird das bei der seegestützten Komponente des nuklearen Dispositivs. Hier reicht die Zeitperspektive bereits heute bis weit in die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts.

Der *Nuclear Posture Review* sieht auch die Modernisierung aller Typen von Nuklearsprengköpfen vor, die die USA derzeit noch aktiv vorhalten. Diese bleiben, wenn sie modernisiert oder einer umfassenden Lebensdauerverlängerung unterzogen werden, in der Regel für weitere dreißig Jahre einsetzbar. Derzeit werden bis 2017 die W-76-Sprengköpfe für die Trident-II-D5 Rakete modernisiert (W-76-1). Nach

Anlaufschwierigkeiten wird die neue Version nun produziert und soll bis 2018 vollständig an die US-Navy ausgeliefert werden. Ein umfassendes Modernisierungsprogramm ist auch für die Familie der B-61-Bomben vorgesehen (s.u.). Vorarbeiten für eine Modernisierung der Sprengköpfe für die Minuteman-III-Interkontinentalraketen (W-78) sind angelaufen. Bis 2016 ist dafür etwa 1 Mrd. Dollar eingeplant. Ergebnis soll ein moderner hochsicherer Sprengkopf sein, der möglicherweise sowohl auf Interkontinentalraketen als auch an Bord U-Boot-gestützter Raketen eingesetzt werden kann. Produziert werden soll er zwischen 2021 und 2025. Mögliche künftige Gemeinsamkeiten mit den W-88 Sprengköpfen der Trident-Raketen werden untersucht. Die Sprengköpfe vom Typ W-88 sollen 2018 bis 2020 neue Zünd- und Sicherheitseinrichtungen bekommen. Modernisierungspläne bestehen auch für Sprengköpfe der ALCMs (W-80-2), die strategischen Bomben vom Typ B-83-1 und den Raketensprengkopf W-87. Die US-Navy entwickelt zudem einen gegen Radioaktivität gehärteten GPS-Empfänger für Wiedereintrittsflugkörper, der nötig wäre, um atomare Sprengköpfe in der Endphase ihres Fluges manövrier- und lenkbar zu machen.⁷⁴

⁷² Vgl.:

http://www.senate.gov/~armed_services/statemnt/2010/03%20March/Johnson%2003-17-10.pdf.

⁷³ Alternativ wäre eine Reduzierung der Zahl der ICBM (landgestützten Interkontinentalraketen) möglich.

⁷⁴ Vgl.: Hans M. Kristensen: The Nuclear Weapons Modernization Budget, 25. Februar 2011, <http://www.fas.org/blog/ssp/2011/02/nuclearbudget.php> und Kristensen/Norris a.a.O.

Um diese Projekte umsetzen zu können, werden substantielle Investitionen in den militärisch-nuklearindustriellen Komplex befürwortet und getätigt, die eine Modernisierung oder den Neubau etlicher Anlagen ermöglichen sollen. Die Haushaltsmittel, die Barack Obama für die Aufrechterhaltung und Modernisierung des US-Nuklearwaffenpotentials beantragte, sind deutlich höher als zu Zeiten George W. Bushs. Sie weisen große Steigerungsraten auf. Das dafür beantragte Budget der NNSA wuchs für 2011 um fast zehn Prozent und für 2012 erneut um 8,4 Prozent. Die NNSA plant, in den kommenden zehn Jahren über 92 Mrd. Dollar in die Erhaltung und Modernisierung nuklearer Sprengköpfe und deren Produktionsanlagen zu investieren.⁷⁵

Das unter George W. Bush eingeführte Konzept der „neuen Triade“ und einer Abschreckung, die künftig aus einer nuklearen Komponente, Raketenabwehrsystemen und konventionellen Langstreckenwaffen bestehen soll, wurde von der Obama-Administration übernommen und weiterentwickelt. Es soll nunmehr auch auf regionale Abschreckungssysteme, also auf Europa und die NATO, den Nahen und Mittleren Osten sowie auf den Fernen Osten (Südkorea, Japan) übertragen werden.

Regionale Sicherheitsarchitekturen, zu denen eine effiziente Raketenabwehr, Fähigkeiten, den Einsatz von Massenvernichtungswaffen zu bekämpfen, konventionelle Fähigkeiten zur Machtprojektion und eine integrierte Kommandostruktur gehören, seien „entscheidend, wenn man sich auf eine Welt ohne Nuklearwaffen zu bewegt“, heißt es im NPR. Dieser Gedanke findet sich auch im *Ballistic Missile Defense Review* (BMDR) 2010, einem weiteren Planungspapier aus dem Pentagon. Dort stellt die Regierung Obama ausführlich dar, wie sie sich den stufenweisen Ausbau einer Raketenabwehr in Europa im kommenden Jahrzehnt vorstellt, und argumentiert für einen konditionalen Zusammenhang zwischen einer Stärkung der Raketenabwehr und einer verringerten Rolle nuklearer Waffen: „Gegen nuklear bewaffnete Staaten wird die regionale Abschreckung notwendigerweise auch [künftig] eine nukleare Komponente erfordern. Aber die Rolle der US-Atomwaffen in diesen regionalen Abschreckungsstrukturen kann durch eine

Stärkung der Rolle der Raketenabwehr und anderer Fähigkeiten reduziert werden.“⁷⁶

Der NPR erlaubt schließlich auch einen Blick auf die Zukunft der nuklearen Kräfte der USA, die zum Dispositiv der NATO-Nuklearabschreckung gehören. Diese bestehen künftig aus zwei statt drei Komponenten. Der NPR macht dafür folgende planerische Vorgaben:

- Die etwa 100 verbliebenen seegestützte Marschflugkörper vom Typ Tomahawk, die die USA noch eingelagert haben, werden außer Dienst gestellt werden. Diese Komponente entfällt künftig.
- Die strategischen Raketen-U-Boote mit ihren Trident-II-Raketen bleiben – wie bereits geschildert – erhalten. Auch Großbritannien plant mit technischer Hilfe aus den USA, eine neue Generation Raketen-U-Boote zu bauen und wird modernere, technisch an den W-76-1 angelehnte Sprengköpfe für diese Raketen einführen. Die seegestützte strategische Komponente des nuklearen Dispositivs der NATO wird somit auf Jahrzehnte modern gehalten.
- Der NPR sieht zudem eine umfassende Modernisierung der substrategischen Nuklearwaffen vor. Als neues Trägersystem soll eine nuklearfähige Version des Joint Strike Fighters entwickelt und eingeführt werden.⁷⁷ Die in Europa gelagerten substrategischen Atombomben der Versionen B-61-3 und B-61-4 sollen zusammen mit der strategischen Version B-61-7 durch ein neues Modell, die B-61-12, abgelöst werden.

⁷⁶ Department of Defense: Ballistic Missile Defense Review Report, Washington DC, February 2010, http://www.defense.gov/bmdr/docs/BMDR%20as%20of%2026JAN10%200630_for%20web.pdf.

⁷⁷ An diesem Programm beteiligen sich mit Italien, den Niederlanden und der Türkei drei der fünf Länder, die in der NATO nuklearfähige Trägerflugzeuge für die technisch-nukleare Teilhabe bereitgestellt haben. Die Rolle der Türkei in diesem Zusammenhang ist derzeit nicht klar. Die endgültige Entscheidung zur Entwicklung einer nuklearfähigen Variante dieses Flugzeuges ist bislang nicht getroffen worden. Ebenso ist noch unklar, welche europäischen NATO-Staaten es letztlich beschaffen werden. Der Haushaltsentwurf des Pentagons für 2012 sieht dafür erstmals Mittel vor.

⁷⁵ Kristensen / Norris a.a.0.

⁷⁸ Dieses soll ab 2017/18 als Bewaffnung für Jagd- und Langstreckenbomber bereitgestellt werden. Der bisher bestehende Unterschied zwischen substrategischen und strategischen Versionen der B-61 würde mit dieser neuen Version hinfällig.

Dieses Modernisierungsvorhaben zeigt ein weiteres Problem auf: Das Vorhaben wird jetzt als Lebensdauererweiterungsmaßnahme bezeichnet, war aber zu Zeiten George W. Bushs Teil der Planung für eine neue Generation verlässlicher Ersatzsprengköpfe (*Reliable Replacement Warheads*). Die Bomben vom Typ B-61 sollen weit umfassender modernisiert werden, als dies normalerweise im Rahmen von Lebensdauererweiterungsmaßnahmen geschieht. Vier Wochen nach Veröffentlichung des NPR beantragte die NNSA bereits eine Erhöhung der für dieses Vorhaben vorgesehenen Haushaltsmittel. Rund 19 der zusätzlich beantragten Millionen sollen dazu dienen, die Machbarkeit einer Modernisierung der nuklearen Komponenten der Bomben zu untersuchen, die der Kongress zuvor unter Vorbehalt gestellt hatte. Das Vorhaben schließt ein, „den Primary (primären Fissionssprengsatz) der B-61 neu aufzubauen, ein vorhandenes Pit (den nuklearen Kern) der B-61 wiederzuverwenden sowie das canned subassembly (mit der Zwischenstufe und dem Secondary, dem sekundären nuklearen Fissionssprengsatz) der B-61 entweder wiederzuverwenden oder neu aufzubauen.“⁷⁹ Arbeiten an den nuklearen Komponenten sind nur zulässig, wenn der Präsident ihnen explizit zustimmt und dadurch entweder die Handhabungssicherheit (surety) oder die Sicherheit (security) der Waffe gesteigert bzw. die Notwendigkeit nuklearen Testens verringert werden kann.⁸⁰

⁷⁸ Ausgenommen von der Modernisierung bleiben die Modelle B-61 Modell 11, der sogenannte Earth Penetrator, der nur in sehr geringer Stückzahl gebaut wurde und nun auch das Modell B-61-10, das kürzlich aus dem Bestand genommen wurde. Bei dieser Bombenversion handelt es sich um ehemalige Pershing-II-Sprengköpfe, die zu Bomben umgebaut wurden.

⁷⁹ Vgl.: http://www.lasg.org/B61-reprog_req.pdf. Im Deutschen gibt es nicht immer übliche Begriffe für die Komponenten nuklearer Waffen; derhalb stehen in den Klammern Erklärungen des Autors.

⁸⁰ Eines dieser drei weichen Kriterien zu erfüllen oder als erfüllt zu behaupten, dürfte nicht schwer fallen. Telefoni-

Explizit hält der NPR jedoch auch fest: „Die Vereinigten Staaten werden keine neuen Nuklearsprengköpfe entwickeln und auch keine neuen militärischen Aufgaben oder neue Fähigkeiten für Nuklearwaffen verfolgen.“ Zwischen dieser Aussage und der umfassenden Modernisierung der Bomben der B-61-Familie baut sich eine Spannung auf: Hier die politische Zielvorgabe und dort das technische Resultat der Modernisierung. Bislang wurde nicht klar, ob sich die B-61-12 überhaupt oder wesentlich von jener Version des *Reliable Replacement Warheads* unterscheiden wird, die unter George W. Bush die B-61-Bomben ersetzen und Teil einer neuen Generation nuklearer Waffen sein sollte. Die Zukunft wird also zeigen, wie „neu“ lebensdauererweiterte Nuklearwaffen sein können, ohne als „neue“ Nuklearwaffe oder als Nuklearwaffe mit „neuen“ Fähigkeiten klassifiziert zu werden. Die Entscheidung Obamas, praktisch alle schon unter George W. Bush geplanten Modernisierungsvorhaben weiter zu unterstützen, hatte sicher auch innenpolitische und taktische Gründe. Sie folgte den Vorgaben des Kongresses im Haushaltsgesetz 2010. Sie sollte die Angriffsfläche für die Opposition reduzieren, von der erwartet wurde, dass sie Obama den Vorwurf machen würde, die Sicherheit der USA zu gefährden. Hinzu kam die Notwendigkeit, zumindest einige Republikaner für ein Votum zugunsten des neuen START-Vertrag zu gewinnen. Trotz dieser nachvollziehbaren taktischen Motive stehen die Entscheidungen über die Zukunft der Trägersysteme und der Nuklearwaffen in einem klarem Kontrast zu den Veränderungen in der deklaratorischen Nuklearpolitik und vor allem zu Obamas Vision einer nuklearwaffenfreien Welt. Sie vermitteln den Eindruck, als sei das Ziel einer atomwaffenfreien Welt allenfalls eine Vision für das 22. Jahrhundert und keinesfalls in den nächsten fünfzig oder siebzig Jahren erreichbar. Eindeutig Vorrang hat für die absehbare Zukunft die Aufrechterhaltung eines hochmodernen Nuklearwaffenpotentials, das dem aller anderen Staaten auch noch auf Jahrzehnte klar und deutlich überlegen sein soll.

Obamas Nuklearpolitik – Auswirkungen auf die NATO und Europa

sche Auskunft von Thomas d'Agostino, Leiter der NNSA, gegenüber dem Autor am 6. April 2010.

Die USA sind zweifellos der politisch dominante NATO-Partner und stellen zugleich das Gros der nuklearen Fähigkeiten des Bündnisses.⁸¹ Der NPR bildet deshalb einen Rahmen, innerhalb dessen die anderen NATO-Mitglieder Überlegungen zur künftigen Rolle nuklearer Waffen in der NATO anstellen konnten und können. Die Nuklearstrategie des Bündnisses kann zwar von der nationalen Nuklearstrategie Washingtons punktuell abweichen, darf diese aber nicht konterkarieren. Auch Großbritannien und Frankreich leiten aus ihrem Atomwaffenbesitz einen ähnlichen Anspruch ab.

Für die NATO waren vor allem die Aussagen zur Reduzierung der Rolle nuklearer Waffen und die Änderungen im Bereich der negativen Sicherheitsgarantie bedeutsam. Mit ihnen reduzierte die Obama-Administration die teils starke inhaltliche Spannung, die sich während der Präsidentschaft George W. Bushs zwischen der nationalen Nuklearstrategie der USA und den Aussagen der NATO-Strategie zur Rolle nuklearer Waffen aufgetan hatte. Obamas Ansatz korrespondiert wesentlich besser mit der Rolle nuklearer Waffen in der deklaratorischen Politik der NATO. Das Strategische Konzept der NATO aus dem Jahre 1999⁸² erachtete die „Präsenz konventioneller und nuklearer Streitkräfte der Vereinigten Staaten in Europa“ als „lebenswichtig für die Sicherheit Europas“ und beschrieb die Rolle nuklearer Waffen als weitgehend politische: „Der grundlegende Zweck der nuklearen Streitkräfte der Bündnispartner ist politischer Art: Wahrung des Friedens und Verhinderung von Zwang und jeder Art von Krieg. Nukleare Streitkräfte werden weiterhin eine wesentliche Rolle spielen, indem sie dafür sorgen, dass ein Angreifer im Ungewissen darüber bleibt, wie die Bündnispartner auf einen militärischen Angriff reagieren würden. Sie machen deutlich, dass ein Angriff jeglicher Art keine vernünftige Option ist.“ Obwohl die „Umstände, unter denen ein Einsatz von Nuklearwaffen von ihnen in Betracht zu ziehen wäre,“ in „äußerste Ferne“ gerückt und die

Allianz ihre Atomwaffen nicht mehr gegen einen bestimmten Gegner richte, werde „die NATO angemessene, in Europa stationierte substrategische Nuklearstreitkräfte auf dem niedrigsten, mit der jeweils herrschenden Sicherheitslage zu vereinbarenden Niveau beibehalten“, da diese „ein wesentliches Bindeglied zu den strategischen Nuklearstreitkräften darstellen... und so die transatlantische Bindung stärken.“

Relevant waren für NATO-Staaten aber auch die Aussagen zu den Europa betreffenden nuklearen Modernisierungsvorhaben (s.o.). Mit den Entscheidungen, sowohl die Trägerflugzeuge als auch die nuklearen Bomben zu modernisieren, sei sichergestellt – so der NPR – dass „die USA die Fähigkeit beibehalten, Nuklearwaffen in Erfüllung ihrer Bündnisverpflichtungen vorgeschoben zu stationieren“. Dies „nimmt die Ergebnisse künftiger Entscheidungen in der NATO über die Notwendigkeit der nuklearen Abschreckung und der nuklearen Teilhabe nicht vorweg“, sondern halte „alle Optionen offen“. Die Modernisierung von Trägerflugzeugen und nuklearen Bomben durch die USA erfolge unabhängig davon, wie die NATO künftig entscheide. Washington stelle seinen Alliierten einen „glaubwürdigen US-Nuklearschirm“ bereit, der aus den „strategischen Kräften der Triade“⁸³, vorgeschoben-stationierten Nuklearwaffen in Schlüsselregionen und Nuklearwaffen in den USA besteht, die schnell vorgeschoben stationiert werden können“. Auch wenn die Gefahr eines nuklearen Angriffs sich auf „einem historischen Tiefstand“ befinde, trage „die Präsenz von US-Nuklearwaffen in Verbindung mit den einzigartigen Arrangements der nuklearen Teilhabe... zum Zusammenhalt der Allianz bei“ und stelle „eine Rückversicherung für Verbündete und Partner dar, die sich regionalen Bedrohungen ausgesetzt fühlen.“ Änderungen sollen nur nach Diskussion in und „auf Entscheidung der Allianz“ erfolgen. Dies erfordert Einstimmigkeit und gibt den europäischen NATO-Mitgliedern die Möglichkeit, einen Abzug der substrategischen Nuklearwaffen aus Europa durch ihr Veto zu verhindern.

Hierin fanden sich vor allem jene NATO-Mitglieder wieder, die in der Präsenz US-

⁸¹ Weitere Überlegungen des Autors zur Zukunft der nuklearen Komponente in der NATO finden sich hier: Otfried Nassauer: Die NATO und der nukleare „Schirm“, BITS-Research Note 10-1 /IPPNW Akzente, Berlin, Oktober 2010, vgl.:

<http://www.bits.de/public/pdf/nuklearer-schirm-nato.pdf>.

⁸² NATO: Das Strategische Konzept des Bündnisses, Washington DC, 24 April 1999, vgl.

<http://www.nato.int/docu/pr/1999/p99-065d.htm>.

⁸³ Gemeint ist hier die alte strategische Triade aus Interkontinentalraketen, strategischen Bombern und auf U-Booten stationierten Langstreckenraketen.

amerikanischer Nuklearwaffen auf europäischem Boden einen wesentlichen Beitrag zur Sicherheit des Allianzterritoriums vor Russland, zur Aufrechterhaltung der Abschreckung und ein wesentliches transatlantisches Bindeglied sehen. Für sie ist die nukleare Teilhabe einerseits ein Instrument, das Mitsprachemöglichkeiten in Nuklearfragen eröffnet, auch wenn solche Waffen aufgrund verbindlicher Zusagen an Russland nicht auf dem Territorium der neuen Mitglieder stationiert werden dürfen. Andererseits werden in dieser Sichtweise die alten Mitglieder, auf deren Staatsgebiet solche Waffen lagern, stärker in die Verpflichtungen aus Art. V des NATO-Vertrages eingebunden.

Einige neue Mitglieder waren deshalb in großer Sorge, als fünf NATO-Außenminister den Generalsekretär baten, die Zukunft der substrategischen Nuklearwaffen in Europa auf die Tagesordnung des informellen Außenministertreffens im April 2010 in Tallinn zu setzen. Diese hatten daran erinnert, dass US-Präsident Obama die Vision einer atomwaffenfreien Welt befürwortet und versprochen hatte, sich um „eine verringerte Rolle atomarer Waffen“ zu bemühen. Man wolle das NATO-Treffen zu „einer umfassenden Diskussion“ nutzen: „Wir glauben, dass wir auch in der NATO diskutieren sollten, was wir tun können, um uns diesem übergeordneten politischen Ziel anzunähern.“⁸⁴ Manche Mitglieder befürchteten deshalb im Vorfeld der Entscheidungen zur neuen NATO-Strategie eine Debatte über den Abzug der substrategischen Waffen. Dafür hatte sich der deutsche Außenminister Guido Westerwelle bereits öffentlich stark gemacht.⁸⁵ Der

⁸⁴ Vgl.:

<http://www.regjeringen.no/upload/UD/Vedlegg/Sikkerhets-pol/Nato/Letter%20to%20Secretary%20General%20NATO.pdf>

⁸⁵ Hinter den Kulissen hatte allerdings der Sicherheitsberater in Merkels Kanzleramt, Christoph Heusgens, den USA bereits im November 2009 das Signal gegeben, dass das Kanzleramt nicht hinter Westerwelles Vorstoß stehe. Im Koalitionsvertrag stehe dies nur, weil Westerwelle es erzwungen habe. In einem Wikileaks-Kabel vom 12. November 2009 (09BERLIN1433) heißt es: „HEUSGEN distanced the Chancellery from the proposal, claiming that this had been forced upon them by FM Westerwelle. HEUSGEN said that from his perspective, it made no sense to unilaterally withdraw "the 20" tactical nuclear weapons still in Germany while Russia maintains "thousands" of them. It would only be worth it if both sides drew down.“ Zugleich signalisierte Heusgens damit, das

Bundestag hatte einen solchen Schritt in einer Resolution einhellig begrüßt.⁸⁶

Während des Treffens in Tallin beruhigte Hillary Clinton, Obamas Außenministerin, die besorgten Mitglieder, indem sie während eines Essens fünf Prinzipien vorstellte, auf denen die Nuklearpolitik der Allianz künftig beruhen solle:

„Erstens: Wir sollten anerkennen, dass die NATO eine nukleare Allianz bleibt, so lange Nuklearwaffen existieren.“

Zweitens, für ein nukleares Bündnis ist es fundamental, die nuklearen Risiken und Verantwortlichkeiten breit zu teilen.

Drittens: Unser umfassenderes Ziel ist es, die Rolle nuklearer Waffen und deren Zahl weiter zu reduzieren.

Viertens: Die Verbündeten müssen die Abschreckung gegen das Spektrum der Bedrohungen des 21. Jahrhunderts verbreitern. Das schließt das Verfolgen einer territorialen Raketenabwehr, die Durchführung von Artikel 5-Ausbildung und Manövern und das Aufstellen von Eventualfallplänen mit ein, um neuen Bedrohungen des Bündnisses entgegenzuwirken.

Und fünftens: „Bei allen künftigen Reduzierungen sollte es unser Ziel sein, Russlands Zustimmung zu einer größeren Transparenz bei nichtstrategischen Nuklearwaffen, eine Redislozierung dieser Waffen weg von den Grenzen der NATO-Staaten und zur Einbeziehung nichtstrategischer Nuklearwaffen in die nächste Runde amerikanisch-russischer Rüstungskontrolldiskussionen zu erreichen, zusammen mit den nicht-stationierten strategischen Nuklearwaffen.“⁸⁷

Clintons Vor-Vorgängerin, Madeleine Albright, und die von ihr geleitete Expertengruppe der NATO überreichten Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen am 17. Mai 2010 Vorschläge für das neue

die Bundesregierung eine Kopplung des Abzugs an Zugeständnisse Russlands bei taktischen Nuklearwaffen mittragen werde. Vgl.:

<http://213.251.145.96/cable/2009/11/09BERLIN1433.html>.

⁸⁶ Deutscher Bundestag, DS 17/1159, vgl.:

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/011/1701159.pdf>.

⁸⁷ NN.: Secretary of State Hillary Rodham Clinton Excerpts from Remarks at NATO Working Dinner on Nuclear Issues and Missile Defense, Tallinn, Estonia, April 22, 2010, MS 2 Seiten.

Strategische Konzept der Allianz, in denen sie sich als Fürsprecher des Verbleibs der substrategischen Atomwaffen der NATO präsentierten. Auch die Expertengruppe hielt fest, die NATO werde eine „atomare Allianz bleiben, solange es Nuklearwaffen gibt“ und empfahl explizit, „unter den gegenwärtigen Sicherheitsbedingungen die Beibehaltung von einigen vorne-stationierten US-Systemen auf europäischem Boden“, da sie „das Prinzip der erweiterten Abschreckung und der kollektiven Verteidigung stärken“.⁸⁸

Die in Lissabon verabschiedete neue NATO-Strategie des Jahres 2010 folgt weitgehend dieser Linie. Schon in der zusammenfassenden Einleitung verpflichtet sich die NATO, „die Bedingungen für eine Welt ohne Kernwaffen zu schaffen – bekräftigt aber zugleich, dass die NATO ein nukleares Bündnis bleiben wird, solange es Kernwaffen in der Welt gibt.“⁸⁹ Die NATO werde weiterhin Nuklearwaffen zur Abschreckung bereit halten: „Die Abschreckung auf der Grundlage einer geeigneten Mischung aus nuklearen und konventionellen Fähigkeiten bleibt ein Kernelement unserer Gesamtstrategie. Umstände, unter denen der Einsatz von Kernwaffen in Betracht gezogen werden müsste, sind höchst unwahrscheinlich.“ Dabei seien die strategischen nuklearen Kräfte des Bündnisses der „oberste Garant“ für die Sicherheit der Bündnispartner. Die substrategischen Nuklearwaffen werden nicht mehr explizit, sondern nur noch indirekt erwähnt, wenn das Konzept von der Notwendigkeit spricht, „die möglichst umfassende Beteiligung der Bündnispartner an der kollektiven Verteidigungsplanung mit Bezug auf deren nukleare Anteile, an der Stationierung von nuklearen Kräften in Friedenszeiten und an Führungs-, Kontroll- und Konsultationsverfahren [zu] gewährleisten“. Im Kommuniqué des Gipfels

heißt es ergänzend, die NATO werde dafür Sorge tragen, dass sie „über das gesamte Spektrum der Fähigkeiten verfügt, die zur Abschreckung und Verteidigung“ notwendig sind. „Zu diesem Zweck wird die NATO eine geeignete Mischung aus konventionellen, nuklearen und Raketenabwehrkräften beibehalten. Die Raketenabwehr wird ein fester Bestandteil unseres gesamten Verteidigungsdispositivs werden. Unser Ziel ist es, die Abschreckung als Kernelement unserer kollektiven Verteidigung zu verstärken und zur unteilbaren Sicherheit des Bündnisses beizutragen.“⁹⁰

Bis 2012 will die Allianz nun eine Überprüfung ihres Verteidigungs- und Abschreckungsdispositivs durchführen. Zu den „wesentlichen Elementen der Überprüfung“ würden die Palette der erforderlichen strategischen Fähigkeiten der NATO, einschließlich des nuklearen Dispositivs der NATO, die Raketenabwehr und andere Mittel der strategischen Abschreckung und Verteidigung gehören. Dies gilt nur für Kernwaffen, die der NATO zugewiesen sind“, heißt es im Kommuniqué des Lissabonner Gipfels⁹¹. Damit steht eine sehr breit und sehr komplex angelegte Überprüfung bevor. Es besteht die Gefahr, dass sie in zwei Jahren in einem Dokument ohne klaren Fokus und ohne klare Aussagen endet. Riskant ist das vor allem in zwei hier interessierenden Bereichen: Zum einen im Blick auf die Zukunft der nuklearen Rüstungskontrolle und zum anderen im Blick auf die Einführung eines Raketenabwehrelementes in das regionale Abschreckungsdispositiv der NATO.

Betrachten wir zuerst die Risiken im Bereich der nuklearen Abrüstung. Dieser will der NATO künftig wieder mehr Gewicht einräumen. Doch die Voraussetzungen dafür sind nicht gut. Zum einen steht Frankreich diesem Vorsatz grundsätzlich skeptisch gegenüber, weil es hinter dieser Zielsetzung die Option ungebührlicher Einflussnahme auf die französische Nuklearpolitik vermutet. Zu anderen – und für die hier diskutierten

⁸⁸ NATO: NATO 2020: Assured Security; Dynamic Engagement, Brussels, 17 May 2010, Vgl.:

<http://www.nato.int/strategic-concept/expertsreport.pdf>.

Da drei der fünf anerkannten Nuklearmächte Mitglieder der NATO sind und auch mit ihren strategischen Nuklearwaffen zur Nuklearabschreckung beitragen, ist die Aussage, die Allianz werde eine nukleare bleiben, solange es Nuklearwaffen gebe, nicht ganz so überraschend, wie es auf den ersten Blick scheint.

⁸⁹ NATO: Aktives Engagement, Moderne Verteidigung – Strategisches Konzept für die Verteidigung und Sicherheit der Mitglieder der NATO, Lissabon, 2010, Vgl.: http://www.nato.diplo.de/contentblob/2978550/Daten/971427/strat_Konzept_Lisboa_DLD.pdf.

⁹⁰ Vgl.:

http://www.nato.diplo.de/contentblob/2978542/Daten/966698/NATO_Gipfel_Erkl_DLD.pdf.

⁹¹ Die Einschränkung auf die „Kernwaffen, die der NATO zugewiesen sind“ dürfte einerseits auf Frankreich zurückgehen, das der NATO keine Einflussmöglichkeiten auf seine nationale Nuklearpolitik geben will. Andererseits dürfte sie auch den Interessen der USA und Großbritanniens entsprechen, deren Nuklearpotential ja auch außerhalb des NATO-Kontextes Aufgaben erfüllen kann.

Zusammenhänge wesentlicher – ist erneut der bündnisinterne Streit um die Zukunft der US-Nuklearwaffen in Europa ein wesentliches Hindernis. So lange sich die NATO-Mitglieder nicht einigen können, ob sie auf die substrategischen Nuklearwaffen in Europa verzichten oder diese modernisieren wollen, ist die Gefahr beträchtlich, dass keine ernsthafte Debatte über eine künftige Notwendigkeit und Rolle dieser Systeme entsteht. Die Versuchung ist groß, sich rasch auf einen Formelkompromiss zu einigen und den „schwarzen Peter“ schnell an Russland weiterzureichen. Das ist bereits im Ansatz erkennbar, wenn die Zukunft der in Europa stationierten Nuklearwaffen immer wieder an die russische Bereitschaft geknüpft wird, das zahlenmäßig größere Potential taktischer Nuklearwaffen⁹² Moskaus ebenfalls zur Disposition zu stellen.

Bleiben diese Widersprüche in der NATO noch über einen längeren Zeitraum virulent, so läge es in der Logik dieses Vorgehens, wenn die NATO letztlich einen neuen „Doppelbeschluss“ fassen würde, weil sie intern keinen Konsens herstellen kann. Dieser würde in etwa folgendes besagen: „Stellt Moskau seine taktischen Nuklearwaffen zur Disposition, so kann auch die NATO auf die Nuklearwaffen der USA in Europa verzichten. Tut es das nicht, so bleibt der NATO keine andere Wahl, als diese zu modernisieren.“ Dies wäre zwar eine starke Reminiszenz an Zeiten des Kalten Krieges, läge aber durchaus im Bereich des Akzeptab-

⁹² Auffällig in der westlichen Terminologie ist, dass die nicht-strategischen Nuklearwaffen der USA in Europa konsequent als substrategische Waffen bezeichnet werden, während die nicht-strategischen Nuklearwaffen Russlands konsequent als taktische bezeichnet werden. Diese Unterscheidung soll die Behauptung stützen, dass den Waffen des Westens eine politisch-abschreckende, den Waffen Russlands aber eine militärisch-kriegsführende Funktion zukommt. Dies ist seit der Neufassung der russischen Militärdoktrin 2010 problematisch. Denn dort heißt es: „Die RF behält sich das Recht vor, als Antwort auf einen gegen sie und (oder) ihre Verbündeten erfolgten Einsatz von Kernwaffen oder anderen Arten von Massenvernichtungswaffen, ihrerseits Kernwaffen einzusetzen. Das gilt auch für den Fall einer Aggression mit konventionellen Waffen gegen die RF, bei der die Existenz des Staates selbst in Gefahr gerät.“ Die früher in diesem Dokument enthaltene Aussage, dass die taktischen Nuklearwaffen Russlands ein Gegengewicht zur Überlegenheit westlicher konventioneller Potentiale darstellen, ist in der Neufassung nicht mehr enthalten. In: Dresdner Studiengruppe Sicherheitspolitik: Militärdoktrin der Russischen Föderation, übersetzt durch Rainer Böhme, Egbert Lemcke und Frank Preiß, Heft 99, Dresden, 2010, S.18.

len für jene NATO-Mitglieder, die Russland skeptisch gegenüberstehen. Anderen NATO-Staaten könnte es schwer fallen, sich der Aussicht auf eine mögliche Gegenleistung Moskaus für den Abzug der in Europa stationierten Waffen der USA zu entziehen.

Damit würde die Zukunft dieser Waffen weiter in der Schwebe gehalten und von der Bereitschaft Russlands zu Zugeständnissen bei seinen taktischen Nuklearwaffen abhängig gemacht. Würde Russland nicht einlenken, so müssten die NATO-Länder, die einen Verzicht auf die US-Nuklearwaffen in Europa für möglich halten, nolens volens deren Modernisierung mittragen, um die Solidarität und den Zusammenhalt der NATO nicht zu gefährden.

Hinzu kommt: Das US-Außenministerium hat wiederholt deutlich gemacht, dass Verhandlungen über einen Folgevertrag für den neuen START-Vertrag auch substrategische und nicht-stationierte Nuklearwaffen zum Gegenstand haben sollten. Damit würden weitere Fortschritte bei der strategisch-nuklearen Abrüstung mit der nuklearen Abrüstung in Europa zeitlich und inhaltlich verknüpft bzw. voneinander abhängig. Das birgt das Risiko großer Verzögerungen oder gar des völligen Scheiterns in beiden Bereichen mit sich.

Die Forderung, erstmals atomare Waffen und nicht nur die Trägersysteme für solche Waffen zum Vertragsgegenstand zu machen, zwänge die Unterhändler, komplexes rüstungskontrollpolitisches und verifikationstechnisches Neuland zu betreten. Alle bisherigen Verhandlungen und Verträge hatten große, weithin sichtbare Trägersysteme zum Gegenstand. Deren Vorhandensein oder Zerstörung ist auch mit nationalen technischen Möglichkeiten wie Satelliten vergleichsweise leicht zu überprüfen. Soweit diese Verträge Obergrenzen für nukleare Waffen festlegten, handelte es sich um rechnerische Grenzen. Bislang gab es keine erfolgreichen Gespräche über einen Rüstungskontrollvertrag, der Begrenzungen für nukleare Gefechtsköpfe oder Bomben zum Gegenstand gehabt hätte. Auch über Verifikationsmechanismen für die Begrenzung, Außerdienststellung und Delaborierung nuklearer Waffen wurde bislang noch nie erfolgreich verhandelt.⁹³ Die

⁹³ Der Zeitbedarf und die absehbaren Schwierigkeiten bei der Bearbeitung solchen Neulandes dürften George H.W. Bush, Michael Gorbatschow und Boris Jelzin bereits

Einbeziehung solcher komplexer Aufgabenstellungen schon in die nächste Runde von Gesprächen über nukleare Abrüstung könnte weitere nukleare Abrüstungsschritte um Jahre verzögern und damit auch Fortschritte im Bereich der Nichtverbreitung unterbinden.⁹⁴

Anlass zur Hoffnung, dass diese Haltung Washingtons korrigiert wurde, gibt allerdings die Selbstverpflichtung Barack Obamas gegenüber dem US-Senat anlässlich der Ratifizierung des Neuen START-Vertrages am 2. Februar 2011: „Die Vereinigten Staaten werden spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten des Neuen START-Vertrages – nach Konsultationen in der NATO – versuchen, Verhandlungen mit Russischen Föderation über eine Übereinkunft zu initiieren, die sich mit der Disparität zwischen dem substrategischen (taktischen) Nuklearwaffenpotential der Russischen Föderation und der Vereinigten Staaten befassen und darauf zielen, die taktischen Nuklearwaffen in verifizierbarer Art und Weise zu sichern und zu reduzieren.“⁹⁵

Diese Selbstverpflichtung klingt weich, hat aber als Bestandteil der Ratifizierungsgesetzgebung einen großen Stellenwert und eine hohe Verbindlichkeit. Zugleich schufen der US-Präsident und der US-Senat, der eine solche Verpflichtung gefordert hatte, damit die Möglichkeit, die unglückliche Verkopplung zwischen Gesprächen über nicht-stationierte strategische und taktische Nuklearwaffen wieder zu entkoppeln. Binnen eines Jahres

Anfang der 1990er Jahre mit dazu veranlasst haben, die ersten großen Abrüstungsschritte im Bereich der taktischen bzw. substrategischen Nuklearwaffen auf *Basis* politisch verbindlicher einseitiger gegenseitiger Abrüstungsschritte vorzunehmen, den sogenannten Presidential Nuclear Initiatives (PNIs). Mittels dieser Initiativen wurden nach Ende des Kalten Krieges auf beiden Seiten sehr schnell etliche Tausend nukleare Sprengköpfe aus dem aktiven Dienst entfernt und später schrittweise delaborniert.

⁹⁴ Im Überprüfungsprozess zum Nichtverbreitungsvertrag sind Fortschritte bei den Regeln zur Nichtverbreitung faktisch seit vielen Jahren an Fortschritte im Bereich der nuklearen Abrüstung gekoppelt.

⁹⁵ Im Original heißt es: The United States will seek to initiate, following consultation with NATO Allies but not later than 1 year after the entry into force of the New START Treaty, negotiations with the Russian Federation on an agreement to address the disparity between the non-strategic (tactical) nuclear weapons stockpiles of the Russian Federation and of the United States and to secure and reduce tactical nuclear weapons in a verifiable manner.“ Vgl. <http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2011/02/02/message-president-new-start-treaty-0>.

sollen Gespräche über taktische Nuklearwaffen mit Moskau aufgenommen werden.

Die angekündigten Konsultationen in der NATO werden auch die anderen NATO-Staaten zwingen, sich noch in diesem Jahr erneut mit den substrategischen Nuklearwaffen zu befassen. Sie müssen ihre Erwartungshaltungen an die künftigen Verhandlungen, ihre Vorstellungen von der Bandbreite der Verhandlungsmöglichkeiten und ihre Wünsche an das potentielle Ergebnis der bilateralen Gespräche zwischen Washington und Moskau vermitteln. Dies muss parallel zu der begonnenen Überprüfung des Verteidigungs- und Abschreckungsdispositivs geschehen, so dass beide Prozesse sich gegenseitig beeinflussen werden und zumindest eine Chance entsteht, das während des NATO-Gipfels in Lissabon verabredete künftig wieder stärkere rüstungskontrollpolitische Engagement der NATO mit Leben zu erfüllen.

Da Russland bislang Verhandlungen über taktische Nuklearwaffen ablehnt, solange die USA solche Waffen auf dem Territorium anderer Länder lagern, muss auch diese Hürde nun in Kürze angegangen werden. Wenn der politische Wille dazu vorhanden ist, kann dies genutzt werden, um die beschriebene verhängnisvolle Logik, die in einem neuen Doppelbeschluss enden würde, wieder aufzulösen. Dazu müssten die Entscheidungen der NATO über die Zukunft der Stationierung taktischer Nuklearwaffen in Europa und über die Zukunft der technisch-nuklearen Teilhabe voneinander entkoppelt werden. Würden die NATO-Staaten es Washington im Konsens ermöglichen, seine substrategischen atomaren Waffen aus Europa vorläufig abzuziehen, um einen Einstieg in erfolversprechende Verhandlungen mit Russland zu ermöglichen, so könnte die Entscheidung über die Zukunft der technisch-nuklearen Teilhabe später in einem zweiten Schritt und im Lichte der Verhandlungsergebnisse gefällt werden. Bis zu dieser endgültigen Entscheidung würden alle Instrumente der technisch-nuklearen Teilhabe in einen „Caretaker-Status“ versetzt, der ihre Reaktivierung im Bedarfs- und Beschlussfall ermöglicht.⁹⁶

⁹⁶ In einem solchen Caretaker-Status befinden sich schon heute einige früher nuklear genutzte Basen der NATO, so zum Beispiel in Nörvenich. Dort wurden die atomaren Waffen und die für sie zuständigen US-Soldaten vor mehr als zehn Jahren abgezogen, die technischen Einrichtungen zur Lagerung atomarer Waffen aber nicht abge-

Der zweite Problembereich der Diskussionen über die Überprüfung des Verteidigungs- und Abschreckungsdispositivs der NATO impliziert Chancen und Risiken zugleich: Vordergründig geht es um die Rolle und die Zukunft einer künftigen NATO-Raketenabwehr im Dispositiv der NATO. Gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Aufbau einer Raketenabwehr und der Möglichkeit, dass die Allianz künftig auf substrategische Nuklearwaffen verzichten kann, oder gibt es diesen nicht? Kann die NATO um so leichter auf ihr substrategisches Potential verzichten, je besser das Territorium der Allianzmitglieder vor Raketenangriffen geschützt ist? Oder würde sie an substrategische Nuklearwaffen auch dann festhalten, wenn es ein Raketenabwehrelement in der Abschreckung der Allianz gib?

Hinter diesen Fragen lauern komplexe abschreckungslogische und -politische Grundfragen. Der NPR der USA überträgt – wie geschildert – das Denken in den Kategorien des unter George W. Bush entwickelten neuen strategischen Abschreckungssystems erstmals auf „regionale Abschreckungssysteme“, also auch auf Europa und die NATO. Damit kann eine Möglichkeit in die Abschreckungslogik zurückkehren, gegen die sich europäische Politiker wie der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt in den 1970er und 1980er Jahren heftig gewehrt haben: Die theoretische Möglichkeit eines „nur“ regionalen Versagens der Abschreckung, also eines regional begrenzten Nuklearkrieges. Schmidt wollte diese Option möglichst unterbinden. Der UdSSR und den USA sollte klar sein: Jeder Nuklearkrieg wäre ein globaler, der auch das Kernland der beiden Supermächte nicht verschonen würde. Eine solche Konstellation wäre die politischste und glaubwürdigste Form der Abschreckung.

Das Problem, ob ein regionales Versagen der Abschreckung denkbar oder weitestgehend ausgeschlossen ist, bleibt im Kern für die

baut. Die nuklearen Aufgaben des Geschwaders können bei Bedarf reaktiviert werden. Dieser Weg umgeht zudem eines der größten Probleme der NATO, die französische Ablehnung eines Abzug der taktischen Nuklearwaffen der NATO. Die notwendigen Entscheidungen würden in der Nuklearen Planungsgruppe anstehen, in der Frankreich nicht mitwirkt. Diese kann sowohl darüber entscheiden, dass Washington in bilateralen Gesprächen mit Russland nach einer Lösung suchen soll, als auch darüber, zur Unterstützung der Erfolgsaussichten solcher Gespräche eine vorläufige Aussetzung der Stationierung in Europa vorzunehmen.

NATO virulent, so lange Nuklearwaffen Teil der Abschreckung in Europa sind. Auch heute und unter den Bedingungen einer künftigen Abschreckung, zu der auch Raketenabwehrsysteme gehören sollen, muss gefragt werden: Ist ein Abschreckungssystem stabiler, das kein ausschließlich regional begrenztes Versagen der Abschreckung zulässt, oder eines, bei dem ein regional begrenzter Nuklearkrieg denkbar ist? Ist die Abschreckung glaubwürdiger, wenn sie ausschließlich durch die strategischen Potentiale der Nuklearmächte gewährleistet wird, oder wenn außerdem ein substrategisches Potential der NATO existiert? Inwieweit verändern sich das Bild und die Logik, wenn Raketenabwehrfähigkeiten des Bündnisses in die Kalkulation mit einbezogen werden? Und inwieweit ändern sie sich, wenn der abzuschreckende Gegner nicht nur Russland sondern auch ein anderes Land sein könnte? Natürlich können diese Fragen hier nicht abschließend diskutiert und beantwortet werden. Es sind aber wichtige Fragestellungen für die Überprüfung des Verteidigungs- und Abschreckungsdispositivs der NATO. Sie stellen für diesen Prozess Chance und Risiko zugleich dar, da offensichtlich niemand die Antworten bereits kennt oder hinlänglich über sie nachgedacht hätte. Werden sie gestellt, so können die Antworten dazu beitragen, dass die NATO zu einem Konsens über ihr künftiges nukleares Potential findet. Werden sie nicht ausdiskutiert, so läuft die künftige Abschreckung der NATO Gefahr, weniger verlässlich und kriegsverhindernd zu wirken als jene während des Kalten Krieges.⁹⁷

Zwei Jahre Obama – Eine Zwischenbilanz

Mehr als zwei Jahre ist Barack Obama nun Präsident der USA. Als Antipode zu seinem ungeliebten Vorgänger George W. Bush, als Hoffnungsträger und als Visionär wurde er begrüßt. Mit seiner Prager Rede wurde er den Erwartungen zunächst gerecht. Blickt man zurück und würdigt die Ergebnisse seiner Politik in den vergangenen zwei Jahren, so zeigt sich jedoch ein differenziertes und problematischeres Bild. Barack Obama ist deutlich hinter den Erwartungen zurückgeblieben, die er in Prag geweckt hat.

⁹⁷ Natürlich stellen sich diese Fragen nur immanent innerhalb der Abschreckungslogik. Da diese auch künftig eine wesentliche Grundlage der Politik der NATO bleiben soll, müssen sie jedoch aufgeworfen werden.

Auch wenn man ihm zugute hält, dass mancher intendierte Schritt an innen- und außenpolitischen Widerständen scheitern musste, weil es an der notwendigen Kooperationsbereitschaft anderer mangelte – im Kern hat Barak Obama in der Nuklearpolitik sehr viel Kontinuität und wenig – meist klimatischen – Wandel vorzuweisen. Dies findet seine Ursachen im Wesentlichen in der Politik Washingtons und in den immanenten Widersprüchen der Nuklearpolitik Obamas selbst. Unter ungünstigen Voraussetzungen führen einige der Weichen, die seine Administration gestellt hat, sogar auf gefährliche Gleise.

Die positiven Aspekte zuerst: Obama hat die deklaratorische Nuklearpolitik der USA neu und klarer formuliert, die Rolle nuklearer Waffen in der Strategie der USA deutlicher beschrieben und viele der Ambiguitäten in der Nuklearpolitik seines Vorgängers George W. Bush eliminiert. Zudem hat er sich klar zu der rechtlichen Verpflichtung der Nuklearmächte aus dem NVV bekannt, in Zukunft auf ihre nuklearen Arsenale zu verzichten. Das ist sein Verdienst. Entsprechende Änderungen in der Militärstrategie, der Ziel- und Operationsplanung oder gar der nuklearen Rüstungspolitik sind jedoch bislang unterblieben. Hier dominiert die Kontinuität zu seinem Vorgänger George W. Bush. Solange dies so bleibt, sind die Veränderungen in der deklaratorischen Politik reversibel – allzu leicht reversibel. Mit den militärischen Fähigkeiten, die unter Obama im nuklearen Bereich durch eine umfassende Modernisierung entwickelt werden, kann ein künftiger Präsident jederzeit auch wieder eine deutliche Ausweitung der Rolle nuklearer Waffen vornehmen oder gar die Schwelle für einen Nuklearwaffeneinsatz wieder absenken. Über dieses skeptische Urteil kann auch die Ratifizierung des neuen START-Vertrages nicht hinwegtäuschen. Dieser Vertrag beinhaltet nur kleine Abrüstungsschritte; er stellt eine pragmatisch minimalistische Lösung dar. Dass Obama mit ihm zu einer Politik der vertraglich vereinbarten Rüstungskontrolle zurückkehrt, ist der positive Aspekt. Allerdings ist die Perspektive weiterer nuklearer Abrüstungsschritte deutlich eingetrübt. Einen weiteren START-Vertrag – ursprünglich als der größere Wurf nach dem schnellen, kleinen Schritt des neuen START-Vertrages angedacht – wird es möglicherweise so schnell nicht

geben. Selbst Teile der Regierung Obamas haben versucht, indirekt neue Hürden aufzubauen, zum Beispiel als das Außenministerium die Position vertrat, Verhandlungen über einen solchen Vertrag sollten sowohl substrategische als auch nicht stationierte Nuklearwaffen umfassen. Eine solche Verkopplung könnte weitere Abrüstungsschritte auf absehbare Zeit blockieren, weil sie zuviel auf einmal auf die Agenda setzt.

Obamas Modernisierungsplanung für das US-Nuklearwaffenpotential steht in einem so deutlichen Widerspruch zu den Veränderungen im deklaratorischen Bereich, dass sie das Gesamtbild seiner Politik prägt und deren Glaubwürdigkeit infrage stellt. Sie umfasst das gesamte nukleare Sprengkopfpotential, alle Trägersysteme und signalisiert ein Festhalten der USA an ihren Nuklearwaffen bis weit in die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts. Die Modernisierungspläne führen zu deutlichen Ausgabensteigerungen – selbst im Vergleich zu der nuklearfreundlichen Administration George W. Bushs. Damit steht sie in einem deutlichen Gegensatz zu der Vision einer nuklearwaffenfreien Welt und zeigt das Festhalten an einer Nuklearpolitik auf, die auf Dominanz, überlegene Fähigkeiten und die eigene Stärke setzt. Auswirkungen negativer Art sind vorhersehbar:

- Die Politik der Regierung Obamas wird keine andere Nuklearmacht politisch ermutigen, Modernisierungspläne für ihr Nuklearwaffenpotential in der Hoffnung auf weitere Abrüstungsschritte zurückhaltend zu handhaben. China, das im nuklearen Bereich bislang sehr vorsichtig und zurückhaltend agiert hat, könnte sich sogar veranlasst sehen, die bisher praktizierte Zurückhaltung aufzugeben.
- Länder, die bereits ein begrenztes nukleares Arsenal haben, werden keinen Anlass sehen, den von Ihnen beschrittenen Weg infrage zu stellen. Sie werden sich vielmehr bestätigt sehen.
- Nicht-nukleare Länder, die mit dem Gedanken an ein eigenes Nuklearwaffenpotential spielen, werden in dieser Politik wenig aktive Anreize

finden, sich von ihrer Idee abzuwenden.

- Die Ausgangslage für weitere Abrüstungsschritte dürfte sich verschlechtern; damit verringert sich aber auch wahrscheinlich die Bereitschaft der internationalen Gemeinschaft, schärfere Nichtverbreitungsregeln einzuführen.

Obamas Modernisierungspolitik unterminiert allerdings nicht nur die Glaubwürdigkeit seiner Vision einer nuklearwaffenfreien Welt, sondern vor allem auch seine vorgeblich wichtigste Zielsetzung: Der Verhinderung der weiteren nuklearen Proliferation.

Die Obama-Administration betrachtet zwar den Nuklear-Terrorismus, die Gefahr einer Proliferation an nicht-staatliche Akteure und an weitere nicht-nukleare Staaten als größte Bedrohungen für die Zukunft. Deshalb möchte sie die Nichtverbreitungspolitik und die Stärkung des NVV-Regimes zu ihrer Priorität machen. Das aber würde – soll es glaubwürdig wirken – deutlich stärkere Signale der eigenen atomaren Abrüstungsbereitschaft und eine freiwillige Selbstbeschränkung im Bereich der nuklearen Modernisierung auf Seiten der USA erfordern. Da solche Signale weitgehend fehlen, leidet die Glaubwürdigkeit Obamas auch im Bereich der Nichtverbreitungspolitik.⁹⁸ Die nuklearen Modernisierungspläne der USA werden vielmehr mit hoher Wahrscheinlichkeit eines der entscheidenden Hindernisse bei der effektiven Bekämpfung der Proliferationsgefahren sein, weil sie keine ausreichend konkrete Bereitschaft zu umfassender nuklearer Abrüstung erkennen. Damit unterminieren sie den politischen Willen anderer Staaten, verschärfte Nichtverbreitungsregeln zu akzeptieren und das NVV-Regime zu stärken.

⁹⁸ Ein weiteres Problem in der Nuklearpolitik Obamas kann hier nur stichwortartig erwähnt werden. Obama befürwortet den Ausbau der zivilen Nutzung der Nukleartechnik und signalisiert die Bereitschaft, Staaten die diese Technologie nutzen wollen, dabei zu helfen, wenn sie sich an ihre Nichtverbreitungsverpflichtungen halten. Dies entspricht den Verpflichtungen der USA aus dem NVV, impliziert aber – nolens volens – auch zusätzliche Proliferationsrisiken.

Erhard Crome

Die Welt des 21. Jahrhunderts und die USA

Zur offiziellen Rhetorik in den westlichen Ländern gehört, die Weltlage bringe „neue“ Gefährdungen mit sich, denen vor allem militärisch begegnet werden müsse. Die Rede ist von „neuen Kriegen“, vom „Krieg gegen den Terror“ usw. Allen diesen Szenarien liegt jedoch eine Lageeinschätzung zu Grunde, die einer ernsthaften Überprüfung nicht standhält. War wirklich Afghanistan in Haftung zu nehmen für die Anschläge des 11. September 2001? Al Qaida wurde lange Zeit nicht wirklich bekämpft, Bin Laden geisterte wellenartig durch die Medien wie im Märchen der „Fliegende Holländer“ über die Meere, bis er plötzlich und für die Öffentlichkeit unerwartet erschossen wurde, ohne dass ihm der Prozess gemacht wurde. Derweil gibt es Zehntausende Opfer des Afghanistan-Krieges, für die der Westen verantwortlich ist. Terroristen zu fassen und vor Gericht zu stellen ist kein Kriegsziel, sondern eine Polizeiaufgabe. Den afghanischen Staat zu stabilisieren, ist nicht gelungen. Der vom Westen eingesetzte Präsident Karsai versucht es nun mit Verhandlungen mit jenen Kräften, die als Taliban gelten. Der Abzug der westlichen Truppen ist nur noch eine Frage der Zeit – man will „das Gesicht wahren“.

Nicht nur Afghanistan, alle großen Probleme des 21. Jahrhunderts, wie Hunger, Armut, Krankheiten, Klimaerwärmung, Artensterben usw., die uns wirklich bedrohen, sind nicht militärisch zu lösen. Die Debatte um Friedenspolitik des 21. Jahrhunderts zu führen heißt, die Prämissen der Militärpolitik und der Kriegseinsätze in Frage zu stellen, und nicht zuerst Erscheinungsformen wie Bürgerkriege und Staatszerfall in den Blick zu nehmen, für die oftmals die Politik des Westens verantwortlich ist. Und auch die vielzitierten Warlords verdienen ihr Geld letztlich in Kooperation mit westlichen Firmen. Hier wäre ebenfalls über Polizeiaufgaben und nicht über Militäreinsätze zu reden. Die Strategie ist falsch, militärisch immer weiter aufzurüsten und weitere Militäreinsätze zu planen und zu führen. So ist es die Frage, wie die Welt eingerichtet sein sollte angesichts dessen, wie sie eingerichtet ist oder sich, einem Prozeß von Kämpfen überlassen,

blind herausbilden würde. Sich gut zwei Jahre nach Beginn der Präsidentschaft von Barack Obama mit den USA zu befassen heißt, zu allererst die Frage zu stellen, ob die USA und ihre Entwicklung mit den Anforderungen an eine friedliche Welt im 21. Jahrhundert kompatibel sind. Das Ergebnis fällt ambivalent aus, und für jene, die das Versprechen „Yes, we can!“ ernst genommen haben, eher enttäuschend. Ein Imperium zu regieren, ist offenbar nicht möglich, ohne seiner inneren Logik Genüge zu tun. Insofern ist zuerst diese Logik das Problem, erst danach die Person Obama.

Zur Herausbildung der Problemkonstellation

Im 21. Jahrhundert scheint sich ein Kreis zu schließen, dessen Anfänge am Beginn der Neuzeit liegen. Mit der europäischen Entdeckung Amerikas und seiner Eroberung eignete sich Europa die Mittel an, die es brauchte, sich dann auch Afrika und weite Teile Asiens zu unterwerfen. Indien wurde seit dem 18. Jahrhundert erobert und zur britischen Kolonie gemacht; mit den „Opiumkriegen“ Mitte des 19. Jahrhunderts wurde auch China der Herrschaft des von Europa bestimmten Weltsystems subordiniert.

Heute wird auch von international bekannten angelsächsischen Historikern die derzeitige Situation mit der am Beginn des 20. Jahrhunderts verglichen. Damals handelte es sich um ein vor allem durch Großbritannien geprägtes internationales System, das von den Konkurrenten USA und Deutschland zunehmend in Frage gestellt wurde. Die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts waren Folge dessen. Allerdings schrieb Robert Breuer noch im April 1918: „Soviel steht schon heute fest, dass, wie auch immer der Krieg ausgehen, wie auch immer das Ringen dieser Tage abschließen möge, die englische Welthegemonie nicht durch eine deutsche verdrängt werden wird... Das englische Imperium bliebe bestehen, selbst wenn die englischen Inseln in die Luft gesprengt würden, und zwar einfach darum, weil niemand sonst, weder Amerika noch Deutschland, die Reife besitzt, in Einsamkeit den Wel-

tenthron zu besteigen.“⁹⁹ Erst nach dem 2. Weltkrieg und dem Ausgang des kalten Krieges gingen die USA am Ende als Sieger aus diesen Kämpfen hervor. Heute dagegen sind es vor allem China und Indien, die jenes von den USA dominierte System in Frage stellen.¹⁰⁰ Das Problem allerdings ist, ob es sich tatsächlich um eine Wiederkehr von Konkurrenz in dem bestehenden kapitalistischen Weltsystem handelt, wie am Anfang des 20. Jahrhunderts, oder ob nicht vielmehr eine grundlegende Veränderung des internationalen Systems auf die Tagesordnung gerückt ist. Die von Europa seit 1492 geschaffene Welt wird wieder eine, die ihren Schwerpunkt in Asien hat, wie vor jener Zeit.

Zunächst muss dem Verhältnis von EU-Europa und den USA besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Europa zu bestimmen, ist äußerst kompliziert, sowohl geographisch als auch historisch und kulturell. Hinzu kommt: Europa ist mit Russland wie auch mit Amerika historisch verwoben, Nordamerika ist die „älteste Tochter“ des englischen (und in Gestalt von Quebec des französischen) Europas, Mittel- und Südamerika sind Töchter des iberischen Europas. Sozialhistorisch stehen insbesondere die USA, aber auch Russland in einem spezifischen Verhältnis zu Europa. So sind die USA einerseits und Russland andererseits Momente der europäischen Entwicklung, gleichsam die Extreme seiner inneren Entwicklung: auf der einen Seite eine Tradition von viel individueller Selbstbestimmung und wenig Staat, auf der anderen Seite der Staat als der eigentliche Akteur der Modernisierungsprozesse bei Unterdrückung des Individuellen. Zugleich ist eine europäische Identität – in einem engeren, auf EU-Europa bezogenen Sinne – als eine sowohl von der amerikanischen als auch der russischen unterschiedene zu verstehen. Zudem ist die europäische Identität nicht eine lediglich auf kultureller Ebene geschaffene, sondern sie hat ihre Wurzeln in der Sozialgeschichte und politischen Geschichte Europas. Und sie ist zunächst, auch hier unterscheidet sie sich von der der USA und der Russlands, noch immer „Einheit in der Viel-

heit“, ein Zusammenhang unterschiedlicher Sprachen, Kulturen, Staaten, Nationen, Regionen, Religionen usw.

Das *Europäische Wunder*, das im Heraustreten Europas aus dem jahrtausendealten Trott der agrarischen Gesellschaften am Beginn der Neuzeit und in der weltgeschichtlich erstmaligen Entstehung kapitalistischer Industriegesellschaften ausgerechnet in Europa besteht, erklärte der Historiker Paul Kennedy vor allem mit dieser Vielfalt: „Es war eine Kombination von wirtschaftlichem Laissez-faire, politischem und militärischem Pluralismus und intellektueller Freiheit – wie rudimentär jeder Faktor im Vergleich zu späteren Zeitaltern auch erscheinen mag –, die in ständiger Interaktion standen, um das ‚Europäische Wunder‘ zu schaffen. Da das Wunder historisch einmalig ist, scheint es plausibel, anzunehmen, dass nur eine Entsprechung aller Komponenten anderswo ein ähnliches Resultat produziert hätte.“ Diese Vielgestaltigkeit fand in der „Existenz einer Vielfalt wirtschaftlicher und militärischer Machtzentren“ ihren politisch-staatlichen Ausdruck, die eine Vereinigung des Kontinents verhinderte.¹⁰¹ Hier liegt eine der wesentlichen Ursachen für das *Europäische Wunder*, etwa im Vergleich zu China oder dem Osmanischen Reich, in denen das Herrschaftssystem des Großreiches die Öffnung eines Entwicklungspfadens in Richtung Kapitalismus und Industriegesellschaft verhinderte.

Diese europäische Vielfalt jedoch war eine des „Wettstreits“, der bis in unser Jahrhundert hinein eine militärische, kriegerische Dimension hatte.¹⁰² Trotz der national-staatlichen, konkurrenzförmigen Strukturiertheit bildete Europa zugleich immer auch ein Ganzes; „keine einzelne Nation noch ein einzelner Nationalstaat Europas kann eine Geschichte aufweisen, die aus sich verständlich ist“, betonte Arnold Toynbee.¹⁰³

In der Mitte des 20. Jahrhunderts war – abgesehen von der Erfindung der Atombombe, die als eine Konsequenz der Verindustriegesellschaftlichung anzusehen ist, und den Krieg als eine „Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einmischung anderer Mittel“

⁹⁹ Germanicus [Robert Breuer]: Die Weltlage, in: Die Weltbühne, Berlin, Nr. 14 vom 4. April 1918; neu nachzulesen unter: Das Blättchen, Nr. 11 vom 30. Mai 2011 - <http://das-blaettchen.de>.

¹⁰⁰ Vgl. Timothy Garton Ash: Müder Titan, in: Süddeutsche Zeitung, München, 30. August 2005.

¹⁰¹ Paul Kennedy: Aufstieg und Fall der großen Mächte, Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag 1989, S. 68 und 54.

¹⁰² Ebenda, S. 55ff.

¹⁰³ Arnold J. Toynbee: Der Gang der Weltgeschichte. Erster Band: Aufstieg und Verfall der Kulturen 1, München 1970, S. 33.

(Clausewitz)¹⁰⁴ zumindest zwischen den Großmächten verunmöglichte – aus europäischer Perspektive jedoch zweierlei deutlich geworden: Das okzidentale West- und Mitteleuropa hatte im Gefolge der beiden Weltkriege seine vormals beherrschende Stellung in der Welt wesentlich an die USA und die Sowjetunion, tendenziell auch an China (das ebenfalls seinen Ständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat hat), abtreten müssen; die Kriege hatten zu verheerenden Zerstörungen, nicht aber zum Vorherrschen einer der Mächte geführt.

Die inneren Kräfte, die den Aufstieg Europas bewirkt hatten, schienen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts auch seine Schwächung herbeigeführt zu haben: Das *Europäische Wunder* als sich ausweitende Daseinsweise des Kapitalismus dehnte sich nach 1945 in anderen Weltteilen aus – etwa in Japan, den Tigerstaaten in Asien und China; nach dem Ende des kommunistischen Herrschafts- und Staatensystems auch in Ostmitteleuropa und in Russland. *Europa* als Staatengefüge schien schwächer denn seit Jahrhunderten.

Die deutsche Übersetzung des höchst lesenswerten Buches über das europäische Hochmittelalter des britischen Historikers Robert Bartlett wurde mit dem Titel versehen: „Die Geburt Europas aus dem Geist der Gewalt“.¹⁰⁵ Die Expansion Europas vollzog sich schon damals als kriegerische, der Engländer gegen die Kelten, der Deutschen gegen die Slawen, der Spanier gegen die Mauren. Die Linie ist nach dem von Bartlett behandelten Zeitraum fortzusetzen. Die Portugiesen segelten um die Welt, um ihrer europäischen Marginalität zu entfliehen, und sie eroberten am Ende die Gewürzinseln, weil sie auf der Basis äquivalenten Handels nichts anzubieten hatten. Die Akkumulationsmittel, die den Kapitalismus möglich machten, waren Ergebnis von Raubregimen. Die Gewalt, zwischen den europäischen Staaten und gegen den Rest der Welt, blieb konstitutiv. Der Höhepunkt waren die Kriege des 20. Jahrhunderts mit Auschwitz, Gulag, Hiroshima.

Die Deutschen hatten unter Hitler die Anwendung verbrecherischer Gewalt ins Extrem getrieben, um die Herrschaft über den Kontinent trotz Unterlegenheit an Mitteln und Kräften zu

erreichen – und waren gescheitert. „So waren die beiden Weltkriege im wesentlichen,“ schrieb der ungarisch-amerikanische Historiker John Lukacs, „wenn auch nicht gänzlich und ausschließlich, Kämpfe, die die deutsche Nation gegen andere Nationen führte, ein Ergebnis des deutschen Aufstiegs zur Weltmacht und des deutschen Anspruchs auf eine Vormachtstellung in Europa – im Rückblick der letzte militärische und politische Versuch einer mächtigen europäischen Nation, dieses Ziel zu erreichen.“¹⁰⁶ Am Ende war Europa weitgehend zerstört. Mit dem Kalten Krieg und der Blockkonfrontation schien es aufgehört zu haben, ein eigenständiger, einflußreicher Akteur der internationalen Politik zu sein.

Mit der Gründung der Europäischen Union (mit ihren Vorstufen der Montanunion, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, dann der Europäischen Gemeinschaft) vollzog sich in Europa seit Mitte des 20. Jahrhunderts ein Zusammenschluss der meisten Länder des europäischen Kontinents, wie es ihn in der Geschichte noch nie gegeben hatte. Waren die Versuche der „mächtigen europäischen Nationen“, den Kontinent zu beherrschen – wovon Lukacs und Kennedy auf unterschiedliche Weise geschrieben haben –, stets Versuche, ihn gewaltsam unter ihre Herrschaft zu bringen, so wurde die Europäische Union zu einem Unternehmen, den Kontinent auf dem Vereinbarungswege, unter Zustimmung aller beteiligten Nationen, Völker und Staaten zu vereinen. In der internationalen Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen „Modellen“ des heutigen Kapitalismus könnte die Europäische Union dem europäischen Konzept der Sozialstaatlichkeit neue Bewegungsräume verschaffen, wenn sie sich nicht dem US-amerikanischen Druck beugen würde. Bereits Max Weber hatte darauf verwiesen, dass moderne Gesellschaften, wie man heute sagen würde, durch funktionale Differenzierung gekennzeichnet sind, zumindest „das staatlich-politische und privat-wirtschaftliche Beamtentum... als getrennte Körper nebeneinander stehen und man daher durch die politische Gewalt die wirtschaftliche immerhin im Zaum halten kann“. Daraus, dass im Staatssozialismus „beide Beamtschaften ein einziger Körper mit solidarischen Interessen und gar nicht mehr zu

¹⁰⁴ Carl von Clausewitz: Vom Kriege, Berlin 1957, S. 728, 911f.

¹⁰⁵ Robert Bartlett: Die Geburt Europas aus dem Geist der Gewalt. Eroberung, Kolonisierung und kultureller Wandel von 950 bis 1350, München: Kindler Verlag 1996.

¹⁰⁶ John Lukacs: Churchill und Hitler. Der Zweikampf, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1993, S. 21f.

kontrollieren“ wären, leitete er ab, warum Sozialismus nicht funktionieren könne.¹⁰⁷

Im Kapitalismus der vergangenen Jahrzehnte hat sich der umgekehrte Prozess vollzogen. Das Wort von der „Standortkonkurrenz“ ist nur eine euphemistische Umschreibung der Subordination der national-staatlichen politischen unter die internationalisierte/ globalisierte wirtschaftliche Gewalt. Vor diesem Hintergrund unterstrich André Gorz bezüglich der Auseinandersetzungen um den Euro, wir hätten es „mit einer neuen Form von Klassenkampf zu tun“: „Das globalisierte heimatlose Finanzkapital gegen die Geburt eines supranationalen europäischen Staates. Bisher ist es dem Finanzkapital gelungen, die Nationalstaaten weitgehend zu entmachten und unter Berufung auf die sogenannten Marktgesetze seinem Diktat zu unterwerfen... Das ist die gegenwärtige Lage. Aus ihr gibt es keinen nationalen Ausweg. Wohl aber einen supranationalen. Ein supranationales Staatesgebilde von der Größe der EU könnte den Vorrang der Politik, die demokratisch kontrollierbare gesellschafts- und wirtschafts-politische Handlungsfähigkeit für seine Mitgliedstaaten wiederherstellen.“¹⁰⁸

Die EU wurde nicht zu einer Agentur der Verteidigung des Sozialen. Gleichwohl bleiben die kontinental-europäischen Staaten einer gewissen, im Vergleich zu den USA nach wie vor sichtbaren Sozialstaatlichkeit verpflichtet. In diesem Sinne stehen sich die EU einerseits und die USA andererseits im Rahmen des derzeitigen nordatlantischen Kapitalismus-Gefüges als idealtypische Gestalten gegenüber, den Kapitalismus sozial zu zügeln oder das Soziale hintanzustellen. Obamas Innenpolitik zielt auf etwas mehr Soziales auch in den USA, trifft dabei aber auf gewaltige Widerstände.

Auch im Bereich der Außenpolitik wuchsen die Konfliktfelder an. Bereits vor dem 11. September 2001 lautete in Presse und Politikwissenschaft ein vielbenutztes Stichwort in Bezug auf die USA: unilaterale Politik. Die eine Supermacht sei übriggeblieben nach dem Kalten Krieg, militärisch uneinholbar gerüstet, wirtschaftlich außerordentlich leistungsfähig, finanzpolitisch mit dem Dollar ausgestattet, der Weltwährung, über die nur in den USA selbst entschieden wird. (Im Vergleich dazu wurde

die Europäische Zentralbank eher als entscheidungsträge angesehen.) Die Liste der Themen, da die USA sich gegen die Mehrheit der Staaten der Welt, auch gegen das EU-Europa einschließlich Deutschland, stellten, wurde immer länger. Die Auseinandersetzung um das „Kyoto-Protokoll“ zur Reduzierung der Emission von Treibhausgasen im Spätsommer 2001 war nur eine Facette. Die Verträge zur Begrenzung der nuklearstrategischen Rüstungen interessieren ebensowenig mehr in Washington, wie das Atomteststopp-abkommen. Die USA blockierten die Fortentwicklung der internationalen Konvention zum Verbot biologischer Waffen. Sie wollten keine wirksame Begrenzung des Verkaufs und Exports von Kleinwaffen – ist doch der private Waffenbesitz im konservativen Amerika Statussymbol. Die Kinderrechtskonvention mochten sie nicht, schon deshalb, weil sie die Todesstrafe für Personen unter 18 Jahren verbietet. Auch den Internationalen Strafgerichtshof, der in Bezug auf Jugoslawien, Stichwort: Milosevic, in den Vordergrund rückte, kritisierten die USA, obwohl sie sich einst zu den Förderern internationaler Gerichtsbarkeit zählten; sie befürchteten, ein ‚voreingenommener‘ Ankläger könnte amerikanische Staatsbürger vor dieses Gericht bringen. Sie wussten, warum: kein Imperium konnte je ohne schmutzige Kriege auskommen.

Es ist richtig, die USA waren die einzige, aus dem 20. Jahrhundert hinterbliebene Supermacht. Bedeutete dies aber, dass sie beliebig schalten und walten können, wie sie wollen? Im Jahre 1944, als klar war, dass Hitlerdeutschland und seine Vasallen besiegt sein werden, dies aber nicht ohne die USA zu leisten war, schrieb der Brite D.W. Brogan ein Buch, das den Titel: „Der amerikanische Charakter“ erhielt. Es sollte dem englischen Publikum die Eigentümlichkeiten der Amerikaner begreiflich machen, war doch damit zu rechnen, dass diese nun länger in Europa bleiben würden als 1918. Das Buch wurde gleich nach Kriegsende ins Deutsche übersetzt und erschien mit Lizenz der amerikanischen Militärregierung.¹⁰⁹ Darin wird auch die „amerikanische Art, Krieg zu führen“, beschrieben. Brogan leitet diese aus der Eroberung des amerikanischen Kontinents ab: weite Räume, die Herbeischaffung der Mittel, diese Räume zu

¹⁰⁷ Max Weber: Der Sozialismus, in: Ders.: Politik und Gesellschaft, Frankfurt am Main: Zweitausendeins 2007, S. 474f.

¹⁰⁸ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. August 1997.

¹⁰⁹ D. W. Brogan: Der amerikanische Charakter, Stuttgart 1947.

überwinden, jeweils vergleichsweise wenige Menschen, die zur Verfügung standen. So entstand die Praxis schrittweisen Vorgehens, ein Krieg der Verbindungslinien, des Nachschubs, der Schaffung einer Überlegenheit an Hilfsmitteln, an Hartnäckigkeit, an Zahl. Auf diese Weise erreichten die Weißen den Pazifik und verdrängten die Indianer. Auf diese Weise führte der Norden im Bürgerkrieg 1861-65 seine Operationen gegen den Süden. Die Langwierigkeit des amerikanischen Aufmarsches im ersten Weltkrieg, über die der Chef des deutschen Generalstabes, Erich Ludendorff, zunächst lächelte, folgte ebenso diesem Muster, wie der Aufbau der Zweiten Front im zweiten Weltkrieg: zunächst das Übergewicht an Menschen und Material, dann der Vormarsch Zug um Zug, unaufhaltsam. Erst mit dem Eintritt in die beiden Weltkriege, das heißt durch deutsche Provokation, sind die USA zu einer global agierenden Militärmacht geworden, und sie haben es bleiben wollen, nunmehr sich als imperiale Vormacht fühlend.

In der Rückschau muss gesagt werden, der Kalte Krieg fand ebenfalls nach jenen amerikanischen Spielregeln statt. Nur an wenigen Punkten gab es eine wirkliche Konfrontation mit der Sowjetunion: im Korea-Krieg, in Berlin und in der Kuba-Krise. (Die Niederlage der USA in Vietnam gehört in eine andere Kategorie: in die Reihe der Niederlagen von Kolonialmächten gegen sich befreiende Völker; die Briten in Malaya, die Franzosen in Algerien, die Sowjetunion in Afghanistan machten die gleiche „Erfahrung“.) Ansonsten bauten die USA an ihrer globalen Überlegenheit an Mitteln und Ressourcen. Die sowjetischen Führer ließen sich auf das so bewirkte Wettrüsten ein, und agierten schließlich immer hilfloser. Die kommunistische Kapitulation von 1989/1991 war die historische Konsequenz.

Die Lage am Beginn des 21. Jahrhunderts ist davon jedoch völlig verschieden. Die USA sind nach wie vor wirtschaftlich stärker, als jede andere Volkswirtschaft in der Welt; die anderen zusammen jedoch immer größer. Bereits die EU tendiert zu einem beträchtlicheren weltwirtschaftlichen Gewicht, das sich durch den Euro tendenziell weiter erhöht hat. Die USA sind militärisch mächtiger, als jeder andere Staat der Welt. Das russische oder chinesische Potential aber ist wohl hinreichend, seinerseits die Welt zu zerstören. Es gilt also weiter die alte Weisheit aus der Zeit der nukle-

aren Konfrontation: es gibt keine vernünftigen politischen Ziele, die auf solchem Wege realisierbar wären. Die amerikanische militärische Überlegenheit taugt weder, Russland oder China wirksam militärisch zu erpressen, noch dazu, die volkswirtschaftliche Entwicklung Europas oder Chinas aufzuhalten. Gegenüber der gesamten übrigen Welt ist die amerikanische Art, Krieg zu führen bzw. Konflikte auszutragen, nicht mehr umsetzbar. Die Welt wird multipolarer.

Der frühere USA-Außenminister Henry Kissinger betonte bereits im Jahre 1992, dass die USA nach dem Ende des Kalten Krieges erstmals in der Situation sind, eine Außenpolitik machen zu müssen, „wie sie die europäischen Nationen schon jahrhundertlang führen mussten“, nämlich eine interessengeleitete ‚Realpolitik‘ unter der Voraussetzung einer ‚Balance of Power‘. Voller Ironie machte er geltend, die USA hätten bis zum ersten Weltkrieg überhaupt keine tatsächliche Außenpolitik gehabt, und seither eine moralisierende. Schon der Eintritt in den ersten Weltkrieg wurde nicht mit Sicherheitsargumenten begründet, sondern mit einer „moralischen Unzulänglichkeit der deutschen Führung“. Auch die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus sei unter einer derartigen moralischen Attitüde erfolgt; die amerikanische Position oszillierte „zwischen dem Glauben, der Kommunismus sei absolut böse, und der Auffassung vom Kommunismus als Ziel von Konvertierung“, mit der Konsequenz, nun zu glauben, „der Kommunismus sei wegen der Richtigkeit der demokratischen Idee zusammengebrochen“. ¹¹⁰ Es gehört zu den Eigenheiten amerikanischer Politik, internationale Konflikte, die sicherheitspolitisch begründet waren oder aus Machtdivergenzen bzw. Interessenkollisionen herrührten, stets ideologisch aufgeladen zu haben und als „Gut-Böse“-Konstellationen zu verarbeiten. So wurden alle amerikanischen Kriege des 20. Jahrhunderts als „gerechte“ geführt, der „guten“ USA gegen die jeweilige „Welt des Bösen“. Es ist dies der Kontext, in dem abwechselnd Saddam Hussein, Milosevic und Bin Laden zum jeweiligen Wiedergänger von Adolf Hitler stilisiert wurden.

¹¹⁰ Henry A. Kissinger: Die künftigen Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten, in: Europa-Archiv, Bonn, Folge 23/1992, S. 671f.

Am Ende geht es um die Fähigkeit, unter den veränderten weltpolitischen Bedingungen friedenspolitisch zu handeln – oder aber sich in den Händeln der Welt unilateral zu verschleiben, was nicht ohne Folgen für den Frieden und die USA selbst bleiben wird. Das Scheitern der USA im Irak ist ein deutliches Zeichen dessen. Die Europäische Union, China, Russland, Indien sehen einem weiteren Kriegstreiben nicht auf Dauer tatenlos zu, auch wenn Großbritannien und andere NATO-Staaten (in Irak) wie auch Deutschland (in Südosteuropa und in Afghanistan) als Teil der westlichen Militärmaschinerie agiert haben. Die USA stehen auf globaler Ebene dem Dilemma gegenüber, mit dem Deutschland in der Vergangenheit in Europa zu tun hatte: bei aller Großmächtigkeit sind die anderen Staaten zusammen am Ende doch stärker. Allerdings lässt dieses Nicht-Tatenlos-Zusehen-Wollen, wie sich im Falle des Libyen-Krieges des Westens zeigt, zwei Handlungsmöglichkeiten zu: sich gegen Militäraktionen auszusprechen, wie es im Falle Libyens von Seiten Chinas, Russlands, Indiens, Brasiliens und Deutschlands geschah, oder aber selbständig, auch unabhängig von den USA militärisch zu agieren, wie es Frankreich und Großbritannien getan haben. In den internationalen Beziehungen haben sich seit Jahrzehnten, verstärkt seit dem Ende des Ost-West-Konflikts weitreichende, gleichsam tektonische Verschiebungen vollzogen. Vor diesem Hintergrund erweist sich als von weitreichender Bedeutung: ein auf Kooperation angelegter Politikstil; das Bemühen, die Interessen der anderen zu berücksichtigen und einzubeziehen; die Vermittlung zwischen den Konfliktparteien; die Schaffung vor allem wirtschaftlicher Anreize für konfliktdämpfendes Verhalten von Staaten oder der respektiven Konfliktparteien und die Inangriffnahme einer alternativen sozialen Agenda gegenüber den gescheiterten Konzepten des Neoliberalismus. Das wären die Umriss einer alternativen internationalen Politik, die den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts entspricht. Der Weltkapitalismus der vergangenen Jahre hat dagegen zu einer Zuspitzung der sozialen Lage in vielen Ländern der Welt geführt, zu immer neuen Kriegen, zu neuen Spannungen und Konflikten. Die materiellen Potenzen in der Welt insgesamt und die politischen Erfahrungen, insbesondere der friedlichen Konfliktregulierung, bieten jedoch die Möglichkeit, der

Menschheit im 21. Jahrhundert eine andere zivilisatorische Perspektive zu eröffnen, eine des Friedens und kooperativer internationaler Beziehungen. In diesem Sinne kommt der internationalen Politik der USA eine zentrale Bedeutung zu – diesen Übergang positiv und aktiv mitzugestalten oder aber ihn so weit wie möglich zu verhindern, herauszuzögern und ihm entgegenzuwirken.

Frieden – worum es geht

Der Wunsch, in Frieden zu leben, ist den Menschen spätestens zu eigen, seit sie in organisierten Gesellschaften leben. Frieden meint ein verträgliches und gesichertes Zusammenleben von Menschen, innerhalb sozialer Gruppen und zwischen ihnen. Im Verhältnis zwischen großen Gruppen, Gesellschaften und Staaten ist Frieden das Gegenteil von Krieg.

„**Frieden** (älterer Nominativ: **Friede**) ist allgemein definiert als ein heilsamer Zustand der Stille oder Ruhe, als die Abwesenheit von Störung oder Beunruhigung und besonders von Krieg. Frieden ist das Ergebnis der Tugend der „Friedfertigkeit“ und damit verbundener Friedensbemühungen.

Frieden ist im heutigen Sprachgebrauch der allgemeine Zustand zwischen Menschen, sozialen Gruppen oder Staaten, in dem bestehende Konflikte in rechtlich festgelegten Normen ohne Gewalt ausgetragen werden. Der Begriff bezeichnet einen Zustand in der Beziehung zwischen Völkern und Staaten, der den Krieg zur Durchsetzung von Politik ausschließt.

In der Sprache deutschsprachiger Juristen ist von *Frieden* auch im Zusammenhang mit innenpolitischen Auseinandersetzungen... die Rede... In der Sprache der Psychologie und der Theologie gibt es den Begriff *Seelenfrieden*...“

(Wikipedia)

Dieser Text ist sicher präzisierungswürdig, wie manches bei Wikipedia, macht aber schlaglichtartig das erste Problem deutlich: Das Wort oder der Terminus Frieden kann in sehr unterschiedlichen Sinnzusammenhängen verwendet werden, je nachdem, ob es um Fragen der Tugend als Feld der Ethik, des Verhältnisses der Menschen zueinander im Rahmen der innerstaatlichen Rechtsordnung, um Fragen der Psychologie oder der Theologie oder eben der internationalen Beziehungen geht. In der Politikwissenschaft, speziell der Wissenschaft von

den internationalen Beziehungen, stellt Frieden eine zentrale Kategorie dar des Grundzustandes des internationalen Systems oder auch der Beschreibung der Beziehungen zwischen einzelnen Völkern und Staaten.

Kein Staat existiert für sich allein. Das Geflecht ihrer Interaktionen bildet das System der internationalen Beziehungen. Daraus folgt die historische Beschreibung der Staatenwelt als einer Welt der Anarchie. Die Antwort darauf war die Vorstellung eines „Primats der Außenpolitik“ – weil Fehler in der Innenpolitik in der Regel als reparabel angesehen wurden, Fehler in der Außenpolitik dagegen nicht. Die internationalen Beziehungen sind ein Produkt der Staatenbeziehungen, zugleich beeinflussen sie diese Beziehungen und die Staaten selbst. Auch unter der Perspektive der Politik einer Gesellschaftstransformation bilden Innenpolitik, Außenpolitik und das Gefüge der internationalen Beziehungen stets ein Ganzes, aus dem eine solche Politik nicht heraustreten kann. Frieden beschreibt einen Zustand im Zusammenleben der Völker und Staaten, in dem die gegenseitigen Beziehungen mit friedlichen, nichtkriegerischen Mitteln auf der Grundlage des Völkerrechts und seiner strikten Achtung gestaltet werden.

Seit es aufgeschriebene Geschichte gibt, erscheint sie als Geschichte von Kriegen – um Macht, Territorium, Ressourcen oder auch Glaubenssätze. Friedenszeiten schienen so eher Unterbrechungen zwischen den Kriegen zu sein. Frieden ist deshalb stets bewusst zu schaffen und ist mit einer Ordnung des Rechts verknüpft. Die Behauptung, es gäbe eine angeborene Disposition des Menschen zu Gewalt und Aggression, lässt sich nicht halten. Angeborene Verhaltensdispositionen sind Fürsorge, Empathie und Mitleid. Gruppen-aggressionen zur Destruktion des Gegners dagegen sind stets anerzogen, Feinde werden zu Nicht-Menschen erklärt, um die Selbstermächtigung zum Töten zu rationalisieren.

Das Römische Reich ging davon aus, dass seine Kriege „gerecht“ seien (*bella iusta*), weil die *Pax Romana*, der vom Reich der erreichbaren Welt oktroyierte Friede, die natürliche Ordnung sei. Deshalb war jeder Krieg gegen das Imperium aus dessen Sicht ein „ungerechter“ Krieg (*bella iniusta*), wodurch sich die Herren des Reichs auch zu den drastischsten Maßnahmen und Mordtaten ermächtigt sahen: am Ende wurde das einst reiche Karthago dem

Erdboden gleichgemacht. Durch das christliche Mittelalter geisterte die Idee des „gerechten Krieges“ dann als der Krieg, nicht für das Imperium, sondern im Dienste Gottes, und der Papst, der Kaiser oder der jeweilige König entschied, worin die gerechten Ziele bestanden. In diesem Sinne war das Recht der Herrscher, Kriege zu führen (*ius ad bellum*), an Kriterien gebunden, unter denen dem „gerechten Grund“ (*causa iusta*) zentrale Bedeutung zukam. (Im Leninismus wurde daraus der „gerechte“ Krieg im Dienste der sozialistischen Revolution, und der jeweilige Generalsekretär der Kommunistischen Partei entschied, was denn gerecht sei.) USA-Präsident Bush II (2001-2009) hat bei der offiziellen Begründung seiner Kriege „gegen den Terrorismus“, insbesondere gegen den Irak, diese Argumentationsfigur wieder aufgenommen: „Wir haben einen gerechten Grund (just cause), der uns leitet.“ (Bush, 31. März 2003) Oder wenige Wochen später: „Welche Anfechtungen auch immer kommen mögen (whatever challenge may come), wir können voller Zuversicht sein, unsere Nation ist stark, unsere Bestimmung fest und unsere Sache gerecht (our cause is just).“ (Bush, 24. April 2003)

Das Problem mit der „gerechten Sache“ ist nur, dass die Argumentationslinien sich gegenseitig ausschließen und sich gerade deshalb zugleich gegenseitig voraussetzen: der „gerechte Krieg“ der Katholiken gegen die Protestanten hatte im Dreißigjährigen Krieg (1618-1648) den „gerechten Krieg“ der Protestanten gegen die Katholiken bzw. der Schweden gegen „die Papisten“ (die Anhänger des Papstes) zur Voraussetzung und umgekehrt. Wie für die Religionskriege gilt dies auch für Nationalkriege: deutsche gegen französische Nation, Kroaten gegen Serben usw. Eben weil die Ermessensgründe zum Kriege sich jeweils gegenseitig ausschließen bzw. in die Willkür der Kriegsherren gegeben sind, schlug der Philosoph Immanuel Kant in seiner berühmten Schrift *Zum ewigen Frieden* vor, eine solche internationale Rechtsordnung zu schaffen, die den Frieden sichert. Die sollte an das Recht gebunden sein, nicht an politische oder weltanschauliche Wertinterpretationen der beteiligten Mächte. In dem Abschnitt „Von der Garantie des ewigen Friedens“ betonte er, eine solche Ordnung müsse auch „für ein Volk von Teufeln (wenn sie nur Verstand haben)“ gelten, und führte aus: „Eine Menge von vernünftigen Wesen, die insgesamt

allgemeine Gesetze für ihre Erhaltung verlangen, deren jedes aber insgeheim sich davon auszunehmen geneigt ist, so zu ordnen und ihre Verfassung einzurichten, dass, obgleich sie in ihren Privatgesinnungen einander entgegenstreben, diese einander doch so aufhalten, dass in ihrem öffentlichen Verhalten der Erfolg eben derselbe ist, als ob sie keine solche böse Gesinnungen hätten.“¹¹¹ Demzufolge lehnte er im 5. Präliminarartikel seines Entwurfs *Zum ewigen Frieden* die Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates unter Anwendung von Gewalt ausdrücklich ab: „Kein Staat soll sich in die Verfassung und Regierung eines andern Staates gewalttätig einmischen.“¹¹² Dieses Herangehen wurde dann – gleichsam als Schlussfolgerung aus den Lehren des zweiten Weltkrieges – Grundlage der *UNO-Charta*.

„Wir, die Völker der Vereinten Nationen, entschlossen, künftige Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat, und den Glauben an grundlegende Menschenrechte, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit, an die Gleichberechtigung von Männern und Frauen sowie von großen und kleinen Nationen erneut zu bekräftigen und Bedingungen zu schaffen, unter denen Gerechtigkeit und Achtung der Verpflichtungen, die auf Verträgen oder anderen Quellen des Völkerrechts beruhen, aufrechterhalten werden können, und sozialen Fortschritt und einen höheren Lebensstandard bei größerer Freiheit zu fördern, ... haben beschlossen, unsere Anstrengungen zur Verwirklichung dieser Ziele zu vereinen.“
(Charta der Vereinten Nationen, Präambel, 26. Juni 1945)

Dort heißt es dann in Artikel 1, dass es Ziel der Vereinten Nationen ist, „den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren“. Das Gewaltverbot, die Pflicht zur Wahrung des Friedens wurde zur entscheidenden Bestimmung des modernen Völkerrechts, das *ius ad bellum* durch ein *ius contra bellum* abgelöst.

¹¹¹ Immanuel Kant: *Zum ewigen Frieden*. Ein philosophischer Entwurf, in: Anita und Walter Dietze (Hrsg.): *Ewiger Friede? Dokumente einer deutschen Diskussion um 1800*, Leipzig und Weimar: Gustav Kiepenheuer Verlag 1989, S. 100f.

¹¹² Ebenda, S. 85.

Laut Artikel 2 der Charta der Vereinten Nationen gilt der „Grundsatz der souveränen Gleichheit aller ihrer Mitglieder“. Diese „enthalten sich in ihren internationalen Beziehungen der Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung, die gegen die territoriale Unverletzlichkeit oder politische Unabhängigkeit irgendeines Staates gerichtet... ist.“ Zugleich setzte sich durch, dass alle Menschenrechte, darunter politische, soziale und kulturelle eine Einheit bilden und von gleichem Rang sind.

Während des kalten Krieges konnte die Friedenssicherung durch die UNO nicht so funktionieren, wie es institutionell angelegt war, weil angesichts der Konfrontation zweier Blöcke – USA und NATO auf der einen, Sowjetunion und Warschauer Vertragsorganisation auf der anderen Seite – jede Seite einen Beschluss des UNO-Sicherheitsrates durch das sog. Veto blockieren konnte, wenn er ihren Interessen widersprochen hätte. Dennoch wurde das Prinzip der *friedlichen Koexistenz* realisiert, wonach das friedliche Nebeneinander von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung gegenseitig anerkannt wurde; das trug zur Verfriedlichung des Ost-West-Konflikts bei.

Frieden ist heute Ziel und Strategie zugleich. Es geht um die Aufrechterhaltung, Herstellung oder Wiederherstellung der Bürger- und Freiheitsrechte im Innern und um eine internationale Ordnung auf der Grundlage nicht eines „Rechts des Stärkeren“, sondern der Herrschaft des Rechts, wie sie in der UNO-Charta angelegt ist. Die Strategie zielt darauf, die internationale Politik (wieder) zu entmilitarisieren, friedliche Konfliktlösungen durchzusetzen und ausländische Besatzungstruppen, so aus Afghanistan oder Irak, abzuziehen. Mehr Mittel sind für die weltweite Bekämpfung von Armut, Hunger und vermeidbaren Krankheiten sowie zum Schutz der natürlichen Umwelt nötig, die nur durch Abrüstung freizusetzen sind. Friedenserziehung muss dazu beitragen, ein humanistisches Menschenbild zu befördern und die Schablonen der Entmenschlichung der „Feinde“ aufzulösen. Die äußere Friedensfähigkeit des Staates und der Gesellschaft hat ihre innere Friedensfähigkeit zur Voraussetzung.

Internationale Politik und Weltsystem

Die Untersuchung und Darstellung der internationalen Beziehungen ist nicht nur Analyse der Beziehungen von Staaten, sondern zugleich

eine Dimension des Weltsystems – im Sinne von Marx, Braudel und Wallerstein. Im Kommunistischen Manifest schreiben Marx und Engels: „Die Bourgeoisie reißt durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterten Kommunikationen alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation. Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der sie die chinesischen Mauern in den Grund schießt, mit der sie den hartnäckigsten Fremdenhass der Barbaren zur Kapitulation zwingt. Sie zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen; sie zwingt sie, die sogenannte Zivilisation bei sich selbst einzuführen, d.h. Bourgeois zu werden. Mit einem Wort, sie schafft sich eine Welt nach ihrem eigenen Bilde.“¹¹³

Für die Untersuchung der Welt von heute bedeuten die Vorstellungen von einem tatsächlichen Weltmarkt und von einem Weltsystem einen zentralen analytischen Zugang. Der Ausgangspunkt, wie er in der zitierten Passage des *Kommunistischen Manifests* formuliert ist, war von Marx und Engels bereits zuvor in der *Deutschen Ideologie* mit der Feststellung begründet worden: „je mehr die ursprüngliche Abgeschlossenheit der einzelnen Nationalitäten durch die ausgebildete Produktionsweise, Verkehr und dadurch naturwüchsig hervorgebrachte Teilung der Arbeit zwischen verschiedenen Nationen vernichtet wird, desto mehr wird die Geschichte zur Weltgeschichte“. Vor allem in der großen Industrie sahen sie die Kraft, die dies bewirkte. „Sie erzeugte insoweit erst die Weltgeschichte, als sie jede zivilisierte Nation und jedes Individuum darin in der Befriedigung seiner Bedürfnisse von der ganzen Welt abhängig machte und die bisherige naturwüchsige Ausschließlichkeit einzelner Nationen vernichtete.“¹¹⁴ Im dritten Band seiner Arbeit *Das Kapital* nannte Marx die „Herstellung des Weltmarktes“ eine der „Haupttatsachen der kapitalistischen Produktion“.¹¹⁵ Der „auswärtige Handel“ erlaubt es, „die Stufenleiter der Produktion zu erweitern“, und er „beschleunigt... die Akkumulation“.¹¹⁶ In diesem

Sinne haben wir es bei der heutigen „Globalisierung“ nicht mit einer neuen Erscheinung, sondern mit einer neuen ‚Stufenleiter‘ dieses Prozesses zu tun.

Dieses Konzept ist zu verbinden mit der von Marx betonten Auffassung einer Ganzheitlichkeit der modernen bürgerlichen Gesellschaft, die er „Totalität“ genannt hat. „Wenn im vollendeten bürgerlichen System jedes ökonomische Verhältnis das andre in der bürgerlich-ökonomischen Form voraussetzt und so jedes Gesetzte zugleich Voraussetzung ist, so ist das mit jedem organischen System der Fall. Dies organische System selbst als Totalität hat seine Voraussetzungen, und seine Entwicklung zur Totalität besteht eben darin, alle Elemente der Gesellschaft sich unterzuordnen, oder die ihm noch fehlenden Organe aus ihr heraus zu schaffen. Es wird so historisch zur Totalität. Das Werden zu dieser Totalität bildet ein Moment seines Prozesses, seiner Entwicklung“.¹¹⁷ Zu betonen ist hier, dass es nicht um ein abgeschlossenes, ein für allemal fertiges System geht, sondern um die Feststellung, dass die Teile des Ganzen sich gegenseitig bedingen und zur Voraussetzung haben. Die Vorstellung von einem Kapitalismus, der in die Breite und in die Tiefe wächst und eine systemische Ganzheit bildet, ist bei Marx begründet und angelegt. Nur so ist die globalisierte Welt von heute zu verstehen.

Dies ist nicht nur in den Richtungen fortgedacht worden, die traditionell zum „Marxismus“ gerechnet werden, sondern wurde auch fachwissenschaftlich für das geschichtliche Verständnis des Kapitalismus fruchtbar gemacht. Fernand Braudel – ein führender Vertreter der französischen Annales-Schule des 20. Jahrhunderts, die Geschichte stets als umfassende Sozialgeschichte untersucht hat – wies nach, dass dieser Prozess nicht zu einer allgemeinen Nivellierung der Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnisse führt. In seiner Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts hat er die „Regeln“ des Funktionierens von Weltwirtschaftssystemen beschrieben (wobei für ihn, nebenbei bemerkt, Weltwirtschaft nicht erst mit dem Kapitalismus entsteht; Weltwirtschaften sind stets Weltwirtschaftssysteme, die einen größeren Raum wirtschaftlicher Aktivitäten umfassen, aber nicht global sind, auf einer kulturellen Grundlage ruhen, nebeneinander

¹¹³ Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, in: Marx, Engels: Werke (MEW) Band 4, S. 466.

¹¹⁴ MEW 3, S. 45, 60.

¹¹⁵ MEW 25, S. 276f.

¹¹⁶ Ebenda, S. 247.

¹¹⁷ MEW 42, S. 189.

existieren, aber in Beziehungen zueinander stehen). Die erste Regel ist die Veränderung des Raumes. Das Weltwirtschaftssystem tendiert zur Ausdehnung. Die zweite Regel lautet: Im Mittelpunkt steht eine dominierende kapitalistische Stadt. „Eine Weltwirtschaft weist im Zentrum ihres Geschäfts- und Versorgungsnetzes stets einen städtischen Pol auf, eine Stadt, in der Informationen, Waren, Kapitalien, Kredite, Menschen, Aufträge und Geschäftsbriefe zusammenströmen und von der sie wieder ausgehen...“¹¹⁸ Dabei lösen sich die Städte in dieser Rolle untereinander ab. Nehmen wir das von Europa aus mit dem Beginn der Neuzeit sich über die Welt ausbreitende kapitalistische Weltsystem, so war das zunächst Venedig, dann – nach Zwischenstufen – Amsterdam, schließlich London und jetzt ist es New York. Mit der Verlagerung des erst industriellen, dann finanziellen Zentrums der Weltwirtschaft nach Asien, vor allem nach China wird dies in den nächsten Jahrzehnten wohl durch Shanghai abgelöst werden.

Die dritte Regel nach Braudel ist die hierarchische Staffelung des Systems in verschiedene Zonen. Hier bezieht er sich auf die „Thünen-schen Kreise“. Johann Heinrich von Thünen, nach Braudel „der größte deutsche Volkswirtschaftler des 19. Jahrhunderts neben Marx“, hatte 1826 das Schema einer einzelnen Stadt in einer Ebene entwickelt und abstrakt von Dörfern und Unfruchtbarkeiten sowie Industrie abgesehen, wobei die Stadt das Umland dominiert und in ein Austauschverhältnis mit diesem tritt. Danach würden sich um die Stadt konzentrische Kreise bilden: im ersten würden Gärten, Gemüseanbau und Milchwirtschaft bestimmend sein, im zweiten Getreideanbau und im dritten Viehzucht. Während Thünen jedoch die Ungleichheit des Verhältnisses zwischen der Stadt und dem Umland stillschweigend unterstellt, betont Braudel, dass es gerade die Ungleichheit des Austausches ist, die den Wirtschaftskreislauf in Gang hält. Dieses Modell ist seiner Meinung nach auf viele tatsächliche historische Wirtschaftsgefüge anwendbar.¹¹⁹

So vermerkt er, dass im 18. Jahrhundert im Weltwirtschaftszentrum England die Lohnarbeit in Stadt und Land vorherrscht, auf dem

westeuropäischen Festland neben der Lohnarbeit aber noch vielerlei Formen vormoderner Handwerksarbeit und ländlicher Hörigkeit anzutreffen sind, in Osteuropa und dem türkischen Balkan die Leibeigenschaft dominiert und in der Neuen Welt seit dem 16. Jahrhundert die Sklaverei „ein sensationelles Comeback gefeiert (hat), als sollte dort noch einmal alles beim Nullpunkt beginnen“. Braudel betont: „In all diesen Fällen trägt die Gesellschaft einer jeweils wieder anders gearteten wirtschaftlichen Notwendigkeit Rechnung und bindet sich mit ihrer Anpassung selbst die Hände, unfähig, die einmal gewählten Lösungen rasch wieder aufzugeben.“ Die Folgerung ist: „Sklaverei, Hörigkeit, Lohnarbeit stellen historisch und sozial unterschiedliche Lösungen eines im wesentlichen gleichbleibenden allgemeinen Problems dar.“ Und weiter: „Die Methoden der Ausbeutung lösen einander ab, ergänzen sich letztlich gegenseitig. Was im Herzen der Weltwirtschaft mit der Überzahl an Menschen, dem regen Geschäftsverkehr und der Bargeldschwemme möglich ist, ist es in den verschiedenen Randgebieten nicht mehr im selben Maß. Insgesamt lässt sich, vom Zentrum des ‚Wirtschaftsterritoriums‘ ausgehend, ein historischer Rückschritt von einem Punkt zum anderen beobachten.“¹²⁰ Das Welt-system weist nicht nur ein machtpolitisches, sondern auch ein Entwicklungsgefälle auf. Das Fortbestehen dieses Gefälles in der Gegenwart ist demzufolge die natürliche Daseinsweise des kapitalistischen Weltsystems.

Die Erörterung der Friedensfrage im Ergebnis der Untersuchung der internationalen Beziehungen ist demzufolge nur unter der Voraussetzung der Analyse des Weltsystems, seiner Eigenheiten und Entwicklungen sinnvoll möglich. Mit anderen Worten: Es geht um die Herausarbeitung struktureller Merkmale „in den Dimensionen des Weltkontextes“. Und hier ist, wie Immanuel Wallerstein im Anschluss an Braudel betont, das „Weltsystem“ das „einzige soziale System“, in dem sozialer und somit politischer Wandel in größeren historischen Zeiträumen identifizierbar ist.¹²¹

„Entscheidend ist, dass die ein System definierenden ‚Produktionsverhältnisse‘ die ‚Produktion-

¹¹⁸ Fernand Braudel: Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts. Bd. 3: Aufbruch zur Weltwirtschaft, München: Kindler Verlag 1990, S. 24.

¹¹⁹ Ebenda, S. 35f.

¹²⁰ Ebenda, S. 63-66.

¹²¹ Immanuel Wallerstein: Das moderne Weltsystem: Kapitalistische Landwirtschaft und die Entstehung der europäischen Weltwirtschaft im 16. Jahrhundert, Frankfurt am Main: Syndikat Verlag 1986. S. 18.

tionsverhältnisse‘ des gesamten Systems sind; und das System zu jenem Zeitpunkt“ (Wallerstein bezieht sich hier auf Debatten über den Platz Hispano-Amerikas in der europäischen Weltwirtschaft des 16. Jahrhunderts. – E.C.) „ist die europäische Weltwirtschaft. Freie Arbeit ist in der Tat ein entscheidendes Merkmal des Kapitalismus, aber nicht freie Arbeit durchgängig und überall im produktiven Bereich. Freie Arbeit ist die Form der Arbeitsorganisation, die bei anspruchsvolleren Arbeiten in den Zentralländern angewandt wird, während erzwungene Arbeit für weniger anspruchsvolle Tätigkeiten in peripheren Gebieten verwendet wird. Die Kombination daraus ist das Wesen des Kapitalismus. Wenn die Arbeit überall frei ist, haben wir den Sozialismus erreicht.“ Daraus folgt, dass „das Geheimnis des Kapitalismus in der Durchsetzung einer Arbeitsteilung im Rahmen einer Weltwirtschaft (liegt), die nicht ein Imperium war, und nicht innerhalb eines einzigen Nationalstaates“. ¹²² Die Ansätze von Marx bis Braudel, die Immanuel Wallerstein zu einer Theorie des Weltsystems zusammengefasst hat, weisen darauf hin, dass das System Expansions- und Kontraktionsphasen hat. Es breitet sich über den Erdball aus, verwandelt alle Gesellschaften der Welt in seine Peripherien. Der Kapitalfluss, der vom Zentrum in die Peripherie geht, dient nur dazu, den Kapitalfluss von der Peripherie ins Zentrum zu organisieren und zu verstetigen. Insofern widersprechen alle Verheißungen des Neoliberalismus, er und die durch ihn bewirkte „Öffnung der Märkte“ würden weltweiten Wohlstand bewirken, allen historischen Erfahrungen und der Logik des Kapitalismus. Der ungleiche Tausch liegt im Wesen des Weltsystems.

In diesem Sinne ist „Unterentwicklung“ Produkt der Entwicklung des Kapitals und der Kapitalakkumulation. Zentrum, Semiperipherie und Peripherie sind notwendige Bestandteile des Weltsystems und bedingen sich gegenseitig, ganz im Sinne der Marxschen Vorstellung von der Totalität. Zugleich ist das Weltsystem nicht nur ökonomisch zu denken. „Ein Weltsystem ist ein soziales System, das Grenzen, Strukturen, Mitgliedsgruppen, Legitimationsgesetze und Kohärenz hat. Es besteht aus widerstreitenden Kräften, die es durch Spannung zusammenhalten und auseinanderzerren, da

jede Gruppe fortwährend danach strebt, es zu ihrem Vorteil umzugestalten.“ Es hat „Merkmale eines Organismus“, und das Leben darin, „die dynamischen Kräfte seiner Entwicklung“ kommen aus seinem Innern. ¹²³

Daraus ergeben sich mehrere **Schlussfolgerungen**:

- Dieses kapitalistische Weltsystem ist mit Gewalt geschaffen worden in der Zeit der europäischen Eroberung der meisten Länder Lateinamerikas, Afrikas und Asiens vom 16. bis ins 20. Jahrhundert hinein und wurde bis zuletzt auch mit Gewalt aufrecht zu erhalten und zu sichern versucht.
- Die Kriege zwischen den europäischen Staaten waren wesentlich Kriege um die Aufteilung der europäisch beherrschten Welt zwischen den Staaten des Zentrums, um die Dominanz innerhalb des Zentrums, bis hin zu den beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts.
- Auch der Kampf der kolonial unterdrückten Völker um ihre nationale Unabhängigkeit im 19. und 20. Jahrhundert, der schließlich in die Entkolonialisierung des 20. Jahrhunderts mündete, wurde vor allem mit Gewalt, mit militärischen Mitteln ausgetragen.
- Die vielen Kriege in und zwischen Ländern der drei Kontinente seit Mitte des 20. Jahrhunderts sind vielfach eine Fortsetzung jener Kriege der Unterdrückung und der Entkolonialisierung unter der Voraussetzung (1) fortgesetzter Einmischung der Zentren des Weltsystems (USA, Westeuropa), (2) der Blockkonfrontation zwischen Ost und West im kalten Krieg und (3) ungefestigter bzw. zerfallender Staatlichkeit in den neuen, entkolonialisierten Ländern, in denen Machtgruppen, Familien, Clans und z.T. Stämme gegeneinander um die Vorherrschaft kämpfen.
- Die realsozialistischen Länder in Osteuropa und Asien, die nach der russischen Oktoberrevolution bzw. nach dem zweiten Weltkrieg entstanden, haben sich machtpolitisch den Zentren

¹²² Ebenda, S. 151.

¹²³ Ebenda, S. 517.

des kapitalistischen Weltsystems gegenübergestellt, den nationalen Befreiungskampf der früheren Kolonien unterstützt und sich als gesellschaftspolitische Alternative zum Kapitalismus verstanden. Dennoch gilt: „Wie immer man die Begrenzungen der so genannten sozialistischen Staaten erklären mag, man sollte stets in Rechnung stellen, dass sie niemals autonome Einheiten waren und stets innerhalb des Rahmens der kapitalistischen Weltwirtschaft operierten, gebunden an die Verfahrensweisen des interstaatlichen Systems, und dass sie nicht die Funktionsweise eines alternativen historischen Systems darstellten“.¹²⁴

- Die gegenwärtige Welt ist durch ein Zentrum geprägt, das die Peripherien wieder in deutlich sichtbare Abhängigkeiten gebracht hat. Hier gibt es in Gestalt der USA eine dominierende militaristische Macht, die jedoch wirtschaftlich mit den anderen Mächten, vor allem der Europäischen Union, eng verflochten ist. Es herrscht ein Spannungsverhältnis von Kooperation und Konkurrenz, das jedoch nicht nur eines unterschiedlicher Interessen, sondern auch eines um die Mittel und Wege der Durchsetzung dieser Interessen ist.
- Das moderne kapitalistische Weltsystem ist seit dem 16. Jahrhundert schrittweise entstanden. Es wurde in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts geographisch wahrhaft global und erfasst seit dem Ende des 20. Jahrhunderts auch die entlegeneren Winkel der Welt zunehmend effektiv und umfassend. Der Zusammenbruch des europäischen Staatssozialismus hatte zur Folge, dass auch die ehemals realsozialistischen Länder dem Zugriff des westlichen Kapitals mehr oder weniger offen stehen.
- Betrachten wir die Welt von heute, so ist mit Andre Gunder Frank festzustellen, dass das weltweite Gravitationszentrum einmal um die Welt gewandert ist: von Ostasien/ China nach

Westeuropa, von dort über den Atlantik ist die USA und nun über den Pazifik zurück nach Ostasien. Die USA sind heute der „Konsument der letzten Instanz“, während China wieder zum „Kreditgeber letzter Instanz“ wurde, was es vor seiner Einfügung in das von Europa dominierte kapitalistische Weltsystem jahrhundertlang war. Die Situation der USA in der Weltwirtschaft am Beginn des 21. Jahrhunderts – also schon vor der Finanzkrise ab 2008 – nannte Frank „das größte Pyramidenspiel der Weltgeschichte“. Von den Anfang des Jahrhunderts jährlich etwa 500 Milliarden US-Dollar Handelsbilanzdefizit der USA deckten China und Japan jährlich etwa 100 Milliarden US-Dollar, indem sie ihren Handelsbilanzüberschuss in US-amerikanische Finanzanleihen steckten, damit die USA weiter ihre Waren kaufen. Das aber kann nicht auf Dauer funktionieren.¹²⁵

Weltsystem und Friedensfrage

Nach der Finanzkrise ist offenbar festzustellen, dass das System nicht zusammengerutscht ist, aber eine stetige, andauernde und nachhaltige Umschichtung der chinesischen bzw. asiatischen Guthaben erfolgt. Zudem gilt: Was immer die USA und die EU an Marktöffnungen im Namen des „freien Welthandels“ durchsetzen, Nutznießer sind immer (auch) China, Indien und andere asiatische Staaten, die den „Workshop of the World“ des 21. Jahrhunderts bilden. Damit ergeben sich zunächst vier Folgerungen:

Erstens ist dieses kapitalistische Weltsystem dem Wesen nach bisher dominiert durch das nordatlantische Staaten- und Firmengefüge, die „Welt des weißen Mannes“. Sie wurde seit dem Beginn der Moderne schrittweise geschaffen. Daran hat auch das internationale Wirtschaftsgefüge des Realsozialismus nichts ändern können. Die Firmen der sozialistischen Länder haben am Ende nicht die Kraft gehabt, als ernsthafte Konkurrenten zu denen des Westens zu agieren. Betrachtet man das Nord-Süd-Verhältnis, so blieben die RGW-Länder Teil

¹²⁴ Immanuel Wallerstein: Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts, Wien: Promedia Verlag 2002, S. 80.

¹²⁵ Andre Gunder Frank: Von der Neuen Welt zum Reich der Mitte. Orientierung im Weltsystem, Wien: Promedia Verlag 2005.

des „Nordens“, auch wenn im einzelnen vielfach solidarische Leistungen erbracht wurden, und handelten interessengeleitet. Nach dem Ende des Staatssozialismus hat das Expansionsstreben des nordatlantischen Zentrums einen Sprung gemacht: Nicht nur die ehemals kommunistischen Staaten stehen ihm offen, Osteuropa wurde wieder die Peripherie des Westens, ja mehr noch, alle Regionen der Welt und auch die inneren Winkel der Gesellschaften sehen sich im Zeichen der Marktfreiheit seinem Druck gegenüber.

Zweitens ist Gewalt auch heute ein Charakteristikum des Weltsystems. Der Irakkrieg zeigt, schrieb der chilenische Soziologe Moulian, „dass die von der Globalisierung geschaffene Illusion mit ihrer Symbolik von der Gleichheit der Kapitale auf den Finanzmärkten und der Waren in ihrem virtuellen Fluss zutiefst falsch ist. Ständig wird uns bei den Verhandlungen über die ‚freie Wirtschaft‘ die Macht der Reichen über die Mittleren und über die Armen vor Augen geführt. Und wenn der ‚Dialog‘ unmöglich wird, also wenn ein Widerstandsnest auftaucht, dann ertönt Kriegsgeschrei. Was der Markt nicht kann, das machen die Waffen, die sich mit den Farben des Guten tarnen.“¹²⁶ Vor dem Irakkrieg wurde dies bereits mit dem Krieg der NATO gegen Jugoslawien 1999 praktiziert; auch der Libyen-Krieg des Westens ordnet sich hier ein.

Drittens: Was passiert in dieser Welt, wenn immer größere Anteile der Produktion in der Weltwirtschaft aus China, Indien und anderen asiatischen Ländern kommen? Die „Welt des weißen Mannes“ könnte damit leben, wenn über die Mechanismen der gegenwärtigen Welt-Finanzordnung dieser „Workshop of the World“ von ihr kontrolliert werden könnte, sie der neo-koloniale Eigentümer dieser Produktionskapazitäten sein könnte. Solange und sofern das nicht der Fall ist, nehmen die Spannungen tendenziell zu.

So folgt *viertens* die Frage: Wird sich dieses System verändern, wenn China ein immer größeres Gewicht in der Weltwirtschaft einnimmt? Oder ändert sich China im Sinne der kapitalistischen Logik des Westens? Ein weltkapitalistisches System mit dominierenden

USA und New York als Zentrum ist geopolitisch und geowirtschaftlich etwas anderes, als ein System mit einem prägenden China und Shanghai als Zentrum. Es ist typologisch aber immer noch ein kapitalistisches Weltsystem, nur eben ein anderes. Das ist allerdings die Systemfrage, die für linke Gesellschaftsanalyse und -politik wichtig ist. Unter friedenspolitischer Perspektive lautet die Frage, ob aus dieser tektonischen Verschiebung eine neue Kriegsgefahr resultiert, und was sie für die Weltentwicklung bedeuten könnte.

Mit anderen Worten: Werden die USA auf diese Veränderungen mit Druck und Erpressungsversuchen antworten? Werden sie versuchen, ihre schwächer werdende weltwirtschaftliche Position gegenüber China durch militärischen Druck auszugleichen? Die chinesische Führung hat deutlich gemacht, dass sie den Fehler der Sowjetunion, sich in ein ruinöses Wettrüsten manipulieren zu lassen, nicht wiederholen will. Zugleich verfügt auch China neben Russland über eigenständige nuklearstrategische Waffensysteme; hier sind auch die inzwischen vorhandenen eigenen Kapazitäten der Raumfahrttechnik zu berücksichtigen, die eine unmittelbare militärische Erpressbarkeit seitens der USA ausschließen. Die jüngsten militärtechnischen Entwicklungen in China, Tarnkappenbomber zu bauen und eine Raketenwaffe zu entwickeln, die die riesigen US-amerikanischen Flugzeugträger zerstören können, gehen in diese Richtung. Es ist die aus dem kalten Krieg bekannte Logik des „atomaren Patts“. Insofern fällt das Militärische als „Ausgleich“ der wirtschaftlichen Schwäche der USA aus.

Gleichwohl entstehen in Ostasien neue Spannungsherde. Während des Besuches von US-Präsident Bush II in Indien im März 2006 wurde ein Nuklearabkommen zwischen den USA und Indien geschlossen, obwohl (oder weil) dies dem Atomteststoppabkommen entgegensteht. Beide Seiten unterstrichen ihre „strategische Partnerschaft“. Für viele Beobachter kam dies überraschend, hatte doch Indien stets seine eigene außenpolitische Position gegenüber den USA betont und unterhielt in der Zeit des Kalten Krieges enge Beziehungen zur Sowjetunion. Die Entscheidungsträger in Indien haben heute jedoch offenbar eine Perzeption, die ihr Verhältnis zu China mindestens ambivalent erscheinen lässt. Auf der einen Seite unterhalten sie mit China eine wissenschaftlich-

¹²⁶ Tomás Moulian (2003): Ein Sozialismus für das 21. Jahrhundert. Der fünfte Weg, Zürich: Rotpunktverlag 2003, S. 13.

technische Zusammenarbeit und agieren in den Auseinandersetzungen um Roh- und Brennstoffe, etwa in Afrika, zum Teil gemeinsam. Auf der anderen Seite haben sie nicht vergessen, dass der einzige Krieg seit der Unabhängigkeit, den Indien nicht gewonnen hat, der war, als China 1962 auf Befehl Mao Zedongs Gebiete besetzt hatte, die seit der Unabhängigkeit zu Indien gehört hatten. Insofern sucht Indien durch die Gestaltung der Beziehungen zu den USA jetzt augenscheinlich eine strategische Unterlegenheit gegenüber China, die auch durch dessen bisher raschere wirtschaftliche Entwicklung untersetzt wird, auszugleichen. Gleichzeitig setzen sich die Spannungsmomente im Umfeld der Taiwan-Frage fort. Auch die japanische Aufrüstungspolitik erfährt in diesem chinesischen Kontext, eine eigene neu-alte militärische Rolle Japans in der Region zu erhaschen, diesmal als Förderat der USA, ihre eigenständige Bedeutung.

Es sind also auch „neue“ Kriege des 21. Jahrhunderts analytisch in den Blick zu nehmen, und es ist nicht nur über die „kleinen“ Kriege des Imperiums an der Peripherie – wie der Irak-Krieg der USA und ihrer Verbündeten, der mit einem Fiasko endete, wie der in Afghanistan – zu reden, sondern auch über die Gefahr eines „großen“ Krieges, der sich möglicherweise in Ostasien zusammenbraut. Es ist also durchaus nicht ausgeschlossen, dass der Zusammenbruch der derzeitigen nordatlantisch dominierten Weltordnung „des weißen Mannes“ nicht in einem allmählichen Versiegen seiner militärischen und wirtschaftlichen Kräfte, sondern mit einem großen Krieg erfolgt, der die ganze Welt in einen Strudel der Vernichtung reißt. Die gegenwärtige Politik der Obama-Regierung weist jedoch darauf hin, dass sie eher darauf aus ist, den machtpolitischen Abstieg der USA zu moderieren als in den Beziehungen zu China absichtlich neue Spannungsherde zu schaffen.

Die Frage nach den Perspektiven des kapitalistischen Weltsystems ist damit jedoch nicht erledigt. Es stellt sich die Friedensfrage im 21. Jahrhundert auf ganz neue Weise. In seiner kleinen Schrift, die er *Utopistik* nannte, hat Wallerstein bereits vor etlichen Jahren auf die Endlichkeit der Perspektiven des Kapitalismus verwiesen. Seine These lautet: dieses System kann nicht von Dauer sein. Die Welt befindet sich in einem Zeitalter des Übergangs. Es ist nicht nur eine Krise der imperialen Politik und

der neoliberalen Aneignungsstrategien. Eine strukturelle Krise hat die Zentren der Weltwirtschaft erfaßt. Die von der Militärmacht USA und den Profiteuren der Weltwirtschaft dominierten Beziehungen zwischen Nord und Süd geraten aus dem Gleichgewicht und drohen ins Chaos zu stürzen. Die liberalistische Ideologie und die Wohlfahrtsprojekte in den Zentren verlieren ihre Glaubwürdigkeit. Radikalismen und Fundamentalismen rücken im Norden wie im Süden, in den Zentren wie an der Peripherie in den Vordergrund. Es wird eine neue Ordnung der Welt und der Weltwirtschaft geben müssen.

In den Kämpfen der nächsten 25 bis 50 Jahre wird es darum gehen, „zu einem historischen Gesellschaftssystem zu kommen, das eine höhere ‚materielle Rationalität‘ aufweist.“ In dieser Zeit der Auseinandersetzungen aber werden wir „keine einfache, entspannte politische Debatte erleben, keine freundliche Diskussion unter Chorknaben. Es wird einen Kampf auf Leben und Tod geben. Denn es geht darum, die Grundlagen für das historische System der nächsten 500 Jahre zu legen.“¹²⁷

Die Staaten als Akteure

Gemeinhin wird in der Politikwissenschaft diskutiert, dass mit der Tendenz zur Globalisierung, wie sie sich nach 1990 verstärkt hat, die Rolle der Staaten in den internationalen Beziehungen abgenommen habe. Die internationalen Entwicklungen der vergangenen zwanzig Jahre bestätigen, dass die Wirtschaftswelt und die Gesellschaftswelt als Ebenen der internationalen Beziehungen an Bedeutung zugenommen haben. Große internationale oder transnationale Banken oder Industrieunternehmen haben Umsätze, die die Höhe der Staatshaushalte vieler Länder der Welt – und nicht nur armer Länder im Süden – deutlich übersteigen. Sie agieren vielfach weltweit und wollen sich dabei von einzelstaatlichen Restriktionen in Gestalt von Steuern und Abgaben, Zöllen oder Umweltschutzvorschriften nicht einengen lassen. Auch international organisierte Nichtregierungsorganisationen, wie Greenpeace oder Oxfam, agieren inzwischen eigenständig in der internationalen Sphäre. Die Organisationen der Walschützer aus den USA,

¹²⁷ Immanuel Wallerstein: *Utopistik*, S. 95.

Australien und Neuseeland haben die japanischen Walfangflotten, die sich bisher mit Unterstützung der japanischen Regierung unverschämter und frech über internationales Recht hinwegsetzen, 2011 zum Beidrehen und Abzug gezwungen.

Insofern stellt sich die Frage, ob eine Analyse der internationalen Beziehungen, die vor allem auf die Staatenbeziehungen und die staatliche Außenpolitik fokussiert ist, die heutigen Problemlagen ausreichend erfasst. Seit geraumer Zeit wird methodisch zwischen einer *Staatenwelt*, einer *Wirtschaftswelt* und einer *Gesellschaftswelt* unterschieden. Sie haben ihre je eigene innere Logik, berühren sich zwar, aber befinden sich nicht in einem Verhältnis der Über- bzw. Unterordnung. So die verbreitete Annahme, mit der Folgerung, die Rolle des Staates und damit das Gewicht der Staatenwelt als Dimension des Internationalen würden abnehmen.

Nun haben bereits die geschnürten „Krisenpakete“ der Regierungen der USA, der EU-Staaten, aber auch Chinas, Indiens usw. – der G20-Staaten – im Angesicht der Finanzkrise ab 2008 bzw. beim Aufspannen von „Rettungsschirmen“ innerhalb der EU zur Rettung einzelner EU-Länder vor dem Staatsbankrott und zur Rettung des Euro vor den Übergriffen der internationalen Finanzspekulanten gezeigt: dem Staat kommt eine ganz zentrale Rolle zu, in den einzelnen Ländern, für deren Volkswirtschaften und international.

In der internationalen Politik bleibt die Staatenwelt bestimmend. Das Hauptaugenmerk der Betrachtung von Problemen der Friedens- und Sicherheitspolitik liegt auf der internationalen Welt von Staaten. Wirtschafts- und Gesellschaftswelt sind analytische Gesichtspunkte insofern, als sie die Staatenwelt beeinflussen. Besondere Aufmerksamkeit verdient daher, wie Wirtschaftsakteure sowie gesellschaftliche Kräfte und soziale Bewegungen in der Staatenwelt bzw. in Bezug auf sie als Faktor auftreten. Sie substituieren aber nicht das Wirken der Staaten. Diese haben ihrerseits Interessen, deren Bestimmung und Artikulation jedoch vom politischen Kräfteverhältnis in der jeweiligen Gesellschaft abhängt. Insofern kann eine linke Sicht nicht darin bestehen, die Interessen von Staaten zu leugnen, sondern sie – gestützt auf ein entsprechendes politisches Gewicht – von links (mit) zu definieren und zu bestimmen.

Diese inhaltliche und methodische Herangehensweise wird durch einen weitreichenden Befund Wallersteins gestützt. Es gibt weltweit (1) einen langfristigen Trend zur Erhöhung der Lohnkosten für die Produzenten, weil die agrarische Subsistenz-wirtschaft weltweit abnimmt und die Verhandlungsmacht der Arbeiter zunimmt, (2) einen weltweiten Trend zur Erhöhung der staatlichen Ausgaben für soziale Zwecke, aber auch zur Subventionierung der kapitalistischen Produktion und (3) „einen weltweiten Trend zur verstärkten Forderung, die Kosten für die Reparatur der globalen Ökologie und adäquate Maßnahmen für die Zukunft zu tragen“. Das neoliberale Programm war nun, die Verhandlungsposition der Arbeiter zu schwächen und dafür nicht nur die „Globalisierung“, sondern vor allem auch die staatlichen Möglichkeiten zu nutzen. (In Deutschland war das Hartz IV – „Armut per Gesetz“, um den Druck auf die Arbeitenden zu erhöhen.) Außerdem die Steuerquote der Reichen zu vermindern, ohne die staatlichen Dienstleistungen für die kapitalistischen Produzenten zu reduzieren, und „strikte Begrenzungen für die Internalisierung der Kosten“ zu erreichen. Das bedeutet, dass „die kapitalistischen Produzenten die Staaten weit mehr (brauchen), als es die Arbeiter tun“. Und weiter: „Ohne starke Staaten kann es keine durch den Staat vermittelten finanziellen Transaktionen an die Hersteller und keine durch den Staat sanktionierte Externalisierung der Kosten geben.“ Gegenüber dem neoliberalen Argument von der tendenziell abnehmenden Bedeutung des Staates und seiner angeblich schwindenden Rolle ist hier die Folgerung in Bezug auf die Interessen der transnationalen Unternehmen zentral: „Ohne starke staatliche Strukturen, vor allem in den Zonen des Zentrums, können sie nicht überleben“.¹²⁸

Vor diesem Hintergrund werden dann außenpolitische Handlungsweisen und Konstellationen durchschaubar. Die Interessen der großen Firmen und Banken aus den USA und Westeuropa bedürfen der Unterstützung des Staates, der US-Regierung und der Regierungen der EU-Staaten bzw. der EU-Kommission. Hier ist der Staat „stark“: ganz unmittelbar durch die militärische Macht der USA und der NATO; durch die Anmaßung der USA, zum Beispiel allerlei Wirtschaftsrechts-, Patent- und Haf-

¹²⁸ Immanuel Wallerstein: Utopistik, S. 55f.

tungsstreitigkeiten, auch wenn sie Firmen aus anderen Ländern betreffen, vor US-Gerichten und nicht vor internationalen Schiedsgremien zu verhandeln; durch das Agieren in der WTO und in anderen internationalen Gremien; durch den Schutz der Börsen in den USA und in der EU durch nationale Gesetze.

Der starke Staat im Zentrum ist ebenso Voraussetzung der Wahrnehmung der überkommenen Zentrumsinteressen, wie der schwache Staat in der Peripherie. Kaum hatten die Revolutionen in Tunesien und Ägypten gesiegt, schon stellten die EU und die westlichen Regierungen Bedingungen in Bezug auf das weitere Handeln der neuen politischen Akteure in den Ländern. Die Absicht der Regierungen der national befreiten Länder, durch staatlichen Schutz eine nachholende Industrialisierung zu erreichen, wurde durch die westlichen Regierungen und Firmen immer bekämpft; der „freie Marktzugang“ meint immer den für die westlichen Firmen zu den Märkten der Peripherie, nicht umgekehrt.

Im Verhältnis zu China und Indien hat sich das in den vergangenen Jahren verändert. Hier gilt die Aussage aus dem Kommunistischen Manifest jetzt umgekehrt: „Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der sie“ – die chinesische und indische Bourgeoisie – nun nicht mehr die „chinesischen“, wohl aber die europäischen und US-amerikanischen „Mauern in den Grund schießt, mit der sie den hartnäckigsten Fremdenhaß der Barbaren“ – das sind jetzt die Fremdenfeinde in Europa und den USA, die weißen Verlierer der Globalisierung und ihre politischen Vorbeter – „zur Kapitulation zwingt.“

Für die wellenartig wiederkehrenden Kampagnen der westlichen Regierungen, Firmen und ihrer bezahlten NGO-Szene gegen den chinesischen Staat – unter welchem aktuellen Vorwand auch immer – gilt dies aber nicht unmittelbar. Das ist jedoch nur eine andere Form des Kampfes um die Vorherrschaft im Weltsystem. Im Kern geht es gegen den „starken Staat“ dort, unter Nutzung des „starken Staates“ hier. Aber immer geht es um den Staat.

Systeme Internationaler Beziehungen

In den internationalen Beziehungen – im Grunde seit es aufgeschriebene Geschichte gibt – lassen sich vier Grundfiguren von Staatenbeziehungen ausmachen, die jeweils eigene

Konstellationen der Friedenssicherung bzw. der Kriegsführung zur Folge haben:

1. Eine historisch neue Möglichkeit wurde in der Nachkriegsordnung 1945 umrissen: eine *demokratische Struktur*, in der alle Staaten unabhängig von ihrer Größe, militärischen Potenz und wirtschaftlichen Macht unter der Herrschaft des Rechts gleichberechtigt und tendenziell gleichgewichtig sind. Eine solche Lage hat realiter noch nie wirklich bestanden, ist idealiter allerdings in der UNO-Charta angelegt. Hier gibt es Militäreinsätze nur zur Abwehr von Aggressoren und zum Schutze des Friedens und unter der Voraussetzung des internationalen Rechts.
2. Einen zweiten Typus stellt die *bipolare Struktur* dar. Sie ist von zwei annähernd gleich starken Mächten bestimmt, die in Konkurrenz zueinander stehen. In der Regel läuft dies auf einen Kampf bis zum Untergang einer der beiden Seiten hinaus: so war es im Verhältnis von Rom und dem Parther-Reich sowie zwischen dem Byzantinischen Reich und dem Perser-Reich und, wie man heute weiß, auch in der Welt der Maya. Der Ausgang des Kalten Krieges im 20. Jahrhundert mit dem Endergebnis des Zerfalls der Sowjetunion und der strategischen Schwächung Russlands entsprach genau dieser Logik.
3. Das „*Konzert der Mächte*“ bildet einen dritten Typus. Ein derartiges Staatengefüge bestand in Europa seit dem Beginn der Neuzeit. Es wurde erstmals fixiert im Westfälischen Frieden 1648, dann explizit vom Wiener Kongreß 1815 zur Grundlage der europäischen Staatenordnung gemacht und existierte im Grunde bis zum ersten Weltkrieg. Hier sind die jeweils anderen Mächte zusammen stets stärker als die mächtigste unter ihnen. (Darauf bezog sich Kissinger – s.o.)
4. Eine *imperiale Struktur* ist die nun genauer zu betrachtende. Hier ist eine Macht stärker als alle anderen zusammen und kann so die Bedingungen des Staatengefüges bestimmen. Es ist dies eine Lage, in der sich jahrhundertlang Rom im Mittelmeerraum befand und China in seinem Umfeld. Die von Seiten des Imperiums geführten Kriege sind in aller Regel Kriege an der Peripherie zur Durchsetzung imperialer Interessen. Sie werden gegen deutlich schwächere Gegner geführt. Es sind – ebenfalls in der Regel – nicht „totale Kriege“, die des Einsatzes aller Kräfte und Mittel bedürfen, son-

dern solche, die einem klaren Kosten-Nutzen-Kalkül folgen.

Es existiert ein unausweichlicher Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und militärischer Stärke eines Staates. Wirtschaftlicher Abstieg und wachsende militärische Macht sind auf Dauer nicht zu vereinbaren, es entsteht das Problem „imperialer Überdehnung“: „Die Geschichte des Aufstiegs und späteren Falls der führenden großen Mächte seit dem Aufstieg Westeuropas im 16. Jahrhundert... zeigt eine auf lange Frist sehr signifikante Korrelation von Produktionskapazität und Staatseinnahmen auf der einen Seite und militärischer Stärke auf der anderen... Wohlstand ist in der Regel notwendig, um militärische Macht abzustützen, und militärische Macht ist in der Regel notwendig, um Wohlstand zu erwerben und zu schützen. Wenn aber ein zu großer Teil der Ressourcen des Staates von der Schaffung des Wohlstands abgelenkt wird und stattdessen militärischen Zwecken zufließt, führt dies wahrscheinlich langfristig zu einer Schwächung der nationalen Macht. Ähnliches gilt, wenn ein Staat sich strategisch überdehnt – zum Beispiel dadurch, dass er ausgedehnte Territorien erobert oder kostspielige Kriege führt. Er läuft dann Gefahr, dass die potentiellen Vorteile dieser äußeren Expansion von den großen Kosten der gesamten Unternehmung überschattet werden – ein Dilemma, das akut wird, wenn die betroffene Nation in eine Phase relativen wirtschaftlichen Abstiegs eintritt.“¹²⁹

In den Debatten um die internationalen Beziehungen nach dem kalten Krieg tauchte vielfach der Terminus von den USA als der „einzig verbliebenen Weltmacht“ auf. Diese Position ist nach den verlorenen Kriegen in Irak und Afghanistan verblichen, auch wenn die USA nach wie vor die militärisch stärkste Macht der Gegenwart sind.

Wir haben es im ersten Viertel des 21. Jahrhunderts mit einer Struktur der internationalen Beziehungen zu tun, die keine imperiale Struktur ist, sondern Züge eines Konzerts der Mächte hat, unter der Voraussetzung der überwältigenden Existenz des idealen Systems einer

¹²⁹ Paul Kennedy: Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000, Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag 1989, S. 12f.

demokratischen Ordnung des Völkerrechts. Die in der Politikwissenschaft oft gestellte Frage, welche andere Macht denn „ordnungspolitisch“ an die Stelle der USA treten sollte, geht am Kern der Sache vorbei. Es tritt keine andere einzelne Macht an diese Stelle, sondern das bipolare System des kalten Krieges wird nach einem kurzen Zwischenspiel scheinbarer US-amerikanischer „Unipolarität“ durch jene andere systemische Konfiguration ersetzt. Die Ersetzung der „G 8“ im Gefolge der Weltfinanzkrise 2008 durch die „G 20“ ist logische und sichtbare Konsequenz dessen.

Imperialismustheorien und die USA

Zunächst sind die imperialismustheoretischen Debatten vom Beginn des 20. Jahrhunderts noch einmal zu rekapitulieren. Während des ersten Weltkrieges hatte Lenin ein baldiges Ende des Kapitalismus diagnostiziert, das er mit dem „Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ kommen sah.¹³⁰ Mittlerweile ist die maßgeblich durch ihn initiierte Alternative dahingeschieden und der Kapitalismus scheint stärker und erfolgreicher denn je. Die Diagnose vom Beginn des 20. Jahrhunderts, es sei ein „sterbender Kapitalismus“ zu konstatieren, hat sich als falsch erwiesen. Zugleich hatte Lenin fünf Merkmale des „Imperialismus“ als Machtgefüge ausgemacht, die neu zu debattieren wären:

1. *Konzentration der Produktion und des Kapitals*, Bildung von Monopolen. Tatsächliche Monopole sind heute eher nicht anzutreffen, Oligopole jedoch allemals, und der Konzentrationsprozess setzt sich national und transnational bzw. auf globalisierter Ebene weiter fort: Vodafone und Mannesmann, Commerzbank und Dresdner Bank, Hochtief soll die feindliche Übernahme durch das spanische Bauunternehmen ACS erleiden. Firmenfusionen gehen in mindestens fünfzig Prozent der Fälle schief (Daimler und Chrysler; BMW und Rover; Nestle und Pepsi), doch der Trend geht zu immer größeren Firmen.

2. *Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital* zum Finanzkapital. Seit etwa zwanzig Jahren hat sich eine weitgehende Verselbständigung der Finanzsphäre vollzogen;

¹³⁰ W. I. Lenin (1971): Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Ders.: Werke, Bd. 22, Berlin: Dietz Verlag 1971, S. 189ff.

die frühere Unterstützungsrolle des Finanzkapitals für die Industrie besteht immer weniger. Es ist eine virtuelle Ökonomie entstanden, die sich nationaler staatlicher Kontrolle entzogen hat und vorhandene Ressourcen bedenkenlos abräumt, wenn dies Profit verspricht. Dadurch werden Problem-lagen in Gesellschaften der „Peripherie“ und in den Unterschichten der Gesellschaften der „Zentren“ bedenkenlos verstärkt.

3. *Kapitalexport* gewinnt gegenüber dem Warenexport vorrangige Bedeutung. Charakteristisch für die Gegenwart wurde Kapitalimport der USA. Das US-Außenhandelsdefizit ist seit Jahren auf Größenordnungen von über 300 Mrd. US-Dollar jährlich angewachsen. Der größte Teil des ausländischen Kapitals fließt jedoch in die Finanzierung dieser Importe, in die Rüstung und in den privaten Konsum in den USA. Insofern haben diese Geldströme, die im Grunde vielen Ländern der Welt Kapital für produktive Zwecke entziehen, eher den Charakter eines imperialen Tributs: die Armut in den Ländern des Südens und die Arbeitslosigkeit in Westeuropa waren bis zur Finanzkrise die Kehrseite der wundersamen Profitvermehrung in den Finanzsphären der USA.

4. *Herausbildung internationaler Monopolistenverbände*, die Einflussphären und Märkte in der Welt unter sich aufteilen. Mit Weltbank, Internationalem Währungsfonds (IWF) und Welthandelsorganisation (WTO) sind internationale, weltweite Organisationen entstanden, die die „Spielregeln“ der kapitalistischen Bewegung global festlegen und kontrollieren.

5. Die *territoriale Aufteilung der Welt* unter die imperialistischen Großmächte ist abgeschlossen; der Kampf um die Neuaufteilung führt zu imperialistischen Kriegen. Das war gestern. Das kapitalistische Weltsystem hat die Entkolonialisierung überstanden, und mit neuerlichen Kriegen zwischen den Zentren des internationalen Kapitalismus ist weder aus militärischen noch aus Profitgründen zu rechnen. Hinter der „Globalisierung“ verbirgt sich Streben nach erneuter Re-Kolonialisierung der Welt außerhalb der kapitalistischen Zentren.

Vor diesem Hintergrund ist die Idee von Karl Kautsky, ebenfalls während des ersten Weltkrieges formuliert, neu zu bedenken, der Kapitalismus werde zu einem „Ultraim-

perialismus“ führen, so „dass die jetzige imperialistische Politik durch eine neue, ultraimperialistische verdrängt werde, die an Stelle des Kampfes der nationalen Finanzkapitale untereinander die gemeinsame Ausbeutung der Welt durch das international verbündete Finanzkapital setze.“¹³¹ Und das ist es ja wohl, womit es die Völker der Welt seit 1945 zu tun haben, nach dem Ende des Staatssozialismus nun tatsächlich in globalem Maßstab. Die USA und EU-Europa sind die Hauptkomponenten dieses „Ultraimperialismus“, und ihr Verhältnis ist eines von Übereinstimmung der Interessen und Konkurrenz innerhalb des Gefüges. Die Asienkrise Ende der 1990er Jahre, als etliche der zuvor als „erfolgreich“ eingestuften asiatischen Schwellenländer in kurzer Zeit einen beträchtlichen Teil ihres zuvor erarbeiteten Wohlstands verloren, hat gezeigt, dass die Hauptprofiteure dieses Vorganges eben im nordatlantischen Raum, in der „Welt des weißen Mannes“ beheimatet waren.

Rosa Luxemburg beschäftigte sich ebenfalls mit dem Auftauchen des Imperialismus und verband dies mit dem Problem der Kapitalakkumulation. „Die Kapitalakkumulation schreitet fort und dehnt sich aus auf Kosten der nichtkapitalistischen Schichten und Länder, zernagt und verdrängt sie in immer beschleunigterem Tempo. Allgemeine Tendenz und Endresultat des Prozesses ist ausschließliche Weltherrschaft der kapitalistischen Produktion. Ist diese erst einmal erreicht, dann tritt das Marxsche Schema in Kraft: Die Akkumulation, d. h. weitere Expansion des Kapitals, wird unmöglich, der Kapitalismus gerät in eine Sackgasse, er kann nicht mehr als das historische Vehikel der Entfaltung der Produktivkräfte fungieren, er erreicht seine objektive ökonomische Schranke.“ In diesem Sinne ist dann aus Luxemburgs Sicht Imperialismus „der letzte Abschnitt“ des geschichtlichen Expansionsprozesses des Kapitalismus.¹³²

Befindet sich Luxemburg mit ihrem Rigorismus, wie der Kapitalismus zu einem raschen Ende kommen werde, durchaus in der Nähe zu Lenin, so enthält ihr Ansatz doch zugleich den zentralen Hinweis auf den Kapitalismus „in der

¹³¹ Karl Kautsky: Zwei Schriften zum Umlernen, in: Die Neue Zeit, 2. Bd., 1915, S. 144.

¹³² Rosa Luxemburg (1975): Die Akkumulation des Kapitals oder Was die Epigonen aus der Marxschen Theorie gemacht haben, in: Dies.: Gesammelte Werke, Bd. 5, Berlin: Dietz Verlag 1975, S. 519f.

Welt“. Er verbraucht stets Voraussetzungen und Bedingungen, um seine Akkumulation fortzusetzen. Angesichts der anhaltenden weltweiten Stagnation des produzierenden Gewerbes einerseits und der verselbständigten Finanzsphäre andererseits rücken jetzt die Aneignung der Güter des täglichen Lebens, der Bildung, der Kultur, der Biodiversität in den Vordergrund. Zugleich jedoch vereinheitlicht er nicht die Produktionsverhältnisse, wie Rosa Luxemburg mit Blick auf das Erschöpfen des Akkumulationsprozesses erwartete, sondern reproduziert diese in einer hierarchischen Abstufung, wie sie Braudel beschrieben hat. Die Sklaverei, die wir heute noch in Indien und mitunter der brasilianischen Provinz antreffen, die „modernen“ Formen der Hörigkeit, wie wir sie in Maquiladora-Kontrakten in Mexiko oder bei den prekär Beschäftigten in verschiedenen Weltteilen antreffen, und die tarifliche Lohnarbeit in den Großbetrieben der Zentren stellen auch heute historisch und sozial unterschiedliche Lösungen eines im wesentlichen gleichbleibenden allgemeinen Problems dar: der weltweiten kapitalistischen Reproduktion und Akkumulation.

Für Cecil Rhodes, einen der Architekten und zugleich Ideologen des Britischen Empire in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, war der Terminus „Imperialismus“ eindeutig positiv besetzt – die pejorative Verwendung war ein Resultat der Gesellschaftskritik in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, insbesondere der Interpretation der Ursachen und des Charakters des ersten Weltkrieges, der positiven Interpretation des antikolonialen Befreiungskampfes in der europäischen und internationalen Linken sowie der Kapitalismusanalyse. Rhodes verband damit eine klare soziale und politische Funktion: „Meine große Idee ist die Lösung des sozialen Problems, d. h., um die vierzig Millionen Einwohner des Vereinigten Königreichs vor einem mörderischen Bürgerkrieg zu schützen, müssen wir Kolonialpolitiker neue Länder erschließen... Das Empire, das habe ich immer gesagt, ist eine Magenfrage. Wenn Sie den Bürgerkrieg nicht wollen, müssen Sie Imperialisten werden.“¹³³ Zugleich hat er dieses Verständnis friedens- bzw. ordnungspolitisch aufgeladen: „Ich behaupte, dass wir die erste Rasse in der Welt sind und dass es um so besser für die menschliche Rasse ist, je

mehr von der Welt wir bewohnen... Darüber hinaus bedeutet es einfach das Ende aller Kriege, wenn der größere Teil der Welt in unserer Herrschaft aufgeht... Da (Gott) offenkundig die englisch sprechende Rasse zu seinem auserwählten Werkzeug formt, durch welches er einen Zustand der Gesellschaft hervorbringen will, der auf Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden gegründet ist, muss er offensichtlich wünschen, dass ich tue, was ich kann, um jener Rasse so viel Spielraum und Macht wie möglich zu geben.“¹³⁴

Anfang des 21. Jahrhunderts wurde „Imperialismus“ wieder in die Reihe der positiven Termini eingereiht, nach dem Ende des kommunistischen Staaten- und Gesellschaftssystems auch nicht mehr als Moment der Kapitalismusanalyse, sondern als „ordnungspolitische“ Kategorie. In Deutschland hat das zunächst der Politikwissenschaftler Herfried Münkler entwickelt. Den Ausgangspunkt bildet die Vorstellung, Imperien würden Ordnung verkörpern gegen Unordnung und Chaos; sie sicherten nach innen und außen den Frieden. Dabei müssten die überkommenen anti-imperialistischen Vorstellungen überwunden werden. Imperiales Agieren sollte nicht von vornherein „als schlecht und verwerflich wahrgenommen“ und das Imperium „als eine Form von Problembearbeitung neben der des Staates und anderer Organisationsformen des Politischen angesehen“ werden.¹³⁵

Als die USA nach dem Ende des Kalten Krieges ihre „unipolare“ Rolle interpretierten, war nicht mehr von „Rasse“ die Rede, sondern von einer Überlegenheit von Gesellschaft, Demokratie, Technik, Militär und Kultur der USA gegenüber der gesamten übrigen Welt. Doch die Grundüberlegung blieb gleich: die Errichtung einer *Pax Romana* als *Pax Americana* (statt *Pax Britannica*) wird nicht als etwas Fremdes, der Welt Aufzunötigendes angesehen, sondern als notwendige Konsequenz der Geschichte („Ende der Geschichte“ – Fukuya-

¹³³ Zitiert bei Lenin, a.a.O., S 261.

¹³⁴ Cecil Rhodes (1980): Draft of Ideas; zitiert nach: Herbert Krieger (Hrsg.): Handbuch des Geschichtsunterrichts, Bd. V, Die neueste Zeit 1850-1945, Frankfurt/Berlin/ München 1980, S. 95.

¹³⁵ Herfried Münkler: Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten, Berlin: Rowohlt Verlag 2005, S. 10.

ma), die Frieden und eine gerechte Weltordnung mit sich bringe, als Auftrag, der von der Gott höchstselbst oder der Geschichte erteilt sei. Die Debatten in den USA und über sie seit dem 11. September 2001 spiegelten in vielem eine solche Sichtweise wider.

Scheinbar wertfrei wird der These vom Ende des imperialen Zeitalters widersprochen und innerhalb der langen Liste des Vergleichs von Imperien – die vom alten Athen und dem Römischen Reich über das spanische, französische und britische Kolonialreich, das Osmanische Reich, das Russische Reich und die Sowjetunion bis zu den USA reicht – das nachkoloniale Weltgefüge zugunsten des Westens relativiert: „Nachdem es im Lauf des 20. Jahrhunderts zu einem erheblichen Machtzuwachs der Peripherie gekommen war, weil Imperien nicht mehr mit ‚voller Härte‘ gegen Insurrektionen vorgehen konnten, schien die These vom Ende des imperialen Zeitalters plausibel. Aber sie erwies sich sehr schnell als voreilig. Statt zu einem definitiven Ende aller Imperien kam es zu einem neuerlichen Formwandel imperialer Ordnung. Dabei hat die imperiale Ordnung zunächst die bodengestützte Kontrolle der Territorien, die sie angreifbar und verletzbar machte, aufgegeben und sich auf die Kontrolle aus der Luft beziehungsweise dem Weltraum verlegt. So kann sie partiell und selektiv eingreifen. Was dem Imperium an politischen Möglichkeiten verloren ging, hat es durch technologische Entwicklungen kompensieren können.“¹³⁶ Wer vor dreißig Jahren von Neokolonialismus redete, wurde der antiwestlichen Propaganda geziehen. Bei Leuten wie Münkler gilt das jetzt als Errungenschaft von Weltordnung.

Die USA haben, so Münkler, nach dem kalten Krieg und dem Golfkrieg von 1990 weiter am Ausbau ihres militärischen Potentials gearbeitet und auf imperiale Politik gesetzt. So war durch die Entwicklung und Politik der USA „das Imperium als politisch-ökonomisches Ordnungsmodell wieder in der Diskussion“.¹³⁷ Der Meinung von Dan Diner, das US-Empire sei nichts anderes als die machtpolitische Absicherung des globalisierten Weltmarktes, widerspricht Münkler jedoch und betont den – aus seiner Sicht wesentlichen – Unterschied zwischen „imperial“ und „imperialistischer“ Politik. Imperiale Politik stelle die Interessen

¹³⁶ Ebenda, S. 211f.

¹³⁷ Ebenda, S. 226.

des Zentrums in den Mittelpunkt und interessiere sich für die Peripherie nur insoweit, wie sie für das Zentrum von Vorteil ist; imperialistische Politik dagegen sehe die größten Herausforderungen an den Rändern und nicht im Zentrum selbst. In diesem Sinne wäre Bill Clinton (US-Präsident 1993-2001) ein klügerer Imperiumspolitiker gewesen als Bush II. Und was Militärinterventionen anbetrifft: Zur Sicherung der Erdölversorgung seien sie „rational, aber solche zur Beendigung von Bürgerkriegen außerhalb des imperialen Zentralbereichs mit anschließendem *nation-building* irrational“.¹³⁸

Anders, als es der Titel des Buches verspricht, zielen die Erörterungen Münklers zum Thema Imperien aber nicht auf die USA, sondern auf die Europäische Union. Sie müsse sich zu den „übermächtigen USA“ ins Verhältnis setzen und zugleich den Herausforderungen ihrer Umgebung begegnen. Es gelte, „die europäischen Außengrenzen stabil und elastisch zu machen. Das schließt Einflussnahmen auf die Peripherie ein, die eher imperialen als zwischenstaatlichen Vorgaben ähneln. Europas Zukunft wird darum ohne Anleihen beim Ordnungsmodell der Imperien nicht auskommen.“¹³⁹ Damit hätte sich dann auch die EU von den Prinzipien der souveränen Gleichheit der Staaten und der Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten im Sinne der UNO-Charta verabschiedet. Der Libyen-Krieg erscheint als ein Beispiel solchen Agierens.

Das Imperien-Buch von Münkler und die anschließend darum gerankten Diskurse haben die Tür zur Debatte um imperiale Politik Europas auch in Deutschland geöffnet. Durch diese Tür traten dann weitere Beiträger. Gabor Steingart, damals *Spiegel*-Redakteur, veröffentlichte 2006 ein Buch über den kommenden „Weltkrieg um Wohlstand“, in dem sich „Europa“ vor allem gegenüber China und Indien entsprechend positionieren müsse. Alan Posen, Kommentarchef der *Welt am Sonntag*, publizierte 2007 ein Werk zu dem Thema, dass Europa Weltmacht werden müsse und das Imperium der Zukunft sei. Dieses Buch übernimmt in mancherlei Hinsicht die Münkler'schen Perspektiven, insbesondere die positive Besetzung des Imperiums-Begriffs als Ordnungsmacht des 21. Jahrhunderts und die Vorstellung von konzentrischen Kreisen, die

¹³⁸ Ebenda, S. 234.

¹³⁹ Ebenda, S. 254.

eine differenzierte Herrschaftsausübung vom Zentrum zur Peripherie hin ermöglichen würden. Zugleich sieht er in der imperialen Struktur stärker eine Form der Überwindung des Nationalstaates, als es Münkler tut.

Dieses Werk ist in dreierlei Hinsicht bemerkenswert: *Erstens* wird sehr offen dargestellt, dass der gesamte Prozess der Osterweiterung der EU bereits ein imperialistischer Vorgang war. *Zweitens* wird die „Europäische Nachbarschaftspolitik“ als Fortsetzung dieser imperialen Politik in dem nächsten konzentrischen Kreis der abgestuften Herrschaft vom Zentrum zur Peripherie, dem „größeren Europa“ angesehen. Aufgezählt werden Algerien, Armenien, Aserbaidschan, Weißrussland, Ägypten, Georgien, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Moldawien, Marokko, die Palästinensische Autonomiebehörde, Syrien, Tunesien und die Ukraine. „Damit sind die denkbaren Mitglieder des Imperiums genannt, die äußersten Grenzen Europas im 21. Jahrhundert wohl abgesteckt.“ *Drittens* sei Europa ein Imperium, die USA aber nicht: Imperium heißt langfristige und nachhaltige Durchdringung. „Während die USA den Irakern einen Crash-Kurs in Sachen Demokratie zumuten und fieberhaft nach einer ‚Exit-Strategie‘ für ihre Truppen suchen, sind die Europäer nach über einem Jahrzehnt und der Ausgabe von zig Milliarden Euro in Bosnien noch nicht von der ‚Reife‘ des Volkes überzeugt. Amerikas Haltung ist die einer demokratischen Supermacht, die imperiale Verantwortung scheut. Die Haltung Europas ist die eines klassischen Imperiums.“¹⁴⁰

Der in den USA arbeitende Historiker Parag Khanna kommt in seiner Analyse zur Rolle der Imperien und ihres Einflusses in der Welt von heute zu der Folgerung, dass es in der Gegenwart drei Imperien gäbe: die USA, die EU und China. Zwischen diesen findet ein beständiger, mal offener, mal verdeckter Kampf statt, der vor allem in der „zweiten Welt“ ausgetragen wird. Dazu zählt er die Mehrheit der Länder in Osteuropa, Zentralasien, Lateinamerika, im Nahen Osten und in Ostasien, die das Entwicklungsniveau, die militärische Macht und die Größe der drei Imperien nicht teilen, aber auch nicht die Armut der „Dritten Welt“. Der Kampf um die Zukunft wird zwischen den drei

Imperien entschieden. „Globalisierung... allein wird die geopolitischen Zyklen von Weltkriegen nicht durchbrechen, denn diese höchste Aufgabe der Geschichte erfordert mehr als einen blinden Glauben an Rationalität. Tatsächlich beweist die Geschichte, dass die Menschheit oftmals alles andere als vernunftgeleitet ist, und dies häufig gerade dann, wenn sie am dringendsten auf die Vernunft angewiesen wäre“.¹⁴¹ Mit anderen Worten: Die wichtigste Voraussetzung Immanuel Kants für seinen Entwurf Zum ewigen Frieden lässt Khanna nicht gelten: das vernünftige Handeln, selbst in einer Welt von Teufeln. Und er schließt letztendlich auch den großen Krieg der Imperien nicht aus, selbst nicht unter der Voraussetzung sich fortsetzender Globalisierung und damit verbunden wachsender gegenseitiger Abhängigkeiten.

Die historische Verantwortung

Am Beginn des 21. Jahrhunderts ist es eine von unterschiedlichen politischen und sozialen Kräften mitgetragene Lageeinschätzung, ja fast schon ein Gemeinplatz, dass die Menschheit in eine neue, entscheidende Phase ihrer Entwicklung eingetreten ist. Die Einschätzung Wallersteins, dass das seit 500 Jahren ausgebildete Weltsystem sich seinen historischen Grenzen nähert und durch ein anderes abgelöst werden muss, ist nur ein Teil dieser Wertung. Das Verständnis der offensichtlichen tödlichen Gefahr eines nuklearen Infernos schien mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes verschwunden, die Gefahr gebannt. Sie besteht aber weiter, wie die schwierigen Verhandlungen zwischen den USA und Russland um den neuen Vertrag über die Begrenzung der nuklear-strategischen Waffensysteme gezeigt haben. Trotz gegenteiliger Grundsatzbekundung des USA-Präsidenten Obama in Prag 2009, dass die atomwaffenfreie Welt ein außenpolitisches Ziel der USA sei, geht die Militärstrategie der USA und der NATO für einen längeren historischen Zeitraum von der Verfügung über Atomwaffen aus, die technisch noch weiter modernisiert werden.

Das nukleare Wettrüsten geht stillschweigend weiter. Alles das, was wir über das „atomare Patt“ bzw. das „Gleichgewicht des Schreckens“ in der Zeit des kalten Krieges wissen,

¹⁴⁰ Alan Posener (2007): Imperium der Zukunft. Warum Europa Weltmacht werden muss, München: Pantheon Verlag; hier: Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2007, S. 97, 100.

¹⁴¹ Parag Khanna (2008): Der Kampf um die Zweite Welt. Imperien und Einfluss in der neuen Weltordnung, Berlin Verlag 2008, S. 502.

gilt fort, und es gilt nicht nur für die USA und Russland, sondern auch für China. Das heißt, alle fünf Ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates verfügen über ein – jeweils unterschiedlich großes – Potential an strategischen Atomwaffen. Dabei sollten auch die U-Boot-basierten Waffensysteme Frankreichs und Großbritanniens nicht unterschätzt werden. Als der damalige französische Präsident Chirac erklärte, Frankreich könne auch allein einen Einsatz von Atomwaffen gegen einen nach solchen Waffen strebenden Staat – gemeint war der Iran – umsetzen, stapelte er nicht hoch, sondern sprach nur aus, was ist, nur vielen nicht bewusst ist. Sind die atomaren Ambitionen Großbritanniens und Frankreichs jedoch mit den USA und in der NATO verabredet, so besteht zwischen den drei anderen – USA, Russland und China – das fort, was wir aus der Zeit des kalten Krieges kannten: die faktische gegenseitige Bedrohung mit der Zweitschlagskapazität, nun im Dreiecksverhältnis. Als Zweitschlagskapazität wird die Fähigkeit zur Antwort auf einen nuklearen Erstschlag bezeichnet. Dieser Begriff steht seit dem kalten Krieg in der Nuklearstrategie für den als unmittelbare militärische Reaktion auf einen Angriff mit Kernwaffen geführten „Vergeltungsschlag“, der seinerseits mit Kernwaffen ausgeführt wird. Das Wissen, trotz der Führung eines atomaren Erstschlags durch den nuklearen Gegenschlag des Gegners enorme Verluste zu erleiden, wurde zu einem wichtigen Faktor, letztlich nicht auf einen nuklearen Angriff als strategische Option zu setzen. Es war Kern des Konzepts, Frieden durch Abschreckung zu sichern, führte zum Prinzip des Verzichts auf den Ersteinsatz von Atomwaffen, erhielt jedoch die Drohung mit dem Atomkrieg aufrecht.

Hinzu kommen weitere nuklearstrategische Aufrüstungsprozesse. Indien hat – mit Blick auf China wie auf Pakistan – eigene Atomwaffen entwickelt; als Antwort darauf auch Pakistan. Beide verfügen über Trägerraketen, die das gesamte Territorium des Gegners erreichen können. Die indischen Raketen reichen inzwischen auch bis Peking und erlangen damit im indisch-chinesischen Verhältnis eine strategische Dimension. Damit existiert auf dem indischen Subkontinent bzw. in Süd- und Ostasien eine gegenseitige Bedrohung mit nuklearen Waffensystemen, die eine Vorwarnzeit von drei bis fünf Minuten hat und damit im Ge-

fährdungspotential, auch bei einem technischen Fehler, der einen Waffeneinsatz verursachen könnte, etwa dem in Mitteleuropa Mitte der 1980er Jahre entspricht. Israel hat unter Verweis auf die Gefahren, die seiner Einschätzung nach von den arabischen bzw. islamischen Nachbarn ausgehen können, eigene Atomwaffen entwickelt, auf die wiederum Ägypten und der Iran verweisen, wenn es um die Bewertung von Gefahren im nah- und mittelöstlichen Raum geht. Nordkorea hat offenbar eigene Atomwaffen gebaut, weil es sich von Südkorea und den USA-Truppen in der Region bedroht sieht, während Südkorea und Japan unter Verweis auf die nordkoreanischen Waffen eine entsprechende Antwort fordern. Das könnte, wenn die japanische Regierung andere Entscheidungen trifft, auch die Entwicklung japanischer Atomwaffen sein. Südafrika hatte in der Zeit der Apartheid-Herrschaft ebenfalls an Atomwaffen gebaut, die nach Aussage der südafrikanischen Militärs vor der Übergabe der politischen Macht an die afrikanische Bevölkerungsmehrheit aber wieder abgerüstet worden seien. Brasilien verfügt ebenfalls über die wissenschaftlich-technischen und wirtschaftlichen Kapazitäten zum Bau solcher Waffen.

Bereits diese kurze Aufzählung macht deutlich, dass die Atomkriegs-Gefahr im 21. Jahrhundert keineswegs gebannt ist. Wenn es nicht gelingt, die Durchsetzung des Regimes der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen effektiv zu verstärken, es auf alle Atommächte zu erstrecken und auch die „offiziellen“ Atommächte USA, Russland, China, Großbritannien und Frankreich in einen Prozess einzu beziehen, der eine tatsächliche Abschaffung aller Atomwaffen in der Welt zum Ziel hat, wird sich die Zahl der Mächte in der Welt, die über Atomwaffen verfügen, weiter vergrößern. Und damit auch die Gefahr eines Atomkrieges. Hinter der Gefahr eines Atomkrieges lauert eine andere, lautlosere, aber nicht minder große Bedrohung, die einer Vernichtung der ökologischen Grundlagen der menschlichen Zivilisation. Zu gleicher Zeit treten jene Gefährdungen immer klarer hervor, die mit der Unterentwicklung und dem Elend eines erheblichen Teils der Menschheit, mit Armut, Krankheiten, fehlender Nahrung und fehlendem sauberen Wasser zusammenhängen – alles Probleme, zu deren Lösung die Menschheit technisch und wirtschaftlich fähig wäre, wenn die Macht-

und Eigentumsverhältnisse dies zuließen. Und hinter all dem steht das Erfordernis, solche moralischen und ethischen Werte in aktives Handeln umzusetzen, die der planetarischen Verantwortung des 21. Jahrhunderts entsprechen.

Je mehr sich die Antworten auf die damit verbundenen Fragen aus den Gefilden theoretischer Abstraktion in das Reich konkreter Untersuchungen sozialer Ursachen und politischer Schlussfolgerungen begeben, desto stärker treten die Unterschiede in den Auffassungen hervor, je nach sozialem, politischem, weltanschaulichem und ideologischem Standort. Bei aller Vielgestaltigkeit und Widersprüchlichkeit der internationalen Entwicklung laufen jedoch letztlich alle Probleme darauf zu, den Kampf für den Frieden im Sinne der Fortexistenz der Menschheit zu entscheiden.

Die Menschheit hat, wie bereits am Ende des kalten Krieges deutlich wurde, ihre Unsterblichkeit verloren. Jeder neue Schritt ins Weltall, in die Tiefen des Meeres, in die Geheimnisse der genetischen Grundlagen des Lebens, in die Unendlichkeit des Mikrokosmos lässt stärker die Möglichkeiten erahnen, die sich menschlicher Schöpferkraft eröffnen. Zu keiner früheren Zeit boten sich dem Aufstieg durch die stürmische Entwicklung der Produktivkräfte so gewaltige Möglichkeiten. Aber niemals zuvor wurden Waffen von solcher Zerstörungskraft hervorgebracht und angehäuft wie heute. Mit ihnen könnte die gesamte Zivilisation ausgelöscht werden, wenn eine wahnwitzige Kriegs- und Erpressungspolitik oder ein Computerfehler das Inferno auslösen sollte. Auf den Schultern der heute lebenden Generationen ruht die Verantwortung einer einzigartigen historischen Entscheidungssituation: die Völker, Staaten, sozialen Gruppen, kulturellen und religiösen Gemeinschaften, politischen Parteien und ihre Akteure bestimmen in ihrem Handeln über die Fortexistenz der Menschheit. Ihre Entscheidungen münden in Politik. Es geht um ein Primat der Politik, das in einer globalen Dimension durchzusetzen ist, eine Politik globaler Verantwortung.

Liberaler Imperialismus?

Nach dem Ende des Kalten Krieges, dem Zusammenbruch des kommunistischen Gesellschafts- und Staatensystems im Osten Europas und dem Zerfall der Sowjetunion hätte spätestens mit dem Ende des Warschauer Vertrages

auch die Auflösung der NATO historisch auf der Tagesordnung gestanden. Die USA jedoch bestanden auf deren Fortexistenz, ist doch die NATO die einzige, vertraglich fest gefügte Verankerung, die die NATO-Staaten, historisch zunächst Westeuropa, an die USA bindet und umgekehrt diesen die Möglichkeit gibt, direkt, unmittelbar und vertraglich sanktioniert in europäische Angelegenheiten einzugreifen. So war die Mitgliedschaft des vereinigten Deutschlands in der NATO nicht nur die wichtigste Bedingung der USA, der deutschen Vereinigung zuzustimmen, sondern das eigentliche Ziel der US-amerikanischen Europapolitik 1989/90, wofür auch die Zustimmung der Sowjetunion erlangt werden sollte und erlangt wurde. Alle damaligen Äußerungen der US-Administration zur „Viermächte-Verantwortung“ für Deutschland, zur Rolle der KSZE usw. erscheinen aus heutiger Sicht eher als „taktisch-diplomatische Kunstgriffe zum Erreichen dieses Ziels“.¹⁴² Die Erhaltung, Aufrechterhaltung und Ausweitung der NATO und ihre Suche nach neuen Aufgaben ist also nicht einfach ein organisationssoziologisches Phänomen – dass Organisationen, einmal in die Welt gesetzt, den Drang haben, sich fortzuzueugen und ggf. neue Aufgaben zu suchen, und die sie tragenden Bürokratien gern ihre angestammten Rollen weiterspielen wollen, wie etliche Beobachter unterstellt haben –, sondern entspringt dem Kern der Deutschland- und Europapolitik der maßgebenden Kräfte der USA und deren Vorstellung von der Rolle Europas bei der Umsetzung imperialer Politik und der Behinderung der imperialen Formierung der EU.

Das ist auch heute eine Konstante. Daniel Hamilton, Direktor des *Center for Transatlantic Relations*, Washington D.C., betonte auf einer Konferenz in Berlin zur Perspektive der NATO drei Punkte. Erstens: „Die Verpflichtung der NATO zu einer gemeinsamen Verteidigung ist das Herz der Allianz. Eine NATO, die sich ständig vergrößert, ohne in der Lage zu sein, das erweiterte Gebiet des Paktes zu verteidigen, läuft Gefahr, ein inhaltsleeres Bündnis zu werden.“ Das stellt eine Abkehr von der unter Bush II praktizierten Verfahrensweise dar, „Koalitionen der Willigen“ an die Stelle der NATO-Institutionen zu setzen. Zweitens wer-

¹⁴² Alexander von Plato (2002): Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel, Berlin: Ch. Links Verlag 2002, S. 212.

den die NATO und die damit verbundene Einbindung der USA in die europäischen Angelegenheiten auch weiterhin als Bedingung für Frieden und Stabilität unterstellt. „Ein Mangel an Vertrauen in die grundlegende Verteidigungsbereitschaft der NATO könnte zudem ein zentrales Element des Bündniszwecks untergraben: nämlich die Rückkehr zu jener Nationalisierung der europäischen Verteidigung und der Sicherheitsgarantien zu verhindern, die Europa in die Katastrophen des 20. Jahrhunderts geführt hat.“ Damit ist gesagt: Ohne die NATO und die Anwesenheit der USA in Europa wären die Europäer – EU hin, OSZE her – nicht in der Lage, untereinander Frieden zu halten. Drittens hob er hervor: „Die NATO muss eine unterstützende Funktion im Rahmen einer sehr viel breiter angelegten Strategie transatlantischer Widerstandsfähigkeit haben, die über die Sicherheit des eigenen Territoriums hinausgeht.“ Daraus wurde dann der Anspruch abgeleitet, auch weit über das eigene Territorium hinaus militärische Einsätze in der Welt durchführen zu können, die dann allerdings mit zivil-militärischen Aktivitäten verbunden sein sollen. „Die Bedrohungen der Bündnissicherheit haben ihren Ursprung nicht unbedingt auf dem Territorium, das durch den Nordatlantikpakt abgedeckt ist. Viele sind nichtmilitärischer und asymmetrischer Natur. Dennoch können sie eine direkte Gefahr für unsere Bürgerinnen und Bürger und unsere Gesellschaften darstellen. Diese Bedrohungslage bedeutet, dass die NATO drei Hauptaufgaben in der Welt hat: Krisenprävention und Krisenintervention, wobei humanitäre und Katastrophenhilfe eingeschlossen ist; Durchführung von Stabilisierungs- und Wiederaufbauoperationen; Verbesserung der eigenen Fähigkeiten, effektiv mit Partnern zusammenzuarbeiten, seien dies Staaten, internationale Regierungsorganisationen oder Nichtregierungsorganisationen.“¹⁴³

Die internationale Lage hatte sich mit dem Amtsantritt der Administration von Bush II und den Folgen der Anschläge vom 11. September 2001 deutlich verändert. Sie war von dem Bestreben der USA gekennzeichnet, ein von ihnen bestimmtes globales imperiales Gefüge zu errichten. Die mit dem Krieg gegen den Irak verbundenen Ziele waren weitrei-

chend. Es ging nicht allein darum, das Regime von Saddam Hussein zu stürzen; der Sturz sollte entscheidend und sichtbar durch die USA und ihre überwältigende militärische Macht erfolgen. Das zielte nicht allein darauf, den Irak zu regieren, sondern die islamische Welt zu transformieren und ihr die überlegene Macht der USA und des Westens zu demonstrieren. Es ging auch nicht vordergründig um Öl, sondern um Geopolitik. Der Irak liegt im Zentrum der Region zwischen dem Mittelmeer und dem Persischen Golf. Wenn die USA ein hinreichend großes Kontingent an Luftstreitkräften und Bodentruppen im Irak stationieren, so war das Kalkül, sind sie die militärisch stärkste Macht in der Region. Dann müssten alle anderen Staaten der Region, darunter die Regimes von Saudi-Arabien und Iran, ihre Interessen in Bezug auf die veränderte Lage, die US-Präsenz in der Region, neu definieren. Dann wären auch die Europäer gezwungen, sich rascher auf eine „integrierte Verteidigungspolitik“ einzulassen – die natürlich ebenfalls die Kontrolle der USA über Europa wieder vergrößern würde.

Ideologisch verbrämt wurde dies mit demokratie-theoretischen Argumentationen: in Deutschland und in Japan nach 1945 habe die Einführung „der Demokratie“ (bzw. USA-freundlicher Regierungen) unter Besatzungsregimes ja auch erfolgreich funktioniert. Dann seien die autoritären Regimes, nicht nur in Spanien und Portugal, demokratischen gewichen, schließlich auch der osteuropäische Kommunismus. So handle es sich jetzt um „die vierte“ oder „die fünfte“ (wie auch immer gezählt wird) „Demokratisierungswelle“, jetzt im arabisch-islamischen Raum. In Afghanistan sei es mittels Krieges ja auch gelungen, „die Demokratie“ (die sich unter dieser Perspektive als Vorgang des Wählens zwischen unterschiedlichen politischen Personen versteht) einzuführen. Tatsächlich war „Demokratie“ hier die Chiffre nicht für Volksherrschaft, sondern für die Installierung von Regimes, die in einem positiven Verhältnis zu den USA stehen, kurz: ihnen untertan sind, zu ihrem imperialen Gefüge in der Welt gehören.

Das Scheitern der Strategie der USA in Irak und Afghanistan verhinderte weitere Kriege dieser Art. Zu den Wahlaussagen Barack Obamas gehörte, die US-Truppen aus dem Irak abzuziehen. Ein solcher Abzug wurde zwischenzeitlich offiziell vollzogen, wenngleich

¹⁴³ Daniel Hamilton in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Die NATO in einer veränderten Welt, Berlin 2009, S. 10f.

noch beträchtliche Kontingente regulärer US-Truppen und privater Militärunternehmen im Lande verblieben. Das dortige Regime soll sich festigen. Zugleich emanzipiert sich die irakische Regierung in Richtung eigener Interessenwahrnehmung. Der Afghanistankrieg dagegen soll fortgesetzt werden. Obama entsandte weitere Truppen und erwirkte auf dem NATO-Gipfel in Straßburg und Kehl/Baden-Baden 2009 Zusagen europäischer Regierungen, darunter der deutschen, ihre Kontingente ebenfalls aufzustocken. Die Erklärung dafür, weshalb der Krieg von Bush II in Irak falsch, der in Afghanistan aber richtig gewesen sein sollte, blieb er schuldig.

Eine dem zugrunde liegende Einschätzung – die so nicht offen in den Gipfelerklärungen steht – lautete nun: „Afghanistan ist für das Bündnis zur Feuerprobe geworden. Die Glaubwürdigkeit der NATO steht auf dem Spiel.“¹⁴⁴ Gesichtswahrung wäre so am Ende übrig geblieben. Als politisches Ziel hat es mit den ursprünglich vollmundig erklärten Kriegszielen und der militärischen, politischen und gesellschaftlichen Situation im Kriegsgebiet nichts mehr zu tun. Der Krieg wird zum Selbstzweck.

Eine andere Erklärung hängt mit dem einflussreichen Politikwissenschaftler und Politiker Zbigniew Brzezinski zusammen. Der beriet bereits die demokratischen US-Präsidenten John F. Kennedy (1961-1963) und Lyndon B. Johnson (1963-1969), war dann Sicherheitsberater des US-Präsidenten Jimmy Carter (1977-1981) und trieb als solcher das strategische Agieren der USA in Afghanistan voran, das schließlich den Einmarsch der Sowjetunion provozierte und deren Niederlage in ihrem Afghanistan-Krieg herbeiführte – und damit indirekt auch das Ende der Sowjetunion. Zugleich lehrte er immer an der Columbia University New York, auch während Barack Obama dort studierte. Als Obama für die Präsidentschaft kandidierte, ließ er sich zu außenpolitischen Fragen auch von Brzezinski beraten, der die Politik von Bush II seit 2006 kritisiert hatte.

Brzezinski hatte bereits in den 1990er Jahren betont: „Inwieweit die USA ihre globale Vormachtstellung geltend machen können, hängt aber davon ab, wie ein weltweit engagiertes Amerika mit den komplexen Machtverhältnissen auf dem eurasischen Kontinent fertig wird – und ob es dort das Aufkommen einer deminierenden, gegenerischen Macht verhindern kann.“ Allerdings setzten bereits die schiere Größe und die Vielfalt Eurasiens sowie die Macht einiger seiner Staaten einer unmittelbaren Kontrolle durch die USA Grenzen. „Dieser Megakontinent ist einfach zu groß, zu bevölkerungsreich, kulturell zu vielfältig und besteht aus zu vielen von jeher ehrgeizigen und politisch aktiven Staaten, um einer globalen Macht, und sei es der wirtschaftlich erfolgreichsten und politisch gewichtigsten, zu willfahren. Eine solche Sachlage verlangt geostrategisches Geschick, den vorsichtigen, sorgfältig ausgewählten und sehr besonnenen Einsatz amerikanischer Ressourcen auf dem riesigen eurasischen Schachbrett.“ Auf diesem wiederum hat Brzezinski eine „Kernzone globaler Instabilität“ ausgemacht, an die Südosteuropa, Zentralasien, Gebiete Südasiens, die Region um den Persischen Golf und der Nahe Osten angrenzen. Im inneren Kern dessen liege ein Raum, den er den „eurasischen Balkan“ nennt: Zentralasien und Afghanistan, und hier existiere ein Machtvakuum, das es zu füllen gelte.¹⁴⁵

So erhält die Frage nach der Fortsetzung des Afghanistan-Krieges der USA und der NATO, den Obama nicht angezettelt, aber vorgefunden hat, eine spezifische geopolitische Antwort. Die USA sollen – so der konzeptionelle Ansatz nach Brzezinski – möglichst das Zentrum des eurasischen Großkontinents kontrollieren, weil dies Auswirkungen auf die Handlungsmöglichkeiten der großen Mächte in der Region, China, Indien, Russland und die EU, hat und auch auf den Nahen und Mittleren Osten sowie Südostasien ausstrahlt.

Die USA haben jedoch den Zenit ihrer globalen Macht überschritten. Präsident Obama steht nun vor der Aufgabe, aus der Sicht der imperialen außenpolitischen Interessen diesen historischen Rückzug so zu gestalten, dass die USA „ihr Gesicht nicht verlieren“ und sie ihre Inte-

¹⁴⁴ Ebenda, S. 11.

¹⁴⁵ Zbigniew Brzezinski: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag 2002, S. 15, 59, 181.

ressen auch unter der Voraussetzung der Rückzugsbewegung so weit und so lange wie möglich international durchsetzen. Zugleich sucht Obama Wege, die innenpolitischen Prioritäten, um deren willen er eigentlich gewählt wurde – Arbeitsplätze zu schaffen, das Gesundheitswesen zu reformieren und die Lage der unteren Schichten der Gesellschaft zu verbessern –, in die Tat umzusetzen. Der Kern des Verständnisses der derzeitigen Entwicklung und Politik der USA liegt in dieser geschichtlichen Konstellation. Man wird dem Zusammenhang von der Persönlichkeit Barack Obamas und der historischen Situation nicht gerecht, wenn man sie nicht vor dem Hintergrund dieser geschichtlichen Herausforderung verortet. Und man versteht die politischen Entwicklungen und Auseinandersetzungen in den USA nicht, wenn man sie nur aus sich heraus zu erklären versuchte. Neben der internationalen Staatenkonstellation kommt den Folgen der Weltwirtschaftskrise besondere Bedeutung zu, deren Konsequenzen sich – trotz gegenwärtigen wirtschaftlichen Aufschwungs – nach wie vor nicht sicher abschätzen lassen. Wahrscheinlich ist die derzeitige, allgemein konstatierte wirtschaftliche Schwäche der USA im Vergleich zu Deutschland bzw. der Europäischen Union und zu China bzw. den BRIC-Staaten die andere Seite des weltpolitischen Abstiegs der USA. Präsident Obama hat durch seine offensive Sympathie-Werbung während der ersten Phase seiner Präsidentschaft auf der politisch-diplomatischen Ebene atmosphärisch etliches zugunsten der USA verbessert, manches, wie bezüglich der strategischen Rüstungen im Verhältnis zu Russland, auch in der Sache. Doch gleichzeitig wurde der Rüstungshaushalt der USA weiter gesteigert, wurde der Afghanistankrieg nicht nur fortgesetzt, sondern intensiviert, wurden die Weichen zur qualitativen Weiterentwicklung der US-amerikanischen Atomwaffen gestellt und ist in Sachen Iran „die militärische Karte nicht vom Tisch“. Auf der anderen Seite setzt sich die schwierige Entwicklungsphase in den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen der USA fort. Die Arbeitslosigkeit ist anhaltend hoch, massenhaft finden weiter Zwangs-versteigerungen von Häusern statt, deren Besitzer zahlungsunfähig sind, die Bankenkrise ist nicht wirklich bewältigt, weitere Spekulationsblasen beginnen sich aufzublähen. Dies ist der Hintergrund für die *Tea Party Bewegung* und den Kulturkampf in

der innenpolitischen Szenerie der USA. Der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Kapazität, militärischer Macht und weltpolitischer Rolle der USA bleibt ein zentrales Problem der internationalen Politik im ersten Viertel des 21. Jahrhunderts. Mit anderen Worten: Gelingt es, den welthistorischen Abstieg der USA von der „unipolaren“ Supermacht zu einer Macht unter anderen so zu gestalten, dass nicht weitere Kriege und Kriegsgefahren entstehen? Oder werden die innere Krise, die politische Rechtsentwicklung und die Reformunfähigkeit der derzeitigen USA einen Wiedergänger von Bush II in der Rolle des Präsidenten hervorbringen, dessen internationale Politik noch abenteuerlicher wird?

Obama versucht dem vorzubeugen, indem er nicht keine, sondern eine andere imperiale Politik macht. Die Bezeichnung „liberaler Imperialismus“ ist dafür offensichtlich angemessen. Für die Obama-Administration war hinsichtlich der Beteiligung an dem Libyen-Krieg des Westens wichtig, dass es ein Placet der Arabischen Liga gab, die wiederum zur Herbeiführung eines Beschlusses des UNO-Sicherheitsrates diente. Sie wollte nicht wie Bush II als das Völkerrecht brechender Interventionist dazustehen. Der liberale Imperialismus interveniert nicht frech über das Völkerrecht hinweg oder offensichtlich für Öl, sondern nur für das Gute in der Welt, für Demokratie und Menschenrechte vor allem. Das macht es dem liberalen Imperialismus im Unterschied zum rechten Imperialismus der USA einerseits schwerer – er muss mehr diplomatisch arbeiten, seine Schritte geschickter und mit mehr intellektuellem Aufwand ideologisch und politisch vorbereiten – und andererseits leichter, einen Krieg zu führen – dem plumpen und oft einfältig erscheinenden Bush sah man die Frechheit und die Lüge beim Krieganzetteln schon von weitem an, was im Ausland regelmäßig Massendemonstrationen gegen ihn zur Folge hatte, wenn er irgendwo auftauchte, während der nette, charmante und kluge Obama den Eindruck zu erwecken versteht, als ginge es tatsächlich um Freiheit und Menschenrechte, und viele linksliberale, das Gute in der Welt wollende Menschen in der Welt nehmen ihm das ab. Insofern hat es auch die Kritik an dieser Politik schwerer, weil sie erst die ideologische Umhüllung durchdringen muss.

Damit ist der liberale Imperialismus aber nicht besser, er ist nur anders als der rechte. Wahlkampf hatte Obama auch damit geführt, dass er die extra-legalen Formen der Kriegsführung abschaffen wolle: keine Entführung vermeintlicher Terroristen mehr irgendwo in der Welt und deren Verfrachten zum Auftragsfoltern in Drittländer, die in der Regel unter einer autoritären Herrschaft stehen; Schließung des Sondergefängnisses in Guantanamo und Überstellung der dort Inhaftierten zu ordentlichen Gerichten mit Beweisaufnahme, rechtsförmiger Anklage und Verteidigungsrecht usw. Guantanamo gibt es aber immer noch. Das mit der Überstellung erwies sich als langwierig und kompliziert. Inzwischen hat Präsident Obama den Befehl zum Einsatz von Drohnen (unbemannten bewaffneten Flugkörpern) gegen Personen gegeben, die angeblich Terroristen bzw. Befehlshaber von Terroristen sind. Das geschah zunächst in Pakistan, Afghanistan und Jemen. Im Libyen-Krieg sollte dann auch Gaddafi auf diesem Wege liquidiert werden. Ein solcher Drohneneinsatz – wenn er denn sein Ziel erreicht; Libyens Machthaber Gaddafi hält auch Ende April noch Fernsehansprachen – ist die Anweisung zum Mord von Staats wegen, unter Auslassung aller Formen von Rechtsstaatlichkeit: der Ermordete ist dann tot, ohne dass er auch nur den Hauch einer Chance hatte, vor Gericht seine Unschuld zu beweisen oder die Anklage die Verpflichtung, den Nachweis seiner Schuld zu führen. Die Erschießung Osama bin Ladens war offenbar der Präzedenzfall für eine derartige Praxis.

Der bereits zitierte Parag Khanna will dem nun einen theoretischen Unterbau geben. Sein zweites Buch, das den Titel trägt: „Wie man die Welt regiert. Eine neue Diplomatie in Zeiten der Verunsicherung“, ist gerade erschienen. Zu der Frage nach der militärischen Intervention in Nordafrika sagte er in einem Interview, sie sei „nützlich“. Man müsse sich allerdings „die Länder im Einzelnen ansehen. Diese Länder im Nahen Osten und in Nordafrika sind sehr unterschiedlich. Es sind ganz unterschiedliche Staatsformen. Da sind die Diktaturen wie die Gaddafis in Libyen, aber es gibt auch Theokratien, die sich auf Mohammed selbst berufen. In jedem Fall muss man anders entscheiden. Das ist nicht der Warschauer Pakt. Gaddafi? Ehrlich gesagt, ich hätte ihn vor einem Monat ermordet.“ Er, Parag Khanna, sei „sehr für Attentate gegen Terroristen, gegen vom Inter-

nationalen Kriegsgericht verurteilte Kriegsverbrecher und ich bin für Tyrannen-mord. Ich blicke auf unsere Probleme nicht mit religiösen Gefühlen. Ich mache eine pragmatische Kosten-Nutzen-Analyse. Im Buch sage ich: Die Entmachtung schlechter Regierungschefs – ihre gewaltsame Absetzung –, ohne dabei moralisch integre Menschen zu schädigen, ist der Schlüssel zu einer besseren Regierungsführung in vielen Gesellschaften.“¹⁴⁶

Bereits das „man“ im Titel des Buches ist irreführend, richtig müsste es heißen: wir, die USA. „Terroristen, gegen vom Internationalen Kriegsgericht verurteilte Kriegsverbrecher“ und „Tyrannen“ in einem Atemzug zu nennen, ist ein Taschenspielertrick. Vom Internationalen Strafgerichtshof verurteilte Kriegsverbrecher muss man nicht mehr zum Zwecke des guten Regierens per Mord beseitigen, weil die ja, wenn sie vor Gericht stehen, nicht mehr regieren. Und wenn sie vor Gericht gestanden haben, rechtmäßig verurteilt wurden und in der Zelle sitzen, sind sie rechtskräftig verurteilte Häftlinge. Deren Ermordung jenseits ihres Urteils hingegen wäre eine Unrechtstat, die jeder Rechtsstaatlichkeit Hohn spricht. Nehmen wir einmal an, das sei nur so dahergesagt. Dann bleiben immer noch die „Terroristen“ und die „Tyrannen“, die zum Abschuss freigegeben sein sollen. Wer das ist, stellt dann aber kein Gericht mehr fest, sondern Parag Khanna, Barack Obama oder der jeweilige CIA-Agent, der das schließlich ausführt oder ausführen lässt. Es ist wie beim Einsatz von Drohnen: die Anweisung zum Mord von Staats wegen, das Gegenteil von Rechtsstaatlichkeit. Das ist die Abschaffung von Freiheit und Menschenrechten im Namen der Freiheit und der Menschenrechte.

In seinem Buch führt Khanna aus: „Die US-Regierung hat ihren Sicherheitsdiensten in den 1970er Jahren offiziell verboten, ausländische Politiker zu ermorden, doch seit den Anschlägen vom 11. September 2001 betreibt die CIA ein umfangreiches verdecktes Programm zur Liquidierung von Al-Qaida- und Taliban-Führern. Dabei haben verbrecherische Präsidenten weit mehr Menschen auf dem Gewissen als selbst die kaltblütigsten Terroristen. Unsere neomittelalterliche Welt kennt keinen universalen Grundsatz der Nichteinmischung in die Angelegenheiten souveräner Staaten. Bei poli-

¹⁴⁶ Berliner Zeitung, 2./3. April 2011.

tischen Führern kann man recht einfach zwischen zivilisierten und barbarischen unterscheiden.“ Die zivilisierten sind immer die, die den Interessen der USA nachkommen. Und das ist dann in der Tat „recht einfach“ zu unterscheiden.

„Letztlich sollte die Initiative zur Beseitigung eines Tyrannen von den Bürgern des Landes selbst ausgehen und von ihnen getragen werden. In dem Maße, wie Menschen Zugang zu Wohlstand und Mitbestimmung erhalten, wird ihre Bereitschaft wachsen, dafür zu kämpfen, um beides zu verteidigen. Aber solange Volksaufstände Polizeistaaten und Personenkult nicht beseitigen können, müssen progressive Befürworter von Interventionen weiterhin Arglist walten lassen und als Ultima Ratio, unter Einsatz von Gewalt einen Regimewechsel herbeiführen, um Menschen vor ihren Führern zu schützen.“¹⁴⁷

Dies ist denn also die Pointe des liberalen Imperialismus: Die Welt würde noch unberechenbarer, als sie es zuvor schon war, weil – folgte Obama den Vorschlägen von Khanna – an die Stelle von „Demokratisierung“ und „Regime Change“ mittels brutalem Militärüberfall in aller Öffentlichkeit, wie bei Bush II gegen Irak, der staatlich, aber klandestin angeordnete und durchgeführte Meuchelmord tritt. Folgerichtig ist dies denn bei Khanna auch nicht eine Kategorie des Krieges, sondern der „Diplomatie“, wie der Untertitel des Buches zu suggerieren versucht. Während man zunächst vermuten konnte, dass der drohende Staatsbankrott der USA ein Verbündeter des Friedens ist, weil er die dortige Führung zwingt, auch die Rüstungs- und Kriegsausgaben zu reduzieren, Aufrüstungsprogramme zu streichen und vielleicht ein paar der über 700 Militärstützpunkte in aller Welt zu schließen, so zeigt sich bei näherem Hinsehen, dass auch dadurch die Welt nicht friedlicher wird. Statt der Kampfflugzeuge und der Marschflugkörper will „man“ unbemannte Drohnen und Meuchelmörder schicken, weil sie preiswerter sind. Die USA führen als „progressive“ Gestalt der Weltgeschichte die Regimewechsel durch, weil die Völker der Welt es selbst nicht zu tun vermögen – dies die Autosuggestion dieser Politik. Die gegenwärtige Antwort der USA auf die Veränderungen in der Welt ist nicht eine Poli-

tik der globalen Verantwortung, sondern eines veränderten Imperialismus, den man nur nicht so nennt. Und Barack Obama ist der Mann, der dies glaubhaft zu vermitteln bestrebt ist.

¹⁴⁷ Parag Khanna: Wie man die Welt regiert. Eine neue Diplomatie in Zeiten der Verunsicherung, Berlin Verlag 2011, S. 140, 142.

Autorenhinweise

Claus Montag

Prof. Dr. habil., Historiker und Politologe, geb. 1933; Mitglied des Beirats der Zeitschrift für internationale Politik „WeltTrends“, Potsdam,
www.welttrends.de,

Otfried Nassauer

freier Journalist und Publizist, geb. 1956; Leiter des Berliner Informationszentrums für Transatlantische Sicherheit – BITS, Berlin,
www.bits.de,

Erhard Crome

Dr. habil., Politikwissenschaftler, geb. 1951; Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik, Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin,
www.rosalux.de.

Weitere Literatur:

Erhard Crome (Hrsg.): Internationale Politik im 21. Jahrhundert, Rosa-Luxemburg-Stiftung. Manuskripte 80, Berlin: Karl-Dietz-Verlag 2008, 172 S.

Werner Ruf, Lena Jöst, Peter Strutynski, Nadine Zollet: Militärinterventionen: verheerend und völkerrechtswidrig. Möglichkeiten friedlicher Konfliktlösung. Mit einem Kommentar von Paul Schäfer, Rosa-Luxemburg-Stiftung. Texte 61, Berlin: Karl-Dietz-Verlag 2009, 216 S.

Erhard Crome (Hrsg.): Perspektiven für eine sichere Welt. Alternativen zur NATO, Rosa-Luxemburg-Stiftung. Manuskripte 89, Berlin: Karl-Dietz-Verlag 2010, 228 S.

Erhard Crome, Wolfgang Grabowski, Achim Wahl: Das Ende der Geschichte ist nicht zu Ende. Geostrategische und politische Veränderungen am Beginn des 21. Jahrhunderts; Rosa-Luxemburg-Stiftung. RLS-Papers 1/2011 (Februar 2011), 84 S.

Erhard Crome: Der libysche Krieg des Westens. Ein Zwischenstand, Rosa-Luxemburg-Stiftung. RLS-Papers 4/2011 (Mai 2011), 78 S.

